



8. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 17. September 2010

Mitteilungen des Präsidenten 453

1 Integrationsprobleme ernst nehmen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/168 453

Michael Solf (CDU) 453
Dr. Stefan Romberg (FDP) 454
Heike Gebhard (SPD) 456
Arif Ünal (GRÜNE) 457
Ali Atalan (LINKE) 459
Minister Guntram Schneider 460
Armin Laschet (CDU) 461
Serdar Yüksel (SPD) 464
Monika Düker (GRÜNE) 465
Marcel Hafke (FDP) 467
Dr. Carolin Butterwegge (LINKE) 467
Minister Guntram Schneider 469
Armin Laschet (CDU) 470
Britta Altenkamp (SPD) 471
Ministerin Sylvia Löhrmann 473

2 Geheimvertrag der Bundeskanzlerin mit der Atomwirtschaft gefährdet Sicherheit und ruiniert Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/169

In Verbindung mit:

Geheimer Atomdeal der Bundesregierung zulasten Dritter

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/170

Und:

Atomkraft abschaffen: Laufzeitverlängerung verhindern – Keine Milliarden geschenke an Atomkonzerne

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/129

Sowie:

Atomkurs der Bundesregierung stoppen – am Atomausstieg festhalten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/142

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/193 474

Thomas Eiskirch (SPD) 475
Hans Christian Markert (GRÜNE) 477
Michael Aggelidis (LINKE) 478
Lutz Lienenkämper (CDU) 480
Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) 482
Minister Harry Kurt Voigtsberger 485
Hendrik Wüst (CDU) 487
André Stinka (SPD) 488
Wibke Brems (GRÜNE) 489
Rüdiger Sagel (LINKE) 490
Minister Johannes Remmel 491

Ergebnis 493

3 Modernisierung des Kraftwerksparks fortsetzen, Bau des Kraftwerks Datteln IV vollenden	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/69	Wolfgang Zimmermann (LINKE) 511 Minister Harry Kurt Voigtsberger 513 Jens Kamieth (CDU) 513 Dietmar Bell (SPD) 514
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/173	Ergebnis 516
<u>In Verbindung mit:</u>	
Datteln 4 muss weitergebaut werden – Das modernste Kohlekraftwerk der Welt darf nicht grüner Industrieindlichkeit zum Opfer fallen	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/101..... 494	5 Vierzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
Hendrik Wüst (CDU) 494 Dietmar Brockes (FDP)..... 495 Marc Herter (SPD) 496 Wibke Brems (GRÜNE) 498 Michael Aggelidis (LINKE) 498 Minister Harry Kurt Voigtsberger 500 Josef Hovenjürgen (CDU)..... 501 Thomas Eiskirch (SPD) 502 Dr. Gerhard Papke (FDP) 504	Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung Drucksache 15/17
Ergebnis 504	erste Lesung 516
	Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren..... 516 Andreas Krautscheid (CDU) 517 Alexander Vogt (SPD) 517 Matthi Bolte (GRÜNE) 518 Ralf Witzel (FDP)..... 520 Rüdiger Sagel (LINKE) 521
	Ergebnis 521
	Nächste Sitzung 521
4 Liberale Ladenöffnungszeiten haben sich bewährt – Keine Bevormundung von Einzelhandel und Verbrauchern	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/123..... 505	Entschuldigt waren: Marc Ratajczak (CDU) Michael Schroeren (CDU) (12:00 bis 13:30 Uhr) Norbert Meesters (SPD) (bis 14:00 Uhr) Ralf Michalowsky (LINKE)
Dietmar Brockes (FDP)..... 505 Hans-Dieter Clauser (CDU)..... 506 Rainer Schmeltzer (SPD) 507 Daniela Schneckenburger (GRÜNE) 509	

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 8. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben heute in unserem Kreis zwei Geburtstagskinder, die ich herzlich begrüße. **Geburtstag** feiert heute Herr **Dr. Gerd Hachen** von der Fraktion der CDU, der 58 Jahre alt wird.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch und alles Gutes im Namen der Kolleginnen und Kollegen!

Es trifft sich sehr gut, dass wir heute ein zweites Geburtstagskind haben. Auch der Finanzminister, Herr **Dr. Walter-Borjans**, hat heute Geburtstag. Wie es der Zufall will, wird auch er 58 Jahre.

(Allgemeiner Beifall)

Beide Herren sind also heute vor 58 Jahren geboren. Ich wünsche auch Ihnen alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen für das neue Lebensjahr.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Tagesordnungspunkt

1 Integrationsprobleme ernst nehmen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/168

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der obigen aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden CDU-Fraktion dem Abgeordneten Solf das Wort. Herr Solf, Sie haben das Wort.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Schwierigkeiten mit der Integration sind – hier irrt der „Spiegel“ – zunächst kein Staatsversagen. So einfach ist die Sache nicht. Hier zwei Beispiele!

Ein lokales Beispiel stammt aus Mönchengladbach. Dort gibt es seit Jahren eine kleine, durch die salafistische Form des Islam geprägte Gemeinde, in der an herausgehobener Stelle auch deutsche Konvertiten wirken. Diese Gruppe droht jetzt Zuwachs zu bekommen, und zwar von einer wohl zu Recht übel beleumdeten ähnlichen Gruppierung aus Braunschweig. So weit, so schlecht.

Nun kann man aber vor Ort beobachten, wie leicht es ist, Schaden anzurichten. Dabei ist Mönchengladbach eine Stadt mit beispielhaften Integrationsbemühungen. Dennoch gerät durch den Zuzug einer kleinen Gruppe von Radikalen scheinbar alles in Schieflage. Die größte Regionalzeitung lässt keine Gelegenheit aus, die Sorge der Anwohner zu schüren. Gleichzeitig predigt sie aber in ihren Leitartikeln, doch – ich zitiere – die Kirche im Dorf zu lassen. Die Nachbarn und Anwohner beginnen zu demonstrieren. Sie tun das überwiegend verantwortungsvoll, aber die Grenze zur Hysterie ist bei einigen nahe.

Unter den Muslimen wiederum ist mancher, der mit der salafistischen Einrichtung überhaupt nichts zu tun haben will, der aber nun Sorge hat, dass sich die Demonstrationen gegen den Islam an sich richten. Verunsicherung und Misstrauen greifen um sich. So leicht können Risse in dem feingewebten Gespinst der Integration entstehen.

Das zweite Beispiel, das bundesweite, ist natürlich die Causa Sarrazin. Dabei ist vieles, was Sarrazin aufschreibt, richtig. Seine oft schonungslose Beschreibung dessen, was ist,

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

könnte ja Basis für eine öffentliche Debatte sein, was besser gemacht werden müsse. Aber er selbst zerstört das Fundament, das er legt. Er benennt Probleme, gibt aber keine Lösungsansätze. Er macht Armutssprobleme zu Integrationsproblemen. Er schürt Ängste. Und seine vulgär-darwinistischen, seine biologistischen Scheinanalysen entwerten alles, was er schreibt. Sein Menschenbild ist nicht christlich-human.

(Beifall von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Mönchengladbach und die Causa Sarrazin haben etwas gemeinsam: Beide erschweren es den Verantwortungsvollen, die Dinge beim Namen zu nennen und ernsthaft nach Lösungen zu suchen. Sie produzieren Nebel, und damit wächst die Gefahr, dass wir uns verirren.

Wo steht nun die Landesregierung in diesem Nebel? Im Koalitionsvertrag ist der Integration eine einzige von 89 Seiten gewidmet – 45 Zeilen für ein zentrales Zukunftsthema dieser Gesellschaft. Und dazu ein fatales Zeichen: Die Querschnittsaufgabe Integration für die Zukunft unserer Gesellschaft, diese Querschnittsaufgabe war fünf Jahre lang an zentraler

Stelle mit den anderen Querschnittsaufgaben für die Zukunft unserer Gesellschaft im Ministerium von Armin Laschet verortet; diese sinnvolle Zuordnung hat man jetzt zerschlagen, und die Integration landet im Ministerium für Arbeit und Soziales – von der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zum Anhängsel der Themen „Arbeitsmarkt“ und „Soziale Sicherung“, vom deutschen Bürger mit Zuwanderungsgeschichte hin zum Gastarbeiter der 60er-Jahre. Diese Verengung ist fatal.

Was steht nun im Koalitionsvertrag, in den mickrigen 45 Zeilen? Irgendwo in der Mitte gibt es ein schwächliches Bekenntnis zur interfraktionellen Integrationsoffensive der letzten fünf Jahre, die doch so gut gearbeitet hat. Ansonsten fällt man in alte Sichtweisen zurück. Die Einführung des Ausländerwahlrechts sei das Wichtigste – mit diesem Passus beginnen die 45 Zeilen. Einmal abgesehen von verfassungsrechtlichen Zweifeln – siehe Schleswig-Holstein –, sind Rot und Grün damit bestimmten türkischen Regierungskreisen und deren Funktionären hier zu willen. Das Ziel, dass wir alle gemeinsam als deutsche Staatsbürger unterschiedlicher Herkunft unser Land weiterentwickeln sollten, tritt bei Ihnen völlig in den Hintergrund. Es wird abgelöst von einer Klientelpolitik für potenzielle Wähler.

Die ersten Schritte des neuen Ministers und seiner meist unsichtbaren Staatssekretärin waren logischerweise wenig überzeugend. Zwei Beispiele!

Erstens. In Mönchengladbach haben Sie sich weggeduckt. Als dort die Schwierigkeiten begannen, hat meine Mitarbeiterin im Ministerium angefragt: Dürften wir mit einer Stellungnahme des Ministers rechnen? – Die Antwort lautete: Damit hat dieses Ministerium nichts zu tun; das ist etwas für das Innenministerium und den Verfassungsschutz. – Was soll man dazu noch sagen? Am Ende hat es dann mehr als 14 Tage gedauert, ehe der Herr Minister geruhte, sich zu äußern.

Zweitens. Als die Medien ihn dann endlich bestellt hatten, nannte er auf die Frage, was man denn tun könne, unter anderem – da hatte er völlig recht – die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an unseren staatlichen Schulen. Dass es den noch nicht gebe, sei ein Versäumnis der alten Landesregierung. – Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist entweder ein schlagender Beweis für die Unkenntnis dieses neuen Ministers oder ein schlagender Beweis für Perfidie!

(Beifall von der CDU)

Denn jeder, der sich auch nur ein bisschen mit dieser Frage beschäftigt hat, weiß, dass es bestimmte Vertreter in bekannten Organisationen waren, durch die das Projekt „Islamischer Religionsunterricht“ auf der Islamkonferenz in Berlin maßgeblich ins Stocken geraten ist – ich kann nur hoffen: nicht endgültig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Integration können wir nur Erfolg haben, wenn wir die Tatsachen ehrlich und leidenschaftslos betrachten, wenn wir allen Beteiligten die Wahrheit sagen, immer respektvoll, aber ohne falsche Rücksichtnahme. Und wir müssen handeln, auch da, wo es uns nicht leichtfällt. Unsere Feinde sind Angst, Hysterie und Übertreibung, aber auch das Weggucken und das Unter-den-Teppich-Kehren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir müssen die Probleme erkennen, benennen und Maßnahmen zur Lösung ergreifen. Wir müssen das sachlich, nüchtern und ohne zu große Emotionalität tun. Und wir werden einen langen Atem brauchen.

Ich fürchte, dass die neue Minderheitsregierung die Bedeutung ihrer Aufgabe nicht verstanden hat. Sie behandelt Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unter arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragestellungen. Sie degradiert sie damit und sieht offenbar nicht, dass es sich bei ihnen um einen aktiven Teil unserer interkulturellen Gesellschaft handelt. Sie weicht den Problemen aus und redet Funktionären nach dem Mund. Die Minderheitsregierung gibt sich alle Mühe, dem Vorwurf des „Spiegel“ recht zu geben. Wir müssen uns Sorgen machen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Solf. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Wochen gab es kein Thema, das die Menschen in Deutschland mehr aufgewühlt hat, als das Buch des Noch- SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin.

Seitdem dominiert eine heftige Debatte über seine Thesen zur Integrations- und Einwanderungspolitik die Schlagzeilen. Kritisiert wurde bislang nicht nur die Behauptung Sarrazins, besonders Muslime seien unfähig und unwillig, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, sondern auch die Art und Weise.

Sarrazin versucht, die gesellschaftlichen Entwicklungen vor allem auf biologische Veranlagungen zurückzuführen. Derartige Aussagen sind absurd und der Sache sicher überhaupt nicht dienlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und von der SPD)

Die breite Unterstützung in der Bevölkerung für den provokanten Integrationskritiker begründet sich vor allem in einem: Er hat es gewagt, Probleme bei der Integration zu thematisieren, die viele Menschen bei uns beschäftigen und ihnen auch Angst machen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber wie!)

Fakt ist, dass in Deutschland und gerade in Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit integrationsfördernder Maßnahmen lange Zeit übersehen worden ist. Die deutsche Zuwanderungspolitik ist in der Vergangenheit von Fehleinschätzungen – übrigens in allen politischen Lagern – geprägt worden. Es war eine Fehleinschätzung, Deutschland lange Zeit überhaupt nicht als Einwanderungsland zu begreifen. Es war eine Fehleinschätzung, die Bildung von Parallelgesellschaften als multikulturelle Bereicherung zu verstehen, die sich irgendwie schon von selber in das Gesellschaftsbild einfügen würden.

Fakt ist auch, dass die Menschen in Deutschland verunsichert sind. Die kontroverse Diskussion zeigt uns vor allem zwei Punkte: Erstens muss es erlaubt sein, Missstände auch offen anzusprechen und dafür nicht gleich irgendwie geächtet zu werden. Zweitens. Integration muss gefördert, aber eben auch eingefordert werden; es ist keine Einbahnstraße

(Beifall von der FDP)

Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass sich die Mehrheit der zugewanderten Menschen hier gut integriert hat und das Land bereichert. Viele gute Beispiele gibt es überall: ob in der Politik, im Handwerk – bis hin zu unserer Fußballnationalmannschaft, wo Fußballhelden von Podolski bis Özil im Sommer manchen begeistert haben.

Die Integration von Zuwanderern ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Für mehr als jeden fünften Einwohner in Nordrhein-Westfalen ist Migration Teil der eigenen und familiären Identität. Dabei gelingt Integration vor allem über Bildung und Arbeitsmarkt. Angesichts einer älter werdenden Bevölkerung helfen erfolgreich integrierte Menschen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, aber auch die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme zu sichern.

Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist zwar rückläufig, liegt aber weiterhin fast doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung. Migranten finden schwerer Zugang zum Arbeitsmarkt. Wesentlicher Grund dafür sind vor allem fehlende oder unzureichende, aber auch unzureichend genutzte oder anerkannte berufliche Abschlüsse und Qualifikationen. Hierfür gibt es viele Beispiele.

Da gibt es zum Beispiel die in Russland geborene Irina Bier. Sie hat, bevor sie nach Deutschland kam, als Diplom-Ingenieurin – ihr Spezialgebiet ist Hydrotechnik – bei einem Energiekonzern gearbeitet. In Deutschland findet die 43-Jährige trotz mehrerer deutscher Weiterbildungen keinen Job. Es geht ihr wie vielen ihrer Bekannten, die mit einem solchen Diplom als Taxifahrer oder Reinigungskraft arbeiten.

An eine Bewerbung in ihrem Beruf kann auch die aus Pakistan stammende Ayesha Hamdani nicht denken. Sie ist gelernte Ärztin und bekommt ihren Abschluss in Deutschland noch nicht einmal teilweise anerkannt. Als Begründung wurde ihr gesagt, dass dieser in einem Land der Dritten Welt erworben worden sei. Eine Prüfung wie zum Beispiel in Spanien kann sie in Deutschland nicht ablegen. Ist ihr zumutbar, das ganze Studium zu wiederholen? Können wir uns das bei dem schon jetzt vorhandenen Ärztemangel, auch hier in Nordrhein-Westfalen, überhaupt leisten?

Laut Statistik des Bundesarbeitsministeriums arbeitet jeder zweite in Deutschland beschäftigte Einwanderer mit einem ausländischen Abschluss unterhalb seiner Qualifikation. Nach einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen hat jeder vierte Arbeitslosengeld-II-Bezieher ausländischer Herkunft in seiner Heimat einen Berufs- oder Hochschulabschluss erworben, der in Deutschland nicht anerkannt wird. Ohne Anerkennung ihres Abschlusses gelten sie als ungelernte Arbeitskräfte. Diesen Umgang mit Fachkräften können wir uns nicht weiter leisten; denn aktuell werden in Deutschland 600.000 Fachkräfte gesucht, Tendenz steigend.

Daher sprechen wir uns für eine leichtere Anerkennung ihrer Ausbildungen aus. Wir sind auf die Fachkräfte aus dem Ausland dringend angewiesen. Deshalb ist es dringend geboten, endlich für eine zeitnahe Anerkennung oder zumindest Teilanerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu sorgen.

Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung dieses Problem angepackt hat. Schon im vergangenen Dezember hat sie ein Eckpunktepapier vorgelegt, das spätestens im nächsten Jahr Gesetz werden soll. Geplant sind etwa der Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren, verbesserte Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Industrie- und Handelskammern planen, eine Zentralstelle für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse einzurichten. Dies ist der richtige Weg.

In Nordrhein-Westfalen hat die christlich-liberale Koalition nach ihrer Regierungsübernahme 2005 viele erfolgreiche Maßnahmen ergriffen, um zugewanderten Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu erleichtern und ihren beruflichen Aufstieg in der neuen Heimat zu unterstützen.

Die wahrscheinlich wichtigste Maßnahme war der Ausbau der Sprachförderung. Die fröhliche Sprachförderung vor der Einschulung wurde verbindlich ausgestaltet, und eine Sprachstandsfeststellung für Kinder ab vier Jahren wurde eingeführt. Diese Faktoren wirken in dieser Gesellschaft natürlich erst in Jahrzehnten. Diese Geduld müssen wir aufgrund der Fehler in der Vergangenheit leider aufbringen.

Besonders für Kinder mit Migrationshintergrund ist es wichtig, dass sie so früh wie möglich in eine Kita gehen, damit sie die Sprache und die hiesige Kultur kennenlernen. Je früher die Kinder mit der Sprache konfrontiert werden, desto leichter fällt ihnen das Erlernen. Um dafür noch gezielter Anreize zu schaffen, müssen wir darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, nicht das letzte, sondern das erste Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten,

(Beifall von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

zum Beispiel mit einem Gutschein für ein beitragsfreies Kindergartenjahr nach Wahl.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter.

Dr. Stefan Romberg (FDP): So könnten wir allen Eltern der Zwei- bis Dreijährigen einen Anreiz geben, ihre Kinder frühzeitig in eine Kindertageseinrichtung zu geben. Eine Wahlmöglichkeit und eine finanzielle Entlastung für alle Familien in diesem Land wären gut für alle Eltern und Kinder. Denn dass Integration gelingt, ist wichtig für uns alle, da es den Zusammenhalt der Gesellschaft sichert. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von Klaus Kaiser [CDU])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die SPD hat Frau Abgeordnete Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Solf, Ihre Einladungen zu Beginn Ihrer Rede haben leider ein wenig den Blick darauf verstellt, um was es hier eigentlich geht. Ich war ein Stück weit enttäuscht, dass Sie einerseits fordern, das Thema in aller Sachlichkeit zu diskutieren, keine Ängste zu schüren und keine Hysterie zu entfachen, dass aber andererseits der einzige Grund, warum Sie das Thema hier und heute ansprechen, war, nachzuweisen, dass die neue Landesregierung bei dem Thema nicht richtig aufgestellt sei. Das ist schade. Damit haben Sie den Rest Ihres Beitrags doch sehr belastet und abgewertet.

Die Beispiele, die Sie dazu genannt haben, waren meines Erachtens mehr als untauglich. Die Salafisten sind in der Tat ein Fall für den Verfassungsschutz. Vor dem Hintergrund, dass insbesondere deutsche Konvertiten dort ihr Unwesen treiben, bekommt das noch einmal eine ganz andere Facette.

Wir haben vor zwei Tagen bei der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin gehört, dass Integration für diese neue Landesregierung ein wichtiges Thema ist. Auch der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Herr Römer, hat in seiner gestrigen Rede auf die Bedeutung dieses wichtigen Themas hingewiesen. Ich halte es für wichtig, dass wir uns gemeinsam dieses Themas in aller Sachlichkeit annehmen. Und ich hoffe sehr, dass wir dieses Thema nicht nur dann aufgreifen, wenn es gerade einen entsprechenden Medienhype gibt, sondern es auch dann noch aktuell halten, wenn es in den Medien wieder abgeebbt ist.

(Zurufe von der CDU)

– Ich werfe Ihnen das persönlich überhaupt nicht vor, völlig klar. Aber der Schlenker vorhin war völlig überflüssig. Das sollten Sie mich an der Stelle sagen lassen.

Sie haben diese Aktuelle Stunde beantragt und die Aktualität des Themas begründet mit einem Artikel im „Spiegel“ vom Montag mit dem Titel „Das Staatsversagen – Warum Deutschland an der Integration scheiterte“. Aktuell ist dieses Thema schon seit 40 Jahren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich hoffe, wir sind uns einig, dass dieses Thema aktuell bleiben muss. Die Autoren – darauf haben Sie hingewiesen – versuchen in diesem Artikel nachzuzeichnen, welche Chancen in den letzten 40 Jahren nicht genutzt wurden. Sie bescheinigen uns Parteien unisono, in der Integrationspolitik versagt zu haben.

Ja, in der Tat waren wir in Deutschland ca. 30 Jahre damit beschäftigt, zu klären, ob die ausländischen Arbeitnehmer und die ihnen nachfolgenden Familien nur unsere Gäste sind oder auf Dauer bei uns bleiben. Tatsächlich – ich bin Herrn Dr. Romberg für diesen Hinweis sehr dankbar – haben wir uns eine Diskussion geleistet, ob wir ein Einwanderungsland sind oder nicht. Erst die positive Beantwortung dieser Frage ermöglichte eine positive, bejahende Integrationspolitik.

Wie Ihr Antrag für diese Aktuelle Stunde belegt, geht Ihnen dieses früher auch so böse Wort inzwischen ganz gut aus dem PC und über die Lippen. Herr Kollege Laschet, Sie haben schon in verschiedenen Interviews eingeräumt, wie schwer es gerade Ihrer Partei gefallen ist, diese Realität wirklich anzunehmen. Diese Ehrlichkeit verdient Anerkennung, verdient meinen Respekt.

Uns Sozialdemokraten ist dies ein wenig leichter gefallen. Wir haben deshalb schon seit Langem die politische Partizipation durch Teilnahme an der Kommunalwahl auch für Nicht-EU-Bürger auf unserer Agenda. Wenn wir Integration der Migranten und Migrantinnen einfordern, müssen wir ihnen

auch die Möglichkeit zur politischen Mitsprache am Wohnort ermöglichen.

Auch dass Bildung der Schlüssel zur Integration ist, ist überhaupt nicht neu. Ich erinnere an die vielen Maßnahmen, die in der Vergangenheit ergriffen worden sind. Ich nenne zum Beispiel die Einführung muttersprachlichen Unterrichts – ausgehend von der Erkenntnis, dass man Deutsch als Zweitsprache nur schwer erlernen kann, wenn man die Grammatik der Muttersprache nicht beherrscht. Ich denke an die Etablierung der RAAs, die noch heute wichtige und unverzichtbare Arbeit leisten.

Im Übrigen haben wir – das will ich durchaus selbstkritisch sagen – in der Tat nicht erwartet, dass wir jede Generation von Neuem mühselig an die deutsche Sprache heranführen müssen.

Ein zweiter zentraler Begriff war und ist der Integrationsbegriff selbst. Wir brauchen eine Verständigung darüber – das hat die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht –, dass Integration nicht Assimilation bedeutet, dass Integration nicht Aufgabe der eigenen kulturellen Identität bedeutet.

Wenn Sie unsere Position immer abwertend mit „multikulti“ im Sinne von „Friede, Freude, Eierkuchen“ zu beschreiben versuchen, dann haben Sie unseren Ansatz bis heute nicht verstanden. Wie der Kollege Mostofizadeh gestern festgestellt hat, bedeutet „multikulti“, dass wir mit Respekt anderen kulturellen Identitäten als der unsrigen begegnen.

Wir erwarten aber auch die Bereitschaft, sich in unsere Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Dazu gehört, die Werte unserer Verfassung zu akzeptieren und sich an und in unserer Gesellschaft in unserer Sprache zu beteiligen.

Integration ist also keine Einbahnstraße. Beide Seiten müssen dazu bereit sein.

Hilfreich ist dabei die Sinus-Studie, in der der Zeitraum 2006 bis 2008 untersucht wurde. Lassen Sie mich daraus ein wichtiges Ergebnis zitieren. Dort wird festgestellt:

„Die im Integrationsdiskurs identifizierten Belege für Parallelkulturen, Integrationsdefizite bis hin zu Integrationsverweigerungen gibt es wirklich, aber sie sind nicht typisch für eine (ganze) Ethnie, sondern für Minderheiten, die sich in Milieus am unteren Rande der Gesellschaft finden.“

Wir sind also gut beraten, nicht zu pauschalieren und schon gar nicht Migrantinnen und Migranten generell zum Problem zu erklären. Im Land und auch hier im Parlament haben wir viele gute Beispiele von Menschen, die in unserer Gesellschaft angekommen sind. Wir müssen uns aber um diejenigen kümmern, die es aus eigener Kraft nicht schaffen.

Wie heißt es im „Spiegel“-Artikel?

„Denn der Weg der Integration in die Mitte der Gesellschaft ist der Bildungsweg, aber weil dieser Weg auch im Jahr 2010 für die meisten Ausländerkinder nicht weit führt, kommt die Integration ebenfalls nur langsam voran.“

Dabei sind wir bei dem wichtigsten Thema: Wie packen wir es an?

Gestatten Sie mir hier einen Schlenker. Ich finde, wir hätten den Namen Sarrazin hier gar nicht in den Mund nehmen sollen;

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

denn er bestreitet die Chance, dass es über Bildung eine Möglichkeit des Aufstiegs und der Beteiligung gibt. Er spricht den Migrantinnen und Migranten dies grundsätzlich ab. Daher sollten wir uns hier überhaupt nicht auf diesen Mann beziehen. An dieser Stelle hat er unsere Basis – unser aller Basis, denke ich – verlassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir brauchen also mehr Geld für Sprachförderung und keine Kürzung der Bundesmittel für Sprachkurse. Wir brauchen Schulstrukturen, in denen individuelle Förderung möglich ist. Wir brauchen Schulen, in denen Kinder individuell gefördert werden. Nur dann, wenn diese Inklusion – nicht nur für Behinderte, sondern auch an dieser Stelle – möglich ist, wird es uns gelingen, positiv den Weg der Integration, den wir alle beschwören, auch wirklich gemeinsam zu beschreiten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Ünal das Wort.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen wurde sehr viel über Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen und eine hitzige Integrationsdebatte in allen Medien entfacht. Einerseits ist es natürlich erfreulich, dass dieses Thema wieder aktiv angegangen wird. Andererseits ist es mehr als bedenklich, in welcher Form diese Debatte sintflutartig in die deutsche Gesellschaft hineingetragen wurde.

Leider wurden die mehr als fragwürdigen Thesen von Herrn Sarrazin durch die gesamte deutsche Medienlandschaft gespült. Es wurde unter anderem muslimischen Einwanderern unterstellt, dass die sozialen und sonstigen Kosten ihrer Einwanderung weitaus höher ausfielen als der daraus fließende wirtschaftliche Erfolg. Diese These ist inhaltlich

überhaupt nicht haltbar und hinterlässt somit einen äußerst faden Beigeschmack.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Darüber hinaus wird allen türkischstämmigen sowie muslimischen Bürgern in Deutschland eine Integrationsfähigkeit pauschal abgesprochen. Diese Aussage wird sogar durch absurde Vererbungstheorien untermauert. Anstatt konkrete integrationsfördernde Maßnahmen und Lösungsvorschläge zu liefern, erreicht die aktuelle defizitorientierte Diskussion Stammtischniveau und geht völlig am Thema vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herrn Sarrazin geht es nicht um erfolgreiche Integration. Mit dem pervers betriebenen Populismus ging es ihm nur darum, seine Bücher besser zu vermarkten. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist einfach nicht akzeptabel.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Kurz vor den Sommerferien wurden hier in Düsseldorf die Ergebnisse einer Studie von neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen vorgestellt. Es handelte sich um das Jahrestutachten „Einwanderungsgesellschaft 2010“ mit Integrationsbarometer. Diese Studie bestätigt, dass die Integration besser ist als ihr Ruf.

Die Integration der Einwanderer ist glücklicherweise ein Stück weiter als die momentane Debatte in der Bundesrepublik. Darüber wurde jedoch in den Medien kaum bis gar nicht berichtet. Wir alle wissen, dass Integrationsprozesse nie problemlos verlaufen. Dieser Prozess ist schwierig, langwierig und kompliziert. Daraus politisches Kapital zu schlagen, ist unerhört. Jeder muss seine Hausaufgaben machen: die Kommunen, die Politik und die Menschen mit Migrationshintergrund – einfach alle.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dazu brauchen wir Herrn Sarrazin und seine Stammtischparolen nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In diesem Zusammenhang sind gerade die Leute, die gestern behauptet haben, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, diejenigen, die am lauesten klagen, dass die Integration gescheitert sei. Wir Grüne hingegen wollen, wie auch im Koalitionsvertrag festgehalten wurde, integrationsfördernde Maßnahmen auf Landesebene einleiten. Alle Projekte im Schulbereich wie qualifizierte Sprachförderung, Ausbau der Familienzentren, interkulturelle Öffnung der sozialen Bildungseinrichtungen werden die Integration fördern, und das Integrationsgesetz wird einen konkreten Handlungsrahmen für die Kommunen ermöglichen.

Zudem gilt es, allen Bürgern die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Leider ist das momentan nicht der Fall. Ein Bewerber mit einem ausländisch klingenden Namen muss im Vergleich zu seinem deutschen Mitbewerber durchschnittlich achtmal so viele Bewerbungen schreiben. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann und darf einfach nicht sein.

Wir alle wissen, wir haben in der Bundesrepublik mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Es werden viele Anstrengungen unternommen, Fachkräfte aus dem Ausland zu akquirieren, da das Potenzial innerhalb unserer Landesgrenzen ausgeschöpft sei. Da ist es doch mehr als fahrlässig, gerade in Deutschland ausgebildete Fachkräfte und Akademiker mit Migrationshintergrund auszuschließen.

Dazu möchte ich mit Ihrer Erlaubnis einen kurzen Auszug aus einem Artikel in „SPIEGEL ONLINE“ vom 14. September zitieren:

„Neu aber ist, dass seit ein paar Jahren auch gut ausgebildete Migranten der zweiten und dritten Generation zurückkehren, weil sie bessere Berufschancen in der Türkei sehen. Deren Problem ist nicht ihre gescheiterte Integration, ...“

Sie haben sehr gute Universitätsabschlüsse, internationale Erfahrungen, haben scheinbar alles richtig gemacht und kriegen trotzdem keinen Job.“

Diesen Trend gilt es zu stoppen und den gut ausgebildeten Menschen mit Migrationshintergrund Perspektiven zu bieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist an der Zeit, nicht mehr defizitorientiert über Integration zu sprechen, sondern gemeinsam integrationsfördernde Maßnahmen zu ergreifen. Wir müssen endlich aufhören, die große Mehrheit der integrationswilligen und bereits integrierten Menschen schlachtweg zu ignorieren und erfolgreich integrierte Menschen als Ausnahmerscheinungen wahrzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unser Land NRW kann als Vorbild für gelungene Integrationspolitik in Deutschland dienen, wenn wir uns darauf einigen, dass wir erstens Einzelfälle nicht generalisieren, zweitens diejenigen, die wenig können, nicht in die Sonderschule bzw. in die Förderschule abschieben, drittens schichtspezifische und soziale Probleme nicht ethnisieren und viertens soziale Abstiegsängste der Bevölkerung nicht schüren.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn wir die Diskussion dazu nutzen könnten, gemeinsam unsere Zukunft zu gestalten und parteiübergreifend eine erfolgreiche Integrationspolitik voranzutreiben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Atalan das Wort.

Ali Atalan (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man nicht wüsste, was die CDU und die FDP in der letzten Periode in NRW gemacht haben und was sie gegenwärtig auf Bundesebene anrichten, könnte man den Eindruck gewinnen, dass sie mit der beantragten Aktuellen Stunde im Sinne der Sache etwas Positives bewirken wollen. Ich begrüße es dennoch, meine Damen und Herren, dass wir heute zu diesem essenziell wichtigen Thema reden dürfen.

Die CDU – wenn ich wieder einmal auf die CDU Bezug nehmen darf – treibt derzeit offensichtlich stärker die Sorge um, dass eine Partei rechts von ihr gegründet werden könnte. Es kann nicht genug betont werden, meine Damen und Herren, dass aufgrund der Wichtigkeit und der Sensibilität der Problematik jede populistische Herangehensweise fehl am Platz ist. Davor kann ich nur warnen.

(Beifall von der LINKEN und von Bernhard von Grünberg [SPD] – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Die Thesen von Herrn Sarrazin sind völlig von Überlegenheitsgefühlen und intellektuellem Dünkel geprägt. Sie sind eindeutig auf sozialdarwinistischen und rassistischen Denkrichtungen aufgebaut.

(Beifall von der LINKEN und von Bernhard von Grünberg [SPD])

Erst waren die Erwerbslosen seine Opfer, nun sind es die Migranten. Seinen Thesen zufolge muss die Gesellschaft nach dem Nützlichkeitsprinzip aufgeteilt werden. Dann sollen die vermeintlich Unnützen aussortiert und schließlich neutralisiert werden. Diese unsägliche Ideologie kennen wir nur zu gut. Wir wären alle sehr gut beraten, liebe Kolleginnen und Kollegen, gegen derartige Tendenzen mit aller Entschiedenheit und Geschlossenheit vorzugehen.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mir ist bewusst, dass die Konservativen leicht dazu neigen, durch rechtspopulistische Agitationen sogenannte neue Wählerschichten erschließen zu wollen.

(Armin Laschet [CDU]: Unsinn! – Weitere Zurufe von der CDU)

Vergessen wir nicht, dass manch kurzfristiger Nutzen langfristig erhebliche katastrophale Konsequenzen nach sich ziehen kann. Im Hinblick auf die laufende Diskussion um Sarrazin, meine Damen und

Herren, stellen wir als Die Linke fest, dass erstens die etablierten Parteien leider alle manchmal – ich nehme einige Personen aus – nicht konsequent gegen rassistische Denk- und Handlungsweisen vorgehen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Zweitens. Die Frage der Integration – das haben wir feststellen müssen – kann nicht ausschließlich als eine Frage der Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet und angegangen werden. In diesem Zusammenhang darf ich auf die verbreiteten Vorurteile und die zunehmenden Ausgrenzungstendenzen in der Gesellschaft gegenüber Minderheiten, Andersdenkenden oder Anderslebenden hinweisen.

Drittens. Seit Jahren kommt das Thema zwar zeitweilig und rudimentär auf die Tagesordnung, aber es wird nie seiner Wichtigkeit entsprechend bearbeitet und angegangen. Offensichtlich fehlen politische Ideen, konkrete Konzepte und Projekte.

Im Prinzip dürfte in diesem Hause ein Einvernehmen darüber vorherrschen, dass es völlig absurd ist, was Herr Sarrazin von sich gegeben hat. Er hat nämlich behauptet, dass die Armut und Erwerbslosigkeit der Menschen angeblich durch ihre Gene und vermeintlich angeborene Dummheit bedingt sei. Das ist, meine Damen und Herren, schlicht eine Pervertierung der Wissenschaft und der Lebenswirklichkeit.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Fakt ist, dass gesellschaftliche und individuelle Lebenslagen durch die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse determiniert werden – nicht umgekehrt.

Die verarmende neoliberalen Wirtschaftspolitik, das selektive Bildungswesen, die ausgrenzenden und diskriminierenden Strukturen in unserer Gesellschaft haben insgesamt gewisse Schichten in unserer Gesellschaft aussortiert und isoliert. Erschwerend hinzu kommt die politisch ignorante und arrogante Haltung der Konservativen.

Eine richtige und greifende Integrationspolitik setzt aus meiner Sicht zweifelsohne eine fundierte und gerechte Analyse der Lage voraus – objektiv, fair und zielorientiert, meine Damen und Herren, aber bitte nicht auf dem Rücken der Betroffenen.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn man mit „Leitkultur“ operiert, darf es nicht wundern, dass darauf falsche, ja sogar gefährliche Reaktionen erfolgen können. Das ist nicht hinnehmbar. Eine Gesellschaft schafft sich nicht ab, wie behauptet, wenn sie kulturell vielfältiger wird, sondern wenn überhaupt kann sich eine Gesellschaft durch homogenisierenden und rassistischen Wahnsinn demontieren.

Wir brauchen auf diesem Feld ganz gewiss einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Die Integration setzt auch die Einsicht voraus, dass die gesamte Politik ein Verständnis entwickelt, das die humanistischen Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Weltoffenheit beinhaltet. Das sind die Werte, die verbinden und einen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Ali Atalan (LINKE): Wir in NRW als wichtigstem Bundesland können hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen, indem wir gemeinsam mit Betroffenen und mit organisierten Kräften von Betroffenen dieses Thema konsequent angehen

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

und für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft werben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung hat Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Karl-Josef Laumann ist leider nicht im Plenarsaal. Dennoch möchte ich ihm auch in Abwesenheit dafür danken, dass er gestern in zwei Politikbereichen eine parteiübergreifende Zusammenarbeit angeboten hat. Dazu gehört auch die Integrationspolitik.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Michael Aggelidis [LINKE])

Ich kann hier erklären, dass die Landesregierung bereit ist, die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen zukünftig ohne parteipolitische Auseinandersetzungen, die dann prägend wären, zu gestalten. Wir wissen alle, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber Integrationspolitik ist zu wichtig, als sie im parteipolitischen Hickhack untergehen zu lassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe nicht die Absicht, dieses Thema angesichts der obskuren Thesen des Herrn Sarrazin zu behandeln. Man muss nicht über jedes Stöckchen springen, das einem hingehalten wird.

(Beifall von der SPD, von der LINKEN und von Daniela Schneckenburger [GRÜNE])

Integrationspolitik ist gerade in Nordrhein-Westfalen nichts Neues. Ich glaube auch nicht, dass, wie ein großes Nachrichtenmagazin schrieb, staatliche

Politik generell versagt hat. Ich glaube vielmehr, dass wir zu spät begonnen haben, uns über Integrationspolitik Gedanken zu machen und diese Gedanken zu realisieren.

Viele Jahre lang haben wir versäumt, darüber zu diskutieren, ob Deutschland nun wirklich ein Einwanderungsland ist oder nicht. Ich habe den Eindruck, dass viele Zeitgenossen, die heute über Defizite in der Integrationspolitik sprechen, immer noch identisch sind mit denjenigen, die nicht wissen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Natürlich haben wir große Herausforderungen in der Integrationspolitik zu bewältigen. Deshalb hat die Landesregierung das Thema „Integration“ institutional und auch politisch aufgewertet. Integration ist gleichberechtigt in das Arbeits- und Sozialministerium und damit in ein klassisches Ministerium eingebettet worden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Erstmals gibt es eine Staatssekretärin für Integration – jemanden, der am eigenen Leibe erfahren hat, was Integration bedeutet und was nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Herr Palmen, das sind natürlich wieder Kosten. Wir kennen die Diskussion. Wir sollten sie hier nicht führen.

Die Entscheidung, Arbeit, Soziales und Integration zusammenzuführen, war notwendig. Denn ohne den Zugang zu qualifizierter Ausbildung und guter Arbeit, ohne sicheres Einkommen und soziale Sicherheit kann Integration eben nicht gelingen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir brauchen Migration und Integration, meine Damen und Herren. Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung von Immigranten ist groß. Deshalb sind Menschen mit Migrationshintergrund keine Belastung, sondern auch kulturell und ökonomisch eine wichtige Bereicherung. Ich möchte nur einige Beispiele nennen:

Von 747.000 Selbstständigen in Nordrhein-Westfalen haben mittlerweile 17,3 %, also jeder Sechste, eine Zuwanderungsgeschichte. Sie leisten einen überaus wichtigen Beitrag zur Stärkung der heimischen Wirtschaft. Sie tragen dazu bei, dass Wohlstand gemehrt wird, und schaffen über eine Million Arbeitslose bzw. Arbeitsplätze

(Zurufe)

und verhindern damit einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in einem ganz erheblichen Ausmaß.

Natürlich kostet Integration Geld. Mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende soziale Netzwerke, geringe

Bildungsabschlüsse und eine unzureichende Integration auf dem Arbeitsmarkt kosten den Staat bundesweit jährlich 16 Milliarden €

(Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD])

Weil das so ist, wollen wir vorbeugen. Auch das gehört zu unserer finanziellen Strategie. Wir wollen Kosten für unterlassene Integration verhindern.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Lassen Sie uns deshalb nicht Arbeit gegen Bildung ausspielen. Wir wissen doch alle, dass Bildung, dass das Erlernen der deutschen Sprache zentrale Voraussetzung jeder Integrationspolitik sind. Deshalb sage ich noch einmal: keine Spielereien. Der Bildungspolitik kommt natürlich eine äußerst wichtige Rolle zu.

Natürlich wollen wir schon im Kindergarten den Erwerb und das Beherrschen der deutschen Sprache sicherstellen. Herr Laschet, an dieser Stelle gibt es überhaupt keinen Dissens. Diesen Dissens sollten wir auch nicht in der Öffentlichkeit erzeugen wollen.

Arbeit ist genauso wichtig. Ich sehe hier keine Wertigkeit. Schauen Sie sich die Zahlen an: Fast 21 % der Menschen mit Migrationshintergrund und der Ausländer in Nordrhein-Westfalen sind arbeitslos. Die Quote bei den Deutschen betrug im Juli dieses Jahres 7,6 %. Deshalb werden wir uns natürlich bemühen, die Integration der Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und die Vermittlung in Arbeit zu stärken.

Wir wollen eine aktive und systematische Integrationspolitik. Deshalb streben wir eben ein Integrationsgesetz an. Es geht nicht um Projekte, es geht um Strukturen, die stimmen müssen. Wir wollen deshalb natürlich die Partizipation und die gesellschaftliche Beteiligung über das schon angesprochene kommunale Wahlrecht sicherstellen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Unsere Integrationspolitik beginnt von unten und ist nicht identisch mit allgemeiner Medienarbeit. Wir gehen zu den betroffenen Menschen, um die Probleme zu ergründen und Abhilfe zu schaffen. Dies wird auch im Mittelpunkt der nächsten fünf Jahre stehen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Landtag seit 2001 einen großen Konsens, und deshalb war die Integrationsoffensive etwas, was über den letzten Regierungswechsel gehalten hat.

Dennoch müssen wir uns – und dazu war Ihr Beitrag gerade, Herr Minister Schneider, wenig hilfreich – vor Augen halten: Wenn ein Mann, ein Mitglied der SPD, ein jahrelanger Staatssekretär und Senator, der es in den Vorstand der Deutschen Bundesbank gebracht hat, ein Buch schreibt, das 400.000 Menschen kaufen, und wenn die Mehrheit der Menschen in Umfragen sagt „Der Mann hat recht“, dann müssen wir uns doch dieser Debatte stellen. Dann können Sie doch nicht sagen: „Ich springe nicht über jedes Stöckchen“, ihn ausschließen und das Thema totschweigen.

(Beifall von der CDU)

Unser Kernproblem besteht doch darin, dass zwar 90 % – ich auch – ihn kritisieren, dass die gesamte politische Klasse ihn kritisiert, aber die Menschen ein völlig anderes Gefühl haben. Dann wird eine Talkshow organisiert. Fünf Leute treten gegen Sarrazin an, und alle machen ihn nieder. Anschließend erfolgt eine Umfrage unter den Zuschauern, und 90 % sagen: Der hat recht. – Dieser Debatte müssen wir uns doch stellen, und deshalb ist es zu schwach, zu sagen: Ich springe nicht über jedes Stöckchen.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist völlig undifferenziert, was Sie hier sagen!)

Dann hat uns Herr Atalan hier darüber belehrt, dass das Rechtspopulismus ist. Ich weiß nicht, lieber Herr Atalan, ob Sie die Emnid-Umfrage kennen. Es wurde ermittelt, bei welcher Partei Herr Sarrazin die größte Zustimmung erfährt. Einen Großteil der Zustimmung findet er bei der Partei der Linken.

(Beifall von der CDU)

Es ist doch auch logisch, dass Ihre Wähler

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Doch nicht bei der Partei! Das ist doch nicht die Partei Die Linke!)

am ehesten Herrn Sarrazin wählen würden. Er ist nämlich genauso populistisch wie Die Linke. Sie machen doch immer mit dummen Sprüchen Politik.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist doch nicht die Partei!)

– Herr Sagel, Ihre Empörung hier ist völlig unangemessen. Denn Ihre Partei hat jahrelang mit diesem Herrn Sarrazin in Berlin regiert. Herr Sarrazin ist

kein Konservativer. Herr Sarrazin ist einer, der mit Kommunisten koaliert hat, und auch das müssen wir in dieser Zeit einmal sagen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: Bauen Sie die Mauer doch wieder auf! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Herr Laschet, ich habe noch ein Stückchen Mauer! Das können Sie haben!)

In der Regierungszeit mit Ihnen war er Finanzsenator. Er hätte doch die Bildungschancen in Berlin erhöhen können. Bis heute ist Nordrhein-Westfalen das einzige deutsche Bundesland, das verpflichtende Sprachtests für Vierjährige eingeführt hat. Warum macht denn Ihre Koalition in Berlin, die Herrn Sarrazin als Senator hatte, nicht endlich Ernst mit Integrationsfortschritten für Kinder?

(Beifall von der CDU – Zurufe von der LINKE)

Also, etwas mehr intellektuelle Auseinandersetzung mit Herrn Sarrazin täte dieser Debatte gut!

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ja, von Ihnen auch! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir brauchen Förderung und keine Sprachtests!)

– Ich weiß, dass Sie getroffen sind, Herr Sagel. Herr Sarrazin war nämlich Ihr Koalitionspartner und nicht unser Koalitionspartner. Ein Christdemokrat würde nie so reden, wie Herr Sarrazin redet. Auch das ist wahr.

(Beifall von der CDU und von der FDP- Stefan Zimkeit [SPD]: Was ist mit Frau Steinbach?)

– Ich habe nicht gehört, dass sich Frau Steinbach über Migranten geäußert hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Populismus pur!)

Auch da ist unser Stil, Debatten zu führen und nicht auszuschließen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Pure Angst vor der rechten Partei!)

Sie schließen den früheren Ministerpräsidenten Wolfgang Clement aus.

(Heike Gebhard [SPD]: Nein, er ist freiwillig ausgetreten!)

Jetzt schließen Sie den Bundesbanker und früheren Finanzsenator aus. Wen wollen Sie denn noch alles aus der SPD ausschließen, wenn er mal eine andere Meinung vertritt?

(Beifall von der CDU – Zurufe von der LINKE)

Der Bezirksbürgermeister Buschkowsky, mit dem ich schon manche kritische Debatte geführt habe, ist ein Mann der Basis. Er arbeitet in Neukölln,

(Heike Gebhard [SPD]: Jetzt offenbaren Sie das eigentliche Ziel dieser Aktuellen Stunde!)

und er hat Ihnen davon abgeraten, ihn auszuschließen. Denn sonst treiben Sie immer mehr Leute in die Arme von Rechtspopulisten,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sie arbeiten doch mit denen zusammen!)

wenn Sie die Probleme nicht ansprechen und ihn ausgrenzen, statt ihn einzubeziehen und sich mit ihm auseinanderzusetzen.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie spalten jetzt hier!)

– Herr Sagel, es ist Ihr Koalitionspartner und nicht meiner. Herr Sagel, entspannen Sie sich.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gestern so eine Rede von Ihrem Fraktionschef! Er hat gesagt, wir sollen integrativ zusammenarbeiten!)

– Das tun wir auch. Sie koalieren doch mit Herrn Sarrazin und nicht ich.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und heute spalten Sie!)

Also, jetzt kommen wir zu dem, was uns in diesem Hause eigentlich eint.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Ist ja nett, dass Sie dazu kommen!)

– Wie bitte?

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Geht es jetzt inhaltlich weiter?)

– Entspannen!

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Uns eint in diesem Hause, dass wir die Öffentlichkeit gewinnen wollen, dass wir dafür werben wollen ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Tolle Werbung! – Weitere Zurufe von der LINKE)

– Entschuldigung. Sie werden dieses Land zum Integrationsland Nummer eins nur machen und dies auf Dauer nur aufrechterhalten können, wenn Sie auch Debatten mit Herrn Sarrazin führen und nicht so tun, als würde niemand in diesem Land so denken. Integrationsarbeit ist nämlich Überzeugungsarbeit.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber doch nicht auf diese Art und Weise!)

Sie müssen die Menschen mitnehmen: sozialdemokratische Wähler, christdemokratische Wähler, Linken-Wähler, liberale Wähler, Grünen-Wähler. Denn überall findet Herr Sarrazin Zustimmung.

Wir müssen erreichen, dass wir die Menschen mit den richtigen Argumenten gewinnen. Das können wir zusammen schaffen – aber nicht durch Aus-

grenzung, Parteiausschluss und solche Lächerlichkeiten, wie Sie sie heute hier vorgetragen haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Laschet, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche: Frau Abgeordnete Asch möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Armin Laschet (CDU): Ich meine, in der Aktuellen Stunde sind Zwischenfragen nicht zulässig.

(Zurufe: In der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwischenfragen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ach so, Entschuldigung.

Armin Laschet (CDU): Gerne würde ich – wie immer – die Zwischenfrage von Frau Asch zulassen, aber das ist leider nicht möglich.

Was sieht der Konsens aus, den wir hier seit 2001 haben? – Der Konsens besteht darin, dass das Thema aus der parteipolitischen Auseinandersetzung herausgehalten wird, weil alle Fehler gemacht haben.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das hätten Sie einmal tun sollen!)

– Ich habe die Linke nicht einbezogen, weil sie eine populistische Partei ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Der einzige Populist heute sind Sie hier!)

Infofern warten wir erst einmal ab, Herr Zimmermann.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: So einfach ist das!)

Wenn Sie hier so reden, wie es Herr Sagel die letzten fünf Jahre getan hat, dann wird es mit dem Konsens schwierig. Sie sind eingeladen, an dem Konsens, der bisher bestand, auch durch konstruktive Arbeit mitzuwirken.

Unsere Aussage war, dass Aufstieg für jedes Kind, unabhängig von der Herkunft der Eltern, möglich sein soll, dass jeder seinen Platz haben muss, dass im öffentlichen Dienst Zuwanderer ihren Platz finden müssen. Das sind genau die Dinge, mit denen wir begonnen haben. Wenn wir das zum Erfolg bringen wollen, muss das Teil sein. Eine letzte Bemerkung:

(Zuruf von Michael Aggelidis [LINKE] – Weitere Zurufe von der SPD und von der LINKE)

– Ich setze mich mit Herrn Sarrazin auseinander. Er war auch nicht mein Koalitionspartner. Deshalb brauchen Sie hier gar nicht so rumzubrüllen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie müssen ihm Argumente entgegensetzen.

Jetzt komme ich zu etwas, was auch gut wäre. Herr Atalan hat eben gesagt: Das ist nicht nur ein Thema für Migranten, das ist ein Thema für die gesamte Gesellschaft.

(Beifall von der LINKEN)

Dem stimme ich ausdrücklich zu.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Nein, besser nicht, bitte nicht!)

Ich füge aber auch hinzu, was dann nicht geht, nämlich dass die neu ernannte Staatssekretärin in der „Hürriyet“ sagt – sie kritisiert die Ernennung von Armin Laschet und Thomas Kufen –: „Warum ich mich, weil meine Haare schwarz sind“ – das kann ich nicht ganz erkennen –, „herabgesetzt fühle, können Herr Laschet und Herr Kufen nicht wissen.“ – Das ist genau die alte Sprachregelung, diese Arroganz, zu behaupten: Weil ich Migrant bin, kann ich besser über das Thema reden. – Das dient unserem Land nicht. Wir alle müssen über dieses Thema reden und dürfen nicht solche Sprüche machen.

(Beifall von der CDU – Gunhild Böth [LINKE]: Aus unserer Perspektive! – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Das ist die alte Taktik, die nicht mehr aufgeht. Man muss in türkischen Medien reden wie in deutschen Medien, Frau Staatssekretärin. Die türkischen Medien werden glücklicherweise heute auch von Deutschen gelesen. Sie werden übersetzt, sie werden wahrgenommen.

Deshalb sage ich Ihnen: Reden Sie in türkischen Medien wie in deutschen Medien! Machen Sie es zum Thema der gesamten Gesellschaft! Dann können wird auch hier im Landtag gemeinsam Integrationspolitik gestalten.

(Anhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Laschet für die Fraktion der CDU. – Ich darf aus aktuellem Anlass darauf hinweisen, dass mein Husten auch etwas damit zu tun hat, dass sich die Redezeit dem Ende zuneigt bzw. schon zu Ende ist. Es wäre sinnvoll, die verabredeten Redezeiten annähernd einzuhalten.

Ich darf als nächstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kollegen Yüksel das Wort zu seiner ersten Rede in diesem Haus geben. Bitte schön.

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, als ich Ihnen gerade zugehört habe, dachte ich, wie schlecht muss es um seine Bewerbung für den Landesvorsitz stehen, dass er dieses Thema nutzt,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

sich in einer Art und Weise hier zu äußern, die Ihnen und Ihrer Arbeit, die Sie in den letzten Jahren geleistet haben, sehr unwürdig war.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Weder der Artikel, den Sie zum Anlass nehmen, heute eine Aktuelle Stunde zu beantragen, noch Ihr Redebeitrag sind dazu geeignet, in der Frage der Integration in Nordrhein-Westfalen weiterzukommen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich stehe hier als Kind der zweiten Generation, bin in Deutschland geboren. Es erfüllt mich auch mit Stolz. Es sollte uns alle in Nordrhein-Westfalen, alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Stolz erfüllen, dass wir nicht nur Probleme haben, sondern dass wir inzwischen so weit sind, dass es in Nordrhein-Westfalen auch Abgeordnete mit Migrationshintergrund gibt, die sich direkt äußern können,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

und dass wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht übereinander, sondern miteinander reden. Zu diesem Miteinander gehört das, was Sie gerade im zweiten Teil Ihrer Rede ausgeführt haben: dass wir die Ansätze, die wir im Jahre 2001 in Nordrhein-Westfalen mit auf den Weg gebracht haben, ernst nehmen.

Herr Laschet, ich habe Sie ein paar Mal erlebt. In Ihrer letzten Rede vor der Wahl haben Sie schon fast fließend Türkisch geredet. Insoweit sind Sie jemand – das erkenne ich wirklich an –, der atmosphärisch und zumindest in den letzten fünf Jahren bei den Migrantenselbstorganisationen sehr viel bewegt hat. Umso enttäuschter bin ich, dass Sie diese Rede, die Sie eben gehalten haben, hier halten mussten.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Natürlich gibt es die gelungenen Integrationsbeispiele. Wir sollten unsere Augen nicht davor verschließen, dass es in den letzten Jahrzehnten in bestimmten Bereichen tatsächlich keine Integrationsfortschritte gegeben hat.

Es gehört übrigens kein Buch oder viel Mut dazu, andere Leute zu beschimpfen und dadurch eine

Auflage von 400.000 zu erreichen, aber es gehört Klarheit darüber dazu, dass man die Dinge in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen benennen darf. Und das tut auch jeder von uns. Denn wir haben natürlich auch erhebliche Probleme. Niemand hat hier Redeverbot. Niemand hat gesagt, dass man die Probleme, die wir nach wie vor in Nordrhein-Westfalen haben, nicht aussprechen darf.

Herr Solf, Sie haben hier als Erstes das Thema „Salafisten in Mönchengladbach“ angeführt. – Die muss man gar nicht mehr integrieren. Das sind zum Teil Deutsche. Der Chef von denen ist Pierre Vogel. Er ist Deutscher. Insofern ist das doch keine Frage der nicht gelungenen Integration.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Das macht mir auch große Sorge. Wir sprechen bei den Migrantinnen und Migranten immer von Herkunftssprache, Herkunftsland. Aber die Probleme in dem Bereich betreffen doch diejenigen, die schon in der dritten Generation in Deutschland sind, zum Teil Eltern haben, die in Deutschland geboren sind.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen die Begrifflichkeiten nicht durcheinanderbringen, wenn wir von Herkunftsland und Herkunftssprache sprechen. Es sind Duisburger, es sind Dortmunder, es sind Bochumer, es sind Kölner, es sind Nordrhein-Westfalen, und es sind Deutsche. Es ist unser aller Problem und die Herausforderung aller, etwas zu tun.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Laschet, ich gebe Ihnen völlig recht: Nicht jeder Migrant kann wahrscheinlich zu dem Thema Migrationspolitik sprechen und ist ein ausgewiesener Experte – genauso wenig wie ein Zitronenfalter jeden Tag Zitronen faltet. Insofern ist das unser aller Aufgabe. Da haben Sie völlig recht.

Ich habe auch den Eindruck, dass diese Regierungskoalition und diese Ministerpräsidentin diese Aufgaben sehr ernst nehmen. Das sehen Sie nicht nur am Zuschnitt des Ministeriums und an der Aufwertung des Themas „Integration“ dadurch, dass wir für dieses Feld nicht mehr einen Integrationsbeauftragten, sondern eine Staatssekretärin – dazu noch mit Migrationshintergrund – haben, sondern auch an der Aussage von Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung, dass wir ganzheitlich denken. Insoweit sitzen hier zehn Integrationsminister und eine Integrations-Ministerpräsidentin, weil wir nämlich unsere Aufgabe ganzheitlich sehen und ernst nehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Was ist mit dem Finanzminister?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin in den 80er- und 90er-Jahren politisch sozialisiert worden. Ich kann mich an Gegebenheiten aus den 90er-Jahren erinnern, die uns allen noch vor Augen stehen. Wenn man zurückblickt, haben wir tatsächlich alle zehn Jahre so einen Ausbruch von unqualifizierten Beiträgen, die uns immer wieder ereilt haben, aber auch von schlimmen Ereignissen, auch in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe nicht vergessen, dass es Anfang der 90er-Jahre in Mölln, Hoyerswerda und Solingen ganz schlimme Brandanschläge gab, dass wir in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland eine Atmosphäre hatten, in der sich Leute ermächtigt gefühlt haben, Andersdenkende und Andersaussehende mit Molotowcocktails anzugreifen. Unsere Eltern haben uns zu dieser Zeit, als wir Kinder waren, nicht nach draußen geschickt, und wir mussten zu bestimmten Zeiten zu Hause sein, weil sie Angst um uns hatten. Bei manchen Leuten stand ein Eimer neben der Heizung, damit sie, falls jemand einen Molotowcocktail reinwerfen würde, schnell hätten löschen können. In so einer Atmosphäre haben wir gelebt.

Wir haben 1999 erlebt, dass durch Rot-Grün erstmals ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht entwickelt worden ist, man die Wirklichkeiten ernst genommen hat und dass es eine Unterschriftenkampagne in Hessen gab, die Gott sei Dank nicht von allen in der CDU unterstützt worden ist. Ich erinnere mich an führende Christdemokraten, die sich damals dieser Unterschriftenkampagne verweigert haben.

Ich denke, unsere gemeinsame Aufgabe ist, bei dem Thema „Integrationspolitik“ und „Migrationspolitik“ nicht in Träumereien zu verfallen. Aber ich bitte Sie auch, bei diesem Thema wirklich keine Angst zu haben. Ich bin davon überzeugt: Wenn der gute Wille da ist, wenn wir das Thema tatsächlich gemeinsam ernst nehmen, Herr Laschet, und es aus der parteipolitischen Polemik – auch, wenn man zukünftig Landesvorsitzender werden will – heraushalten, dann bin ich wirklich guter Dinge, dass wir bei dem Thema weiterkommen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Johannes Rau hat in seiner Rede, als er als Bundespräsident kandidiert hatte, einen bemerkenswerten Satz gesagt, der bei mir persönlich hängengeblieben ist. Er hat gesagt: In Artikel 1 des Grundgesetzes steht nicht „Die Würde des Deutschen ist unantastbar“, sondern „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Und wenn wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, diesen Satz ernst nehmen, dann haben wir eine gute Grundlage – eine Grundlage, die auf unserer

guten Verfassung fußt, eine Grundlage, die das friedliche Zusammenleben auch der Völker in Nordrhein-Westfalen fördert. Dann, da bin ich mir sicher, können wir alle vielleicht in ein paar Jahren sagen: „Wir alle sind Nordrhein-Westfalen, auch diejenigen, die einen Migrationshintergrund haben.“ – Danke sehr.

(Anhaltender Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yüksel. Ich gratuliere auch zu Ihrer ersten Rede in diesem Haus. – Ich darf als Nächstes der Frau Abgeordneten Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort geben. Bitte schön, Frau Kollegin.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, Sie haben zu Recht gefragt, warum die Thesen und dieses Phänomen Sarrazin auf soviel Zustimmung in der Bevölkerung stoßen. Ihre Rede heute, Herr Laschet, hat dazu einen großen Beitrag geleistet; das will ich Ihnen sagen.

(Armin Laschet [CDU]: Wieso das denn? Wieso das denn? – Zurufe von der CDU)

Es war – Kollege Yüksel hat es richtig formuliert – eine Bewerbungsrede im Rahmen Ihrer internen Auseinandersetzung mit Herrn Röttgen bei der Bewerbung für den Parteivorsitz. Es war keine Rede, in der Sie sich Ihrer Verantwortung als Parlamentarier dieses Hauses gestellt haben, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Probleme, die wir in der Tat haben, zu leisten.

(Armin Laschet [CDU]: Antworten Sie doch mal Sarrazin! Der ist doch Sozialdemokrat!)

Denn eines der größten Probleme in der Integrationspolitik ist, dass diese Politik einer ganz unrühmlichen, negativen Konjunktur unterliegt. Erinnern Sie sich an die Rütti-Debatte 2006. Da hatten wir denselben Ausschlag. Ich habe diesen Vorgang noch einmal aus meinem Hängeordner geholt. Die Überschriften – fast die gleichen wie jetzt –: starke Sprüche, mit Multikultigesäusel muss endlich aufgehört werden, wir brauchen mehr Sanktionen, die Leitkulturnerdebatte.

Ja, und es gab damals – daran will ich Sie erinnern, Herr Laschet – auch andere, die sich in dieser Phase aus den politischen Lagern aufeinander zu bewegt haben. Es gab einen Herrn Schäuble, der in dieser Situation gesagt hat: Der Islam ist ein Teil Deutschlands. – Ein schlichter Satz, aber ein wichtiger Satz, der meint: „Wir akzeptieren diese multikulturelle“

(Zuruf von der CDU)

– jawohl, dieses Wort darf man sagen! –, „diese multiethnische und die multireligiöse Gesellschaft.“ Sie ist Fakt, und mit der müssen wir umgehen.

Und es waren Sie als Integrationsminister, der 2006 in dieser aufgeheizten Debatte – ich will Sie an Ihre eigenen Zitate erinnern – in einem Interview der „Berliner Zeitung“ gesagt hat: Aber auch in der Politik in Deutschland haben wir zu spät mir der Integration angefangen. Die Union hat zu spät erkannt, dass wir ein Einwanderungsland sind und eine Einwanderungspolitik brauchen. – Diese Selbstkritik, diese selbstkritische Reflexion, die Sie damals in Ihre eigene Partei hineingebracht haben, waren Handlungsgrundlage für einen Konsens, den es auch hier im Parlament gab. Und von dieser Linie haben Sie sich heute mit Ihrer Rede verabschiedet, und ich bedaure das sehr, Herr Laschet.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Wo denn? Wo denn?)

Ich bedaure das sehr; denn der Vorwurf, der hier pauschal erhoben wird – da hätten alle geschlafen und man warte nur auf den nächsten Ehrenmord, um dann gemeinsam wieder aufzuwachen –, der stimmt ja nicht.

(Zuruf von der CDU)

Schauen Sie es sich doch mal an – das ist doch auch in Ihrer Amtszeit passiert –, was in den Kommunen gelaufen ist: Integrationskonzepte, Umstellung von Verwaltungsstrukturen, indem in vielen Kommunen Integrationspolitik Chefsache geworden ist, Einrichtung von Stabsstellen bei den Oberbürgermeistern.

Und unser nächstes Ziel ist es, im Landtag gemeinsam ein Integrationsgesetz zu verabschieden, das genau diesen Prozess weiter steuert.

Und – das ist natürlich richtig – wir alle im Landtag müssen uns fragen, warum sich trotz eines bundesweiten Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund von 20 % – in NRW sind wir bei fast 25 % – diese Einwanderungsgesellschaft zum Beispiel nicht in unserem öffentlichen Dienst widerspiegelt, wo nur 2 % bis 2,5 % Angestellte mit Migrationshintergrund arbeiten. Warum klappt das in der Nationalelf überproportional und warum klappt das im öffentlichen Dienst nicht? Warum klappt das nicht bei den Banken und Versicherungen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei der Polizei – ich will das deutlich sagen – liegt diese Quote durch gezielte Werbemaßnahmen weit höher. Aber auch dort ist sie noch viel zu niedrig.

Damit müssen wir uns beschäftigen. Und da helfen uns irgendwelche dämmlichen Sanktionsdebatten bezüglich Integrationsverweigerer überhaupt nicht weiter,

(Beifall von den GRÜNEN und von der LIN-KEN)

denn da sind wir beim Dreh- und Angelpunkt in der Integrationspolitik: und das ist und bleibt die Bildungspolitik. Hier muss sich einiges tun, denn wir haben – und das ist Fakt – ein selektives Bildungssystem, in dem die Menschen mit ihren Schwächen und ihrem Förderungsbedarf nicht ausreichend mitgenommen und gefördert werden. Denn – auch das muss uns als Politikern zu denken geben: In der Hauptschule ist jeder fünfte Jugendliche einer mit einem ausländischen Pass, am Gymnasium nur jeder zwanzigste. Bei den Migranten haben wir eine doppelt so hohe Schulabrecherquote. – Das sind die Hausaufgaben, die wir im Parlament machen müssen.

Sprechen wir von einem Defizit, dann handelt es sich dabei um ein Defizit in unserem Bildungssystem, das es nicht schafft, alle mitzunehmen, das zu viele zurücklässt, zu wenige am Bildungserfolg teilhaben lässt. – Das sind die Hausaufgaben, die wir machen müssen. Dafür brauchen wir Herrn Sarrazin weiß Gott nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will es noch einmal ganz klar sagen: Die wirre These, dass Mehmet dümmer als Max ist, ist Schwachsinn in Tüten. Das hilft in dieser Debatte überhaupt nicht weiter.

Ich will noch einen Vertreter aus einer anderen als unserer Partei zitieren, der das schon sehr früh erkannt hat. Das war Heinz Kühn, der spätere Ministerpräsident. Schon 1979 hat er als erster Integrationsbeauftragter der damaligen Bundesregierung in seinem ersten Bericht genau dies gesagt:

(Armin Laschet [CDU]: Aber keiner hat auf ihn gehört!)

Unser Bildungssystem muss versuchen, diese Menschen zu besseren Bildungsabschlüssen zu bringen. – Seit 1979 sind viele Jahre vergangen.

Diese Regierung wird – das ist in der Regierungserklärung und in der Debatte deutlich geworden – genau dieses Thema angehen und Schritt für Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Eine Bildungsgerechtigkeit ist die beste Integrationspolitik für dieses Land. Dafür brauchen wir Ihre Rede nicht, Herr Laschet, dafür brauchen wir auch Herrn Sarrazin nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Frau Abgeordnete Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin über die Debattenkultur hier im Hause schon überrascht. Ich habe in dieser Debatte extrem viel Unkonkretes gehört und eigentlich nur Vorwürfe von links nach rechts. Ich finde eine solche Debatte unheimlich schwierig, wenn man nicht anfängt, die Gesamtthematik zu diskutieren. Wir haben in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt, glaube ich, viel Gutes in der Integration erreicht. Man muss aber auch Probleme benennen, um sie hinterher lösen zu können.

Ich darf einmal bei Ihnen von der rot-grünen Ministeriumsregierung anfangen. Herr Minister, Sie müssen liefern. Sie können nicht einfach nur irgendwelche plakativen Forderungen aufstellen, sondern Sie müssen uns aufzeigen, wohin Sie gehen wollen.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, Sie haben eben keinen einzigen konkreten Vorschlag unterbreitet. Sie haben gesagt, Sie wollen ein Integrationsgesetz auf den Weg bringen. Was soll denn dort drinstecken? Schwarz-Gelb hat wenigstens den Mut zu sagen, dass es Probleme gibt und dass wir anfangen müssen. Schwarz-Gelb hat auch erkannt, wo die Probleme sind.

In der Bildungspolitik gibt es Probleme. Wir müssen bei den Kleinsten und bei den jungen Menschen anfangen, um die Probleme zu lösen. Wir müssen die Sprachförderung verbessern. Deswegen haben wir doch verbindliche Sprachtests vorgeschrieben.

Wir haben versucht, dort die ersten Probleme zu lösen. Ich erwarte heute auch von Ihnen, dass Sie hier zum ersten Mal einen konkreten Vorschlag bringen. Das haben Sie meines Erachtens noch nicht gemacht.

(Beifall von der FDP)

Herr Atalan, wenn Sie hier solche meines Erachtens einfachen Reden halten, lösen Sie keines der Probleme, die Sie benannt haben. Herr Laschet hat es angesprochen: Sie regieren in Berlin. Berlin ist, glaube ich, die Stadt mit den größten Integrationsproblemen in Deutschland. Von diesem Rednerpult aus dann einfach nur zu kritisieren, ist etwas einfach. Ich wünsche mir konkrete Lösungsvorschläge.

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Punkte auflisten, bei denen Integration sehr gut funktioniert. Sie wurden hier noch nicht erwähnt.

Ich habe in einem Bericht gelesen, dass in Deutschland 88.000 selbstständige türkische Unternehmer 380.000 Mitarbeiter beschäftigen. Wir haben 587.000 Selbstständige mit Migrationshintergrund. Das sind 2,5 Millionen Jobs, die Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen haben. Das heißt: Wir haben große Perspektiven und Chancen, wenn wir Zuwanderungspolitik und Integrationspolitik richtig anfangen.

Deshalb möchte ich einen Vorschlag, den Stefan Romberg eben eingebracht hat, konkretisieren: Wir können Integration nur vernünftig und über Perspektiven hinbekommen, wenn wir in der Bildungspolitik anfangen. Schwarz-Gelb hat schon vorgeliefert. Das müssen wir noch ausbauen.

Wir sollten deswegen über den Bereich der frühkindlichen Betreuung und Erziehung ausführlicher diskutieren. Wir sollten über eine Migrationspolitik für alle Kinder im Sinne eines Miteinanders diskutieren. Wir sollten schauen, dass möglichst vielen Kindern ein Kindergartenbesuch ermöglicht und ihnen gegebenenfalls ein Bildungsgutschein für ein kostenfreies Kindergartenjahr zur Verfügung gestellt wird, und zwar nicht am Ende der Kindergartenzeit, sondern vielleicht schon am Anfang oder zwischendrin, um ihnen eine Chance zu eröffnen, früh an Bildung teilzuhaben, damit sie an unserer Gesellschaft von vornherein partizipieren können.

Sprache ist der Schlüssel zu allem. Darüber haben wir heute sehr wenig diskutiert, sondern nur sehr viele Vorwürfe erhoben. Ich würde mir wünschen, dass wir dieses Thema später vertiefen. Bildung ist der Schlüssel! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP sowie vereinzelt von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Hafke für die Fraktion der FDP. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte, die hier geführt wird, und insbesondere der Redebeitrag von Herrn Laschet waren die Höhe des Populismus und heuchlerisch.

(Beifall von der LINKEN)

Meine zentrale These lautet: Die Migrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte und die Integrationsdebatten, die geführt worden sind und die wir heute wieder führen – insbesondere die Art und Weise, wie sie die rechtskonservativen Parteien geführt haben – und die daraus abgeleiteten Forderungen haben den fruchtbaren Boden für die große Resonanz bereitet, auf den Sarrazins Thesen in der Bevölkerung jetzt fallen.

(Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Das ist doch ein Linker!)

Das möchte ich begründen. Lassen Sie uns die Migrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte anschauen. Das ist eine Migrationspolitik, die spaltet, den roten Teppich für Zuwanderer ausrollt, die uns nützen, die Abschottungspolitik gegen Zuwanderer praktiziert, die uns ausnützen. – Ich zitiere Günter Beckstein.

Diese spaltende und ökonomisierende Art der Migrationsdebatte ist der Kern des Problems. Ihre Partei fördert die Elitenmigration und wehrt die Elendsmigration ab.

(Armin Laschet [CDU]: Das war ein rot-grünes Gesetz!)

Ein Beispiel: Die Neuzuwanderung soll vor allem auf Hochqualifizierte ausgerichtet werden. Das sind jene, die unser Wirtschaftsstandort braucht. Gegenüber den Flüchtlingen und den Asylsuchenden, gegenüber denjenigen, die unsere Hilfe brauchen, wird Abschottungspolitik, wird Restriktionspolitik praktiziert.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Menschen speisen wir mit Sachleistungen, mit Lebensmittelgutscheinen ab. Ich kann Rot-Grün davon leider nicht ausnehmen, denn auch NRW schiebt diese Menschen – wie zuletzt vor einigen Wochen die Roma – in den Kosovo ab.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist das zentrale Problem, dass eine gespaltene Migrationspolitik betrieben wird. Sie bereitet den Boden dafür, dass solche Thesen auf Resonanz stoßen.

Dem stehen zentrale Herausforderungen gegenüber, die schon mehrfach benannt wurden: Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Ausländerrecht, Staatsangehörigkeitsrecht. Es stehen jede Menge Themen an; darum müssen wir uns kümmern.

Ich komme noch einmal auf den Rassismus des Herrn Sarrazin zurück. Der erste Kern des Rassismus à la Sarrazin ist die pauschale Abwertung von Menschengruppen aufgrund von Herkunft und Religion. Dieser Rassismus verstößt gegen unsere zentrale Grundrechtsnorm, gegen die Menschenwürde, nach der jeder Mensch als ein Individuum angesehen und bewertet werden muss.

(Beifall von der LINKEN)

Der zweite Kern des Rassismus ist die Einordnung von Menschengruppen nach ökonomischen Kriterien. Diesen finde ich besonders in der von den Unionsparteien geführten Debatte.

(Zurufe von der CDU)

Nicht der Wirtschaftsstandort, sondern der Mensch mit seinen Rechten muss im Mittelpunkt stehen.

(Beifall von der LINKEN)

Ein dritter Kernpunkt der Debatte ist die Frage, wie weit Meinungsfreiheit gehen kann. Herr Romberg hat es eben gesagt. Er sagte, es muss erlaubt sein, Missstände zu benennen. Ich sehe das ebenso. Der Tenor der öffentlichen Debatte ist im Moment aber der, dass alles sanktionslos behauptet werden kann. Ich bin der Auffassung, dass die Grenzen der Meinungsfreiheit dort sind, wo sie

andere Menschen – zum Beispiel Minderheiten – in ihren Grundrechten und Menschenrechten verletzt.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von der LINKEN: Bravo!)

Die derzeitige Kontroverse zwischen Frankreich und der EU-Kommission ist ein sehr schönes Beispiel dafür.

Zur Integrationspolitik des Herrn Laschet, der eben seine Krallen gezeigt hat, nachdem er fünf Jahre lang auf Samtpfötchen gelaufen ist, möchte ich mich jetzt nicht auslassen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Meine Güte!)

Ich halte sie für eine prestigeträchtige Art von Politik, die im Prinzip nichts an den zentralen Problemen gelöst hat.

Ich komme jetzt noch einmal zu dem zentralen Problem der Armut und der sozialen Ausgrenzung, der sozialen Benachteiligung von Migranten. Das ist der Kern der Debatte, auf den wir uns konzentrieren müssen.

Die Armut von Migranten wird nicht von Migranten muslimischen Glaubens importiert, sondern vom kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst und von einer falschen Regierungspolitik hierzulande produziert.

(Beifall von der LINKEN)

Schuld an der zunehmenden Spaltung in arm und reich sind also nicht im Niedriglohn- und Transferleistungsbereich konzentrierte Zuwanderer, sondern die nationalen Eliten, die ihrerseits eine Parallelgesellschaft bilden, wenn sie Luxusquartiere bewohnen, sich mit privaten Sicherheitsdiensten abschotten usw.

Ich wiederhole: Die zentrale Herausforderung sind Veränderungen im Bildungssystem. – Das bisherige System sortiert Kinder schon im Vorschulbereich aus. Es stellt Kinder von der Einschulung zurück und steckt sie in Sonderschulen. Migrantenkinder müssen höhere Leistungen bringen als einheimische Kinder, um eine Gymnasialempfehlung zu bekommen. Das alles sind Selektionsstufen, die wir angehen und um die wir uns kümmern müssen.

Frau Düker hat es mir eben vorweggenommen. Heinz Kühn hat dazu schon 1979 das Nötige gesagt. Er hat eine Anerkennung der faktischen Einwanderung gefordert.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss. Einen Punkt möchte ich aber noch ausführen. – Herr Kühn hat gesagt, wir brauchen ein Recht auf Einbürgerung für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder. Wir brauchen ein kommunales Wahlrecht nach längerem Aufenthalt. Wir müssen die rechtli-

che und tatsächliche Gleichstellung von Ausländern vorantreiben. – Die zentralen Herausforderungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik sind bis heute nicht umgesetzt. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge. – Als nächster Redner hat Minister Schneider für die Landesregierung das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Laschet, ich befürchte, wenn Sie noch mehrere Reden dieses Inhalts und dieses Stils halten, ...

(Armin Laschet [CDU]: Was denn?)

Wenn Sie noch mehrere Reden dieses Inhalts und dieses Stils halten, ...

(Armin Laschet [CDU]: Was denn? – Zuruf von der CDU: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

– Ich komme ja zur Sache. Nun warten Sie doch einmal ab. Bleiben Sie ein bisschen ruhig. Mir fällt das ja schon schwer, mein Gott.

(Beifall von der SPD)

Bei weiteren Reden dieser Art droht Gefahr für Ihr Lebenswerk.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Was denn?)

Ich verstehe nicht, warum wir uns nicht ganz vernünftig und mit parlamentarischem Ernst der Diskussion über Integrationspolitik stellen wollen.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist die Kritik?)

Ich benötige dazu nicht Herrn Sarrazin.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist doch Ihr Mitglied!)

– Es kommt doch nicht darauf an, wessen Mitglied wo gesprochen hat. Dazu könnte ich Ihnen auch vieles über Ministerpräsident Koch und seine Unterschriftenaktion erzählen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

So langsam reicht es. Tun wir uns das nicht an.

Ich will nur einige Bemerkungen machen. Im Verhältnis zu anderen Ländern um uns herum hat dieses Land ausländerpolitische Initiativen gestartet, die sich sehen lassen können. Wir haben keine 30 % Rechtsextremisten im Nationalrat, wie es in Österreich der Fall ist.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gott sei Dank!)

Wir haben keine Entwicklungen wie in Belgien oder in den Niederlanden.

Herr Laschet, wenn es um Radikalisierungen in diesem Bereich geht, ist die politische Gesäßgeografie wenig hilfreich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit rechts und links hat das wenig zu tun. Es hat auch nichts mit Mitgliedschaften in Parteien und in politischen Organisationen zu tun.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hören Sie zu, Herr Laschet!)

Es ist gefragt worden, was die Landesregierung konkret machen will. Wir werden unser Integrationsgesetz sehr frühzeitig einbringen und zur Diskussion stellen. Wir werden so schnell als möglich Religionsunterricht für Moslems ermöglichen. Dazu sind ganz konkrete Vorarbeiten im Schulministerium schon geleistet. Wir werden den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst steigern, zum Beispiel über das Projekt der anonymisierten Bewerbung.

Das alles sind sehr konkrete Maßnahmen, die uns weiterhelfen – jedenfalls mehr als eine losgelöste Diskussion über einen Buchautor. Wir könnten uns wunderbar über diesen Mann an anderer Stelle auseinandersetzen. Ich glaube, er gehört nicht ins Parlament.

Einige Anmerkungen zur Vergangenheit muss ich schon machen. Als die Konservativen noch darüber diskutiert haben, ob dieses Land ein Einwanderungsland ist, und als das noch eine tabuisierte Frage war, haben Sozialdemokraten Sprachförderung eingeführt.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Wo denn?)

Man kann das wunderbar nachvollziehen. Da lassen wir uns auch nichts anhängen.

(Michael Solf [CDU]: Das war unser Antrag, den die SPD abgelehnt hat! – Weitere Zurufe)

– Schauen Sie einmal weiter zurück, dann werden Sie sehen, was wahr und was nicht wahr ist.

(Michael Solf [CDU]: Herr Schneider, wir hatten den Antrag gestellt! – Unruhe)

Wenn Herr Laschet zum Beispiel den Vorschlag für einen Vorschulunterricht gemacht hat, muss ich Sie fragen: Warum haben Sie ihn denn nicht bis zum 9. Mai 2010 eingeführt?

(Beifall von der SPD und von der LINKEN – Fortgesetzt Unruhe)

Auch in diesem Politikfeld werden Sie solche Fragen immer wieder zu hören bekommen.

Noch eine Bemerkung hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit meiner, unserer Staatssekretärin. Ich glaube, in der Tat ist es schon ein Unterschied, ob man Diskriminierung und Stigmatisierung am eigenen Leib erlebt hat oder ob man davon intellektuell zur Kenntnis genommen hat.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist schon ein großer Unterschied. Es ist nämlich ein Unterschied, ob Sie am Hochofen waren oder ob Sie das nur studiert haben. Und ich nehme mich da gar nicht aus.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Deshalb sollte man solche Äußerungen nicht so hoch schrauben. Einmal spüren und erleben ist besser als tausend Mal hören und sehen. Ich sage Ihnen jetzt nicht, von wem das Zitat ist; denn dann komme ich wieder eine bestimmte politische Ecke.

Ich biete Ihnen noch einmal die Zusammenarbeit in diesem zentralen Bereich der Integrationspolitik an. Herr Laumann hat gestern bemerkenswerte Äußerungen zu diesem Thema gemacht.

(Zustimmung von der LINKEN)

Warum vergiften Sie also am heutigen Vormittag das Klima in diesem Zusammenhang?

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich kann es mir schon denken. Darauf ist ja hingewiesen worden.

Noch einmal: Die Landesregierung und die sie tragende Koalition sind zur Zusammenarbeit bereit, ohne politische Unterschiede zu übertünchen. Aber das Thema ist zu wichtig und zu wertvoll, um es auf diesem Niveau und in diesem Stil abzuhandeln. Das reicht nicht für eine ordentliche parlamentarische Beratung. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Schneider.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gute Rede, Guntaram!)

Als nächste Wortmeldung liegt nun eine des Abgeordneten Laschet für die Fraktion der CDU vor, der hiermit das Wort erhält. Bitte schön, Herr Kollege.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Wortbeitrag eben war völlig eindeutig.

(Rüdiger Sagel [LINKE] und Hans-Willi Körges [SPD]: Leider! – Weitere Zurufe)

– Hört doch einmal zu! – Die Integrationspolitik geht weiter. Übrigens hat das mit Landesvorsitz überhaupt nichts zu tun; denn bei jeder Regionalkonferenz sagen Norbert Röttgen und ich im gleichen Tonfall, dass das, was hier der Sozialdemokrat Sarrazin geschrieben hat, nämlich über Gene Menschen zu definieren,

(Hans-Willi Körges [SPD]: Jetzt diskriminieren Sie den Norbert Röttgen nicht auch noch!)

mit christdemokratischem Denken nicht vereinbar ist. Das sagen wir klipp und klar auf jeder Regionalkonferenz.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Zur Sache! – Weitere Zurufe)

Aber wir sagen dazu genauso – das hat mich an der Äußerung des Ministers oder an der Debatte gestört –, dass man, wenn ein Mann, egal wer er ist, wo er herkommt oder was auch immer, in Deutschland ein Buch schreibt, das 400.000 Leute in zehn Tagen kaufen, wahrscheinlich aber keiner liest, und wenn der „Spiegel“ und der „Focus“ in der gleichen Woche das Buch zum Titelthema machen, nicht sagen kann: Ich springe nicht über jedes Stöckchen. Man darf den Namen gar nicht erwähnen. Wir reden nicht darüber. – Vielmehr muss man das ernst nehmen. Und das war das, was ich hier klipp und klar vorgetragen habe.

(Beifall von der CDU)

Und dann wird es schärfer, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn eine Partei wie Die Linke, die mit diesem Herrn Sarrazin jahrelang an einem Kabinettstisch gesessen hat,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt hören Sie doch endlich auf! Was ist denn mit Herrn Koch? Reden Sie über Ihre eigene Partei! – Özlem Alev Demirel [LINKE]: Haben Sie keine anderen Argumente, Herr Laschet! – Karl Schultheis [SPD]: Reden Sie zur Sache! – Weitere Zurufe)

dann am lautesten über Rechtskonservatismus und Ähnliches redet.

(Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Dann müssen Sie den Mund halten!)

Sie haben das geringste Recht; denn Sie haben diesen Mann jahrelang als Partner gehabt. Das war die Aussage. Das müssen Sie sich dann auch gefallen lassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann müssen Sie auch nicht darüber reden!)

– Lieber Herr Sagel, ich rede, worüber ich möchte. Das passt Ihnen nicht, wenn Sie sich hier so hinstellen und über den Rechtskonservatismus, den Rechtspopulismus und den Kapitalismus reden und gleichzeitig zugeben müssen, dass Sie regiert ha-

ben, dass Sie gekürzt haben, dass Sie nichts für Bildung in Berlin gemacht, dass also da, wo Die Linke regiert, die Migranten die schlechtesten Bedingungen haben.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Kommen Sie zur Sache!)

Das ist die Berliner Situation. Das passt Ihnen nicht, aber das ist so.

(Gunhild Böth [LINKE]: Keine Ahnung!)

Deshalb, lieber Herr Kollege Schneider, würde ich Sie bitten, an dem einen Thema ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist wieder so eine Spalter-Rede!)

– Ja, mit Ihnen möchte ich mich gerne spalten, weil ich mit Ihnen nicht in einem Boot sitzen will. So einfach ist das.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie spalten die Gesellschaft! Das ist der Unterschied! – Fortgesetzt Unruhe)

In einem, lieber Herr Minister Schneider,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Die Rede ist doch eher eine Bewerbung!)

möchte ich Sie ermutigen, weil das bisher noch nicht gelungen ist. Sie sind jetzt Vorsitzender der Deutschen Integrationsministerkonferenz. Nordrhein-Westfalen ist seit 2007 bis heute das einzige Land, das verpflichtende Sprachtests für Vierjährige hat – übrigens gegen den energischen Kampf der damaligen Opposition aus SPD und Grünen.

(Christian Möbius [CDU]: Genau so! – Widerspruch von den GRÜNEN)

– Doch, Sie haben dagegen gekämpft, dass das im Schulgesetz steht, dass das Lehrer machen müssen, weil es nur so verpflichtend ist.

(Zuruf von Gunhild Böth [LINKE] – Weitere Zurufe von der LINKEN)

– Frau Kollegin Böth, es reicht nicht, wenn Sie die Kinder in den Kitas testen. Denn das Problem sind die, die gar nicht erst in der Kita sind. Die erreichen Sie nur, indem Sie den Sprachtest verpflichtend machen.

(Beifall von der CDU und von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Das war der Kerngedanke, und ich würde Sie ermutigen, die anderen Länder dazu anzuregen, das Gleiche zu tun. Sonst werden wir alle paar Wochen wieder neue Sarrazins haben. Und alle fangen dann wieder an und sagen: Ja, jetzt müssen wir was tun.

(Gunhild Böth [LINKE]: Der Test ändert doch überhaupt nichts! Die Förderung ist das Problem!)

– Liebe Frau Kollegin Böth, zwei Dinge sind wichtig: erstens das Fördern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gut, sehr gut!)

CDU: 7 Millionen, nachher 28 Millionen; Berliner Senat, Rot-Rot: gekürzt bei der Sprachförderung. Das ist der erste Unterschied.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das stimmt so auch nicht!)

Das Zweite ist aber: Sie müssen die Kinder auch erreichen. Das kriegen Sie nur durch die Verpflichtung, zum Sprachtest zu kommen, hin.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das hat Ihr Landesparteitag abgelehnt!)

Genau das haben wir 2007 eingeführt. Gegen das Geschrei von Frau Asch, gegen Rot-Grün haben wir es durchgesetzt. Das ist der Unterschied.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Insofern ist Integrationspolitik immer konkret.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Lassen Sie demnächst lieber Herrn Laumann reden!)

Ich habe die Hoffnung, insbesondere nach dem Wortbeitrag des Kollegen Yüksel, dass wir in den Fraktionen zu einem Konsens kommen und die Integrationsoffensive so fortsetzen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt auf einmal doch!)

Im Konkreten sind wir nah beieinander.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ach!)

Aber wir müssen auch die Debatte mit denen, die populistisch reden, führen, ob die von der Linken kommen oder ob die Sarrazin heißen. Wir müssen sie führen und dürfen uns nicht wegdrücken.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Bärbel Beuermann [LINKE]: Wir lassen uns nicht in einen Topf werfen! Jetzt ist es aber gut!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, das war der Abgeordnete Laschet für die Fraktion der CDU. – Für die Fraktion der SPD hat nun Frau Abgeordnete Altenkamp das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Britta Altenkamp (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Gestern hat der Herr Fraktionsvorsitzende der CDU bei seiner Reaktion auf die Regierungserklärung von Frau Ministerpräsidentin Kraft gesagt, es gebe drei Themenfelder, bei denen die CDU anbieten würde, dass es nicht zu parteilichen Auseinandersetzungen

kommt. Das eine war das Thema Inklusion, und das andere war das wichtige Thema Integration.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Deshalb, Herr Laschet, bin ich umso verwunderter, dass Sie diese Aktuelle Stunde, die Sie beantragt haben, in Ihrer Rede dazu nutzen, es sich ganz einfach zu machen und zu sagen: Sarrazin ist eben auch für Die Linke ein Problem. Erst im zweiten Teil Ihres Wortbeitrags haben Sie gesagt, dass wir alle darüber diskutieren müssen. Aber zunächst einmal sind Sie in einen parteitaktischen und parteistrategischen Reflex verfallen, vor allem weil von der Linken Zwischenrufe kamen.

Herr Laschet, solange Sie das nicht unterlassen, wird Ihnen niemand das Angebot wirklich abnehmen, dass Sie über Integrationspolitik eben nicht parteistrategisch diskutieren wollen, sondern mit allen gemeinsam. Denn auch Die Linke ist ein Teil dieses Parlaments.

(Armin Laschet [CDU]: Sie wollen doch nicht Die Linke verteidigen!)

Und die linken Wählerinnen und Wähler sind ein Teil der deutschen und nordrhein-westfälischen Gesellschaft, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Deshalb können Sie nicht Integrationsdiskussionen führen, indem Sie zunächst einmal Exklusion im politischen Raum betreiben.

(Armin Laschet [CDU]: Doch!)

Das funktioniert nicht, Herr Laschet, und ist auf keinen Fall glaubwürdig.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ihre Strategie ist heute überaus deutlich geworden. Wenn es dann einen langen Applaus Ihrer Fraktion gibt, wird doch deutlich, was hier passiert. Hier wird innerparteilicher Wahlkampf gemacht. Ich verstehe das; das ist auch alles in Ordnung.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das dicke Pfund, das Sie als Person Armin Laschet haben, der für den Parteivorsitz der NRW-CDU kandidiert, ist, dass Sie glaubwürdig Integrationspolitik gemacht haben. Das ist das dicke Pfund, und auf diesem Parkett wollten Sie heute auch in Richtung der eigenen Partei tanzen. Aber das, Herr Laschet, macht natürlich durchsichtig, worum es Ihnen bei der Aktuellen Stunde gegangen ist. Es ist eine Aktuelle Stunde, beantragt von der CDU für die CDU. Das, Herr Laschet, macht aber wiederum eines deutlich: Es geht Ihnen nicht wirklich um eine Integrationsdiskussion, sondern es geht Ihnen im Moment darum, in die Überschriften und in die Artikel zu kommen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dann, Herr Laschet, musste ich, die ich mit Ihnen über viele Jahre Seit an Seit bei der Integrationspolitik auch gestritten habe, lesen, dass Sie der Auffassung sind, dass Herr Sarrazin nicht aus der SPD ausgeschlossen werden sollte.

Ich will Ihnen erklären, warum ich und viele andere in meiner Partei anderer Auffassung sind. Denn es geht nicht darum, dass Herr Sarrazin Diskussionen über Integrationspolitik geführt hat, sondern die Grundthese von Herrn Sarrazin ist, dass Intelligenz vererbar ist, sodass es an bestimmten Stellen überhaupt keinen Sinn macht, Bildung an die Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation zu bringen, weil da sowieso Hopfen und Malz verloren ist, da sie unterprivilegiert und vor allen Dingen dumm sind. Das, Herr Laschet, ist der Grund, warum wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die wir uns in unserer Parteigeschichte dafür eingesetzt haben, dass Aufstieg durch Bildung möglich wird, der Auffassung sind, dass Herr Sarrazin in unserer Partei nichts mehr verloren hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn ein Mensch, der so denkt, hat mit der sozialdemokratischen Grundhaltung und den Grundwerten nichts zu tun und im Übrigen auch mit dem christlichen Menschenbild nicht. Das ist der Punkt.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD])

Jetzt will ich Ihnen noch einen kurzen Satz zu dem Thema sagen, dass Bildung der Schlüssel ist. Ja, das stimmt. Aber was hat denn Schwarz-Gelb in den letzten fünf Jahren gemacht? Sie haben das KiBiz eingeführt. Das ist hochselektiv: Arme Eltern haben nicht die Möglichkeit, ihr Kind so lange in die Kita zu schicken, wie es nötig wäre.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Darüber hinaus haben Sie diese Sprachtests eingeführt. Aber Sie haben sich nie eine Sekunde darum gekümmert, ob die Kinder erstens nach dem Test tatsächlich eine bessere Sprachförderung bekommen und ob sie zweitens auch besser deutsch sprechen. Das hat Sie nie interessiert.

(Armin Laschet [CDU]: Doch!)

Eine Evaluierung dieses Systems gibt es nicht.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben ein Schulgesetz gemacht, dass das Oben und das Unten klar regelt. Sie haben die Gymnasien ganz oben hingestellt und haben dafür gesorgt, dass immer weniger Kinder, auch mit Migrationshintergrund, das Gymnasium besuchen und einen hohen Abschluss machen können. Das ist Ihre Politik gewesen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann kommen zur Krönung am Ende noch Studiengebühren obendrauf. Was ist das für eine Bildungspolitik?

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Sören Link [SPD]: Davon haben Sie doch überhaupt keine Ahnung!)

Sie haben die soziale Spaltung gerade im Bildungssektor verstärkt. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, das war Frau Abgeordnete Altenkamp für die Fraktion der SPD. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

(Fortgesetzt Unruhe)

Ich gebe ausdrücklich den Hinweis, dass Frau Ministerin jetzt das Wort hat. Es wäre eine höfliche und auch eine der parlamentarischen Kultur angemessene Geste, hier eine Geräuschkulisse einzuhalten, die es der Rednerin ermöglicht, ihre Gedanken vorzutragen. – Bitte sehr, Frau Ministerin.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Laschet, Ihre Rede hat auch bei mir einen bestimmten Anschein erweckt. Es war mein erster Impuls, bevor der junge Kollege mit einer wunderbaren ersten Rede, wie ich finde, reüssiert hat.

Sie haben sich nicht nur um das Thema gekümmert, sondern Sie sind sehr lautstark eingestiegen und haben Parteiaustritte zum Beispiel der SPD vorgehalten. Was hat der Parteiaustritt von Herrn Clement mit der Sarrazin-Debatte und der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde zu tun?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei Ihnen treten ja auch schon mal Leute aus oder setzen sich kritisch damit auseinander, was ...

(Armin Laschet [CDU]: Die werden aber nicht ausgeschlossen! – Ministerin Barbara Steffens: Aber das ist dann ihre Sache!)

Herr Clement hat, glaube ich, selbst die Konsequenzen gezogen.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben doch versucht, diese Diskussion dafür zu nutzen, der SPD einen mitzugeben. Das war zumindest mein Eindruck von der Regierungsbank aus.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Dass dann der Eindruck naheliegt, dass Sie das für Ihre parteipolitische Auseinandersetzung im Ringen um ein Amt nutzen wollen, ist doch völlig in Ordnung.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU – Vizepräsidentin Angela Freimuth bittet um Ruhe.)

Wenn Sie auf Entwicklungsprozesse beim Thema „Sprachförderung“ hinweisen, ist mir wichtig, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass wir mit dem Thema „Sprachförderung“ schon vor 2002 begonnen haben. Ich meine mich zu erinnern, weil ich damals selbst mit Kollegin Behler verhandelt habe, dass wir 1,2 Millionen DM – damals noch – eingestellt haben und diese Mittel aufwachsend immer wieder gesteigert worden sind.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Sie haben das sehr deutlich fortgesetzt, und das haben wir auch immer begrüßt.

Inzwischen haben wir in NRW dadurch einen Stand erreicht, der sehr positiv zu bewerten ist. Das zeigt, dass dieses Parlament das insgesamt so sieht und es für wichtig hält, dass Sprachförderung stattfindet, und zwar so früh wie möglich. Es gibt neuere Studien, die sagen, wir müssten im Grunde noch früher anfangen. Das ist vernünftig, und wir sollten in den Haushaltsberatungen gemeinsam dazu beitragen, dass das weiter gesichert ist.

Was ich nicht verstehe und als unangemessen empfinde, ist, dass Sie sagen: Sprachförderung ist dann besser, wenn sie von Lehrerinnen und Lehrern vorgenommen wird.

(Armin Laschet [CDU]: Nein! Tests!)

Vielmehr kommt es darauf an, dass Eltern das tun, dass Eltern ihren Kindern vorlesen, dass das Erzieherinnen im Kindergarten und Lehrerinnen und Lehrer in Grundschulen und in weiterführenden Schulen tun. Darauf kommt es doch an.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Spielen wir doch nicht verschiedene Berufsgruppen, die Sprachförderung für Kinder betreiben, gegeneinander aus. Und das tun Sie immer wieder.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Darauf hat Frau Altenkamp zu Recht hingewiesen. Wenn Sie das so lautstark betonen, dann wollen Sie der jetzigen Regierung ja Vorwürfe machen. Dann kommen Sie, Herr Laschet, an einem Punkt nicht vorbei:

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

dass die Regierung, der Sie angehört haben, beim Thema „Bildungsaufstieg“ mit dem Schulsystem, wie Sie es bis heute verteidigen, dazu beigetragen

hat, dass Kindern mit Zuwanderungsgeschichte der Bildungsaufstieg verwehrt ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der abgewählte Ministerpräsident Rüttgers hat in einem freigegebenen Zitat in einer Zeitung sinngemäß gesagt – dazu habe ich Sie als Minister in einer Fragestunde befragt, und es war Ihnen unangenehm –: Wir können doch die Hauptschule nicht abschaffen. Denn wohin sollen sonst die Kinder mit Migrationshintergrund gehen?

Dieses Denken ist der beste Beleg dafür, dass wir an dem Bildungssystem arbeiten müssen, weil eine solche Haltung dem Anspruch von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte, wobei wir in unserem eigenen Interesse gut beraten sind, zu deren Erfolg beizutragen, bessere Bildungsabschlüsse zu machen, nicht weiterhilft.

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir im weiteren Fortgang als Parlament miteinander, aber auch als Regierung Zweierlei tun: dass wir erstens den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gegenüber eine Haltung, eine Kultur der Wertschätzung zum Ausdruck bringen, um ihnen zu zeigen, dass sie dazu gehören – das drückt sich auch in Rechten aus, zum Beispiel im Wahlrecht –, dass wir sie herausfordern und fördern

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und dass wir zum Zweiten – darauf hat Kollege Schneider hingewiesen – daran arbeiten, die vielen guten Beispiele, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, zu systematisieren, ob das die Regionalen Arbeitsstellen sind, ob das die Ansätze von Sprachförderung, von Unterstützung sind.

Ich glaube, es ist der entscheidende Punkt, dass wir ohne Scheuklappen, ohne Tabus systematisch am Bildungsaufstieg arbeiten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Warum wir uns über Herrn Sarrazin ärgern – egal, welche Partei –, ist doch, dass er so tut, als bedürfe es seines Aufschlags und seines Buches, damit wir darüber reden. Das ist doch falsch. Wir ringen hier seit mindestens zehn Jahren darum, wie wir das mit der Integration besser machen können.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Deswegen: Werten wir Herrn Sarrazin doch nicht auf! Sie fragen völlig zu Recht: Warum schreibt er jetzt ein solches Buch? Er hätte doch als Finanzsenator und gestaltender Politiker etwas machen können. Dass sich die SPD darüber beklagt, finde ich nachvollziehbar. Deswegen: Legen wir Herrn Sarrazin beiseite, und arbeiten wir gemeinsam an Lösungen für die Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die erste **Aktuelle Stunde schließe**.

Somit kommen wir zur zweiten Aktuellen Stunde:

2 Geheimvertrag der Bundeskanzlerin mit der Atomwirtschaft gefährdet Sicherheit und ruiniert Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/169

In Verbindung mit:

**Geheimer Atomdeal der Bundesregierung zu-
lasten Dritter**

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/170

Und:

**Atomkraft abschaffen: Laufzeitverlängerung
verhindern – Keine Milliardengeschenke an
Atomkonzerne**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/129

Sowie:

**Atomkurs der Bundesregierung stoppen – am
Atomausstieg festhalten**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/142

Entschiessungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/193

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem erwähnten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Auch die Fraktion Die Linke hat mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zum genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

In Verbindung damit werden zwei Anträge, einer der Fraktion Die Linke und einer der Fraktionen von SPD und Grünen, sowie ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP beraten.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktionen dem Abgeordneten Eiskirch von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Eiskirch (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor einigen Monaten habe ich mich – damals noch aus der Opposition heraus – hier zu den Steuergeschenken von Schwarz-Gelb an Hoteliers geäußert. Heute muss ich mich hier als wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion erneut zu einem Thema äußern, das die Menschen in ganz Deutschland erzürnt: Schwarz-Gelb in Berlin will eine geradezu überbordende Gewinnermächtigung gegenüber den Atomkonzernen aussprechen. Es geht um die Lizenz zum Gelddrucken für wenige. Für alle anderen bedeutet dies mehr strahlenden Müll, weniger Investitionen und weniger Wettbewerb.

Der Grund für die Aktuelle Stunde ist ein schmutziger Deal: Die Bundesregierung hat die Energiezukunft Deutschlands an die Atomkonzerne verkauft.

(Beifall von der SPD)

Sie gefährdet damit die Sicherheit der Menschen in Deutschland und ruiniert die Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke. Ein Skandal! Noch vor der ersten Befassung des Deutschen Bundestages wird deutlich, dass die Kanzlerin offensichtlich Nebenabreden mit den AKW-Betreibern getroffen hat.

Nachdem die Bundesregierung am 6. September das Ergebnis ihrer Verhandlungen zur Laufzeitverlängerung der Öffentlichkeit dargestellt hat, kommt jetzt die Wahrheit Stück für Stück ans Licht. Befürchtungen, dass die ersten Verlautbarungen der Bundesregierung die Wahrheit über den Atomdeal verschleiern würden, haben sich brutal bestätigt. Zwei entscheidende Aspekte aus dem Geheimpapier wurden inzwischen deutlich: Zum einen ist die Bundesregierung bereit, die Sicherheitsanforderungen an Atomkraftwerke von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig zu machen. Zum anderen zeigen die vorgesehenen Reststrommengen, dass die realen Abschaltzeitpunkte einzelner Atomkraftwerke um weit mehr als 20 Jahre bis etwa zum Jahre 2050 verschoben werden. Das kann doch nicht Ihr ernst sein, Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP!

(Beifall von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen hätte die Umsetzung eines solchen Vertrages massive Auswirkungen in Bezug auf Sicherheitsfragen für den weiteren Betrieb der Atomanlagen in Gronau und Ahaus auf der einen

Seite und die Wettbewerbssituation von kommunalen Unternehmen und Industrie sowie des Maschinen- und Anlagenbaus auf der anderen Seite.

Kolleginnen und Kollegen, um es unmissverständlich vorab zu sagen: Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen hat in ihrer Regierungserklärung klar gemacht: NRW wird alle rechtlich verfügbaren Mittel ausschöpfen, um den Atomkurs dieser Bundesregierung zu stoppen.

(Beifall von der SPD)

Jede Laufzeitverlängerung ohne Zustimmung des Bundesrates – und diese Zustimmung wird es nicht geben – verletzt die im Grundgesetz geschützte Handlungs-, Verwaltungs- und Organisationshoheit der Länder und ist daher verfassungswidrig.

Die Gründe gegen eine Laufzeitverlängerung sind vielfältig. Auf Fragen der Proliferation, die ungelöste Endlagerfrage, die Transporte und das erhöhte Aufkommen radioaktiver Abfälle will ich nicht näher eingehen. Die Bundesregierung hat keine schlüssige Lösung zur Endlagerungsproblematik vorgelegt. Solange die Endlagerfrage nicht gelöst ist, Kolleginnen und Kollegen, verbietet es sich, über Laufzeitverlängerungen überhaupt nur nachzudenken. Das ist so, und das bleibt so!

(Beifall von der SPD)

Es gibt viele weitere gute Gründe gegen den weiteren Einsatz der Atomenergie speziell für das Energieland Nordrhein-Westfalen:

Erstens. Laufzeitverlängerungen sind wettbewerbsfeindlich. Eine Laufzeitverlängerung behindert durch den Weiterbetrieb abgeschriebener alter Kraftwerke den Wettbewerb. Diese Wettbewerbsverzerrung geht vor allem zulasten von kommunalen Stadtwerken und Stadtwerkeverbünden; denn diese haben im Vertrauen auf den Atomkonsens weitreichende Investitionen getätigt und beabsichtigen darüber hinaus weitere Investitionen in moderne und ortsnahe Energieversorgung. Diese Investitionen müssen auf den Prüfstand gestellt werden, wenn Schwarz-Gelb jetzt im Bund den Energiemix zugunsten der Atomkonzerne verschiebt.

Der Hauptgeschäftsführer des VKU, unser ehemaliger gemeinsamer CDU-Landtagskollege Hans-Joachim Reck, hat das ganz klar gesagt – ich zitiere –:

„Die Äußerungen, dass die Laufzeitverlängerungen keinen negativen Einfluss auf den Wettbewerb auf dem Erzeugungsmarkt haben, zeugen von Realitätsferne. Die Effekte sind gravierend, darauf haben auch Monopolkommission und Bundeskartellamt mehrfach hingewiesen.“

Zweitens. Laufzeitverlängerungen sind investitionsfeindlich. Eine Laufzeitverlängerung verhindert In-

vestitionen in neue Technologien. Hier will ich nur die VDI-Nachrichten zitieren. Unter der Überschrift „Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke: Deutsche Maschinenbauer gehen auf Distanz“ wird deutlich, dass viele Unternehmen ihre Geschäftsgrundlage für die Zukunft gefährdet sehen, so zum Beispiel der VDMA, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau:

„Die VDMA-Mitglieder – sie setzen mit rund 900 000 Beschäftigten circa 160 Mrd. € im Jahr um – profitierten in den letzten Jahren vom Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Branche hatte darauf gesetzt, dass der Investitionsstau für die Erneuerung oder den Neubau von Kohlekraftwerken bald aufgelöst und in Zukunft gute Umsätze für die Mitglieder bringen würde.“

Der VDMA hat darauf hingewiesen, dass sich jedes neue Kraftwerk nicht gegen den Betrieb alter Atomkraftwerke rechnet, da die Anlagen abgeschrieben und die Betriebskosten gering sind.

Also noch einmal: Laufzeitverlängerungen behindern Investitionen in Nordrhein-Westfalen und gute Aufträge für die heimische Industrie. Das ist schlicht und ergreifend investitionsfeindlich.

Dritter Punkt: Laufzeitverlängerungen kommen NRW teuer zu stehen. Das ist vorgestern schon einmal angeklungen. Zur Entlastung des Bundeshaushalts plant die Bundesregierung eine Brennlementesteu. Diese entlastet den Bund, belastet aber die Kommunen. Städte und Gemeinden rechnen zunächst mit Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 300 Millionen € jährlich.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die CDU-Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Petra Roth, weist darauf hin, dass der Bund noch nicht gesagt hat, wie er dieses neue Loch stopfen möchte und ob er es überhaupt stopfen möchte. Weiter führt Frau Roth aus:

„Die Städte und ihre Unternehmen investieren in großem Umfang in umweltfreundliche Energieerzeugung. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke dürfen diese Investitionen nicht gefährden.“

Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht wahr sein, dass Schwarz und Gelb deutlich machen: Wir wollen durch diese Atomkraftverlängerung im Energiemarkt weniger Wettbewerb, wir wollen in der Industrie weniger Investitionsfreundlichkeit, und wir wollen auf der anderen Seite auch noch die kommunalen Kassen schröpfen, nur damit Schwarz und Gelb in Berlin einen solchen Deal abschließen können. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es sind aber nicht nur die Steuern. Der Vorsitzende der Stadtwerkevereinigung 8KU, Albert Filbert,

sieht darüber hinaus sogar noch einen Milliarden-schaden auf die kommunalen Versorger zukommen. Der Atomkompromiss werde die städtischen Versorger mit 4,5 Milliarden € belasten, sagte er.

Das sind die praktischen Auswirkungen dieses Atomdeals, Kolleginnen und Kollegen. Dem reden CDU und FDP leichtfertig das Wort.

Ich sage es ganz deutlich, Kollege Lienenkämper: Die Brücke, die Sie mit der Laufzeitverlängerung zu bauen behaupten, die ist auf Sand gebaut, und zwar auf dem Sand, den CDU und FDP den Menschen in die Augen streuen.

Zentrale Fragen wie die energetische Zukunft Deutschlands gehören in die öffentliche Debatte und dürfen nicht in Hinterzimmern ausgekungelt und in Geheimverträgen besiegt werden. Das gehört auf den Tisch, auf den Marktplatz – und nicht in Hinterzimmer!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Leute müssen wissen, wie es in Deutschland in Zukunft mit dem Energiebereich weitergeht.

Es darf nicht sein, dass die Bundeskanzlerin Sicherheitsfragen an Geldbeträge knüpft. Das ruft die Menschen auf die Barrikaden, und das zu Recht, Kolleginnen und Kollegen.

Augenscheinlich kann all das nur noch verhindert werden, wenn der Bundesrat beteiligt wird. Sie versuchen dies zu umgehen. Das werden wir nicht durchgehen lassen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Kommunikation innerhalb der NRW-CDU interessant. Das ist schon spannend. Am 12. September 2010, also vor ein paar Tagen, berichtete die „Bild am Sonntag“ unter der Überschrift „Störfall Röttgen?“, dass der Bundesumweltminister dem Arbeitskreis Umwelt der CDU-Fraktion im NRW-Landtag in Berlin offenbart habe – jetzt wird es spannend –, er halte den Atomkompromiss schlicht für verfassungswidrig. Lediglich eine Laufzeitverlängerung um etwa fünf Jahre sei ohne den Bundesrat möglich.

Diese Auffassung von Herrn Röttgen passt nicht zu dem Gesetz, das Sie vorgelegt haben, und auch nicht zu dem Vertrag, den Sie geschlossen haben, Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt interessiert sich die Öffentlichkeit natürlich sehr dafür, wie sich denn der für Reaktorsicherheit zuständige Minister wirklich geäußert hat. Ich bin froh, dass wir heute wahrscheinlich aus erster Hand erfahren können, was Herr Röttgen da gesagt hat. Herr Deppe, der die CDU-Delegation angeführt hat, ist im Raum und wird uns sicherlich gleich informieren. Dann kann er den Bundesumweltminister von dem Verdacht freisprechen, es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen.

Einem Zeitungsbericht ist allerdings zu entnehmen, dass Herr Kollege Deppe sich an die Angabe

„fünf Jahre“ nicht erinnern kann. Herr Kollege Deppe, es kann doch nicht stimmen, dass Sie extra nach Berlin fahren, um danach den entscheidenden Teil verpasst zu haben. Das will ich Ihnen nicht wirklich vorwerfen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das so ist.

Falls es aber doch so sein sollte, kann Ihnen vielleicht Christina Schulze Föcking oder Hendrik Wüst oder Hubertus Fehring oder Gregor Golland oder Margret Vosseler oder Josef Wirtz oder Josef Hovenjürgen auf die Sprünge helfen. Einer von ihnen wird schon noch wissen, was der Minister gesagt hat; denn sie alle werden in dem Artikel „Ein Maulkorb und zwei Dementis“ der Zeitung „Die Welt“ vom Dienstag dieser Woche genannt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sind die Teilnehmer dieses Gesprächs, und alle tun so, als wüssten sie nicht mehr, was der Bundesumweltminister von sich gegeben hat. An Ihrer Stelle würde ich mir, wenn ich das einmal so sagen darf, ernsthaft Sorgen um Ihre Truppe machen, wenn sie, kaum dass sie zurück in Düsseldorf ist, kollektiv schon nicht mehr weiß, was in Berlin besprochen wurde. Das sollte nicht das Bild sein, das die CDU hier abgibt, Kolleginnen und Kollegen.

Also noch einmal: Es wäre ein echter Erkenntnisgewinn, wenn Sie heute erklären könnten, welche Laufzeitverlängerung der Bundesumweltminister nun für schlicht verfassungswidrig hält und welche nicht. Das wäre ein wichtiger Hinweis, um die Position Nordrhein-Westfalens in diesem Diskurs zu stärken. Ich bin gespannt, was wir darüber heute noch erfahren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Markert das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine lieben anwesenden Kolleginnen und Kollegen! Die Themen der heutigen Aktuellen Stunden sind in der Tat grüne Kernanliegen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Erlauben Sie mir am Anfang ein Wort in eigener Sache. Als ich Mitte der 80er-Jahre anfing, mich als Jugendlicher für Politik zu interessieren, war die Auseinandersetzung um die Atomkraft ein entscheidender Beweggrund, mich politisch zu engagieren. Damals hätte ich mir allerdings nicht vorstellen können, dass ich das ein Vierteljahrhundert später immer noch mit der gleichen Leidenschaft tun muss. Ich habe die Hoffnung, dass es uns

gelingen wird, dass meine eigenen Kinder – sie sind jetzt acht und zehn Jahre alt – irgendwann nicht mehr an den Bauzäunen von Atomanlagen rütteln müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Grund für die derzeit hohen Sympathiewerte unserer Partei liegt möglicherweise auch darin, dass die Menschen spüren, dass wir Ökonomie, Ökologie und Soziales zusammen denken. Wir nennen das den „Green New Deal“, einen grünen neuen Gesellschaftsvertrag.

Was Merkel, Westerwelle, Röttgen und Seehofer bei diesem schmutzigen Deal mit der Atomwirtschaft tun, ist aber das genaue Gegenteil. Sie spielen wirtschaftliche Interessen gegen Umwelt- und Sicherheitsinteressen aus. Schlimmer noch: CDU und FDP, die Koalition der den Atomkonzernen Willfährigen, bedienen hiermit nichts anderes als wirtschaftliche Partikularinteressen von E.ON, RWE und Co. – und das auf Kosten der Allgemeinheit, der Länder und der Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist in der Tat – da gebe ich Sigmar Gabriel völlig recht – ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

Der hier von der Bundesregierung angestrebte Deal – werte Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, Sie haben mit Ihrem gestern vorgelegten Entschließungsantrag deutlich gemacht, dass Sie voll hinter der Bundesregierung stehen – ist in keiner Weise mit dem rot-grünen Atomkonsens von 1999 vergleichbar.

Damals wurde eine politische Absprache getroffen. Nunmehr hingegen werden konkrete gesetzgeberische Maßnahmen – die der Gesetzgeber noch gar nicht getroffen hat – wie die Verlängerung der Laufzeiten in einem verbindlichen Vertrag zur Voraussetzung von Zahlungen der Industrie an den Staat gemacht – Zahlungen, die zusätzlich noch daran gebunden werden, dass erstens der Gesetzgeber die Kernbrennstoffsteuer nicht über den von den Vertragspartnern vorgesehenen Umfang hinaus erhöht und zweitens durch die staatliche Atomaufsicht keine Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung getroffen werden, die die Konzerne Geld kosten.

Insgesamt will die Bundesregierung der Atomlobby damit 11 Milliarden € zusätzliche Kosten für Nachrüstungsmaßnahmen erlassen, und zwar auf Kosten unserer aller Sicherheit. Mit diesem Deal wird die Sicherheit der AKWs gegen Geld verkauft!

(Zuruf von der FDP: Blödsinn!)

Das ist kein grüner neuer Gesellschaftsvertrag, kein „Green New Deal“, mit dem wir Grüne die Industriegesellschaft umbauen wollen, das ist ein schmutziger Deal – da gebe ich dem Kollegen

Eiskirch, der das eben angesprochen hat, ausdrücklich recht –,

(Beifall von den GRÜNEN und von Britta Altenkamp [SPD])

mit dem unsere Zukunft an die Atomlobby und die Atomkonzerne RWE, E.ON und Co. verkauft wird.

Nun dürfen sogar die uralten Schrotreaktoren bis zu 50 Jahre am Stück laufen. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird ausgebremst – die Kollegin Brems wird gleich noch darauf eingehen – und die Marktmacht der vier Stromoligopolisten zementiert, die nun pro Jahr mit zusätzlichen 10 Milliarden € an Gewinnen rechnen können.

Ich will gerne auch noch einmal in Erinnerung rufen: Der Verband kommunaler Unternehmen beklagt daher völlig zu Recht, dass die Bundesregierung einen großen gesellschaftlichen Konflikt und Verfassungsstreit auslöst, der die anstehende Energiewende auf Jahre hin blockieren könnte, und dass zudem eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung zulasten der Stadtwerke und der mittelständischen Unternehmen stattfindet.

Als es gestern darum ging, alten Lkws die Zufahrt in die Umweltzonen zu ermöglichen, da hatten Sie Ihr Herz für Handwerk und Mittelstand auf der Platte. Aber jetzt, wenn es darum geht, klimafreundliche Investitionen zu schützen und herbeizuführen, da haben Sie das scheinbar vergessen. Ihre Wirtschaftspolitik ist überhaupt nicht konsistent, und sie ist auch nicht handwerks- und mittelstandsfreundlich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser schmutzige Deal von Merkel, Röttgen und Co. mit der Atomlobby hat auch konkret für Nordrhein-Westfalen Konsequenzen ...

(Zuruf von den GRÜNEN: Röttgen war nicht dabei!)

– Was höre ich da? Röttgen war nicht dabei. Stimmt, den hat Frau Merkel schon abgeschaltet.

Also: Auch für Nordrhein-Westfalen hat dieser schmutzige Deal von Merkel, Röttgen und Co. mit der Atomlobby seine Konsequenzen; denn die vereinbarte Brennelementesteuern soll als Betriebsausgabe voll abzugsfähig sein. Das heißt, dadurch könnten die Energiekonzerne weniger Gewerbesteuern an die Städte und Gemeinden zahlen. Der Bundeshaushalt würde also wieder einmal auf Kosten der Kommunen in NRW saniert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, zwar haben wir in Nordrhein-Westfalen kein Atomkraftwerk mehr – und das ist auch gut so, die Atomkraftgegnerinnen der Generation vor uns haben hier schon gute Arbeit geleistet –, aber die Anlagen in Ahaus, Gronau und

Duisburg sind leider immer noch bedeutend für die gesamte Atomindustrie. In Ahaus – das will ich in Erinnerung rufen – dürfen jetzt schon 3.960 t Kernbrennstoff eingelagert werden – mehr als im Zwischenlager Gorleben. Durch den schmutzigen Deal der Bundesregierung vermehrt sich die Menge an Atommüll jährlich um weitere 400 t. „Wohin mit diesem Müll?“, frage ich.

Bei jeder Pommesbude im Land wird von den Behörden zu Recht geprüft, wie und wo das Frittenfett entsorgt wird. Die Atomkonzerne sollen hingegen weiterhin und nun auch noch vermehrt Müll produzieren können, ohne dass irgendwo eine Idee im Raum stände, wo der Müll zu bleiben hätte. Das nenne ich sehr fatal und zukunftsvergessen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir, die Fraktionen von Rot und Grün, werden Ahaus jedenfalls nicht zum Atomklo Deutschlands und auch nicht zur Drehzscheibe des internationalen Atommülltourismus verkommen lassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da sind wir mal gespannt!)

– Ja, Herr Sagel, ich kann Sie beruhigen. Da können Sie gespannt sein. Wir werden das gemeinsam hinbekommen, und wenn Sie mögen, machen Sie dabei gerne mit.

Gerade auch deshalb halten wir am vereinbarten Atomausstieg fest und verfolgen das Prinzip der Zwischenlagerung vor Ort bis zur Lösung der Endlagerfrage. So wollen wir gefährliche Atomtransporte vermeiden.

Dieser schmutzige Deal der Bundesregierung mit den Energiekonzernen ist, meine Damen und Herren, im Ganzen so skandalös gemeinwohlschädigend, dass wir uns mit aller Kraft parlamentarisch, außerparlamentarisch und juristisch dagegen zur Wehr setzen werden. Darum laden wir die zukunftsorientierten Demokratinnen und Demokraten zu der morgigen Antiatomdemonstration nach Berlin ein. Sie, meine Damen und Herren von der FDP und der CDU, laden wir vor das Bundesverfassungsgericht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Kollege Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Der Kollege Markert hat eben – wenn ich dieses persönliche Wort noch voranschicken darf – auf die Zeit verwiesen, in der er politisiert wurde. Das trifft sich mit meiner Zeit. Ich erinnere mich noch an die großen Antiatomdemonstrationen

auf der Bonner Hofgartenwiese und auch an ein wunderbares Buch von dem leider verstorbenen Zukunftsforscher Robert Jungk: „Der Atomstaat“. Er hat mich damals sehr geprägt. Und er hat nicht nur recht behalten, sondern es ist alles noch viel schlimmer geworden, als er es damals in seinem aufklärerischen Buch schon gesehen hat.

Die von der Bundesregierung und ihrer Mehrheit im Bundestag beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für AKWs ist ein Skandal. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht fällig, er ist schon lange überfällig.

Union und FDP als Regierungsparteien im Bund – ich sage das hier in aller Deutlichkeit – handeln vollkommen unverantwortlich gegenüber den heute lebenden und den kommenden Generationen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Risiken der atomaren Energieproduktion können Sie nicht leugnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Ob es sich nun um das mögliche menschliche Versagen handelt, um Erdbeben oder terroristische Angriffe: Diese Technologie ist einfach nicht beherrschbar. Ich verstehe nicht, wie bürgerliche Politikerinnen und Politiker immer noch die Stirn haben können, das abzustreiten oder etwa wegen übergeordneter Interessen billigend in Kauf zu nehmen. Wessen Interessen das sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf komme ich noch zu sprechen.

Ich spreche aber vor allem von dem völlig ungelösten und im Übrigen unlösabaren Entsorgungsproblem. Egal wie Sie den Atommüll verpacken, verbuddeln oder verstecken lassen: Er ist nicht weg, sondern bleibt vielmehr Tausende von Jahren als höchst gefährliche Strahlenquelle vorhanden. Es gibt keine Materialien und keine Orte, die uns und die nach uns kommenden Generationen wirksam und zuverlässig vor diesen Strahlenquellen schützen können. Das Ganze geht so weit, dass die UN vor vielen Jahrzehnten mal darüber diskutiert hat, dieses atomare Teufelszeug ins Weltall zu schicken, weil man nicht weiß, wohin damit. So absurd ist diese Diskussion um die Endlagerung!

Allein schon aus diesem Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, fordern wir von der Linken ohne Wenn und Aber den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

(Beifall von der LINKEN)

Die atomare und die fossile Energieproduktion müssen überwunden werden durch ein rasches Umsteuern auf 100 % erneuerbare Energien und die massive Reduktion des Energieverbrauchs. Beides ist möglich und dringend nötig.

Sprechen wir an dieser Stelle von den Energiekonzernen RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW. Diese vier Riesen haben unlängst demonstriert, dass sie sich als diejenigen verstehen, die das

Sagen haben. Mit ihrer Drohung, die AKWs abzuschalten, wenn die Politik nicht in ihrem Interesse spurt, haben sie Angela Merkel faktisch gesagt: Du bist an der Regierung, aber wir sind an der Macht, und an unseren Interessen kann niemand vorbeiregieren.

Diese Zustände, meine verehrten Damen und Herren, wollen wir Linken beseitigen. Das sind keine demokratischen Zustände. Monopolartige Machtzusammenballungen widersprechen der Demokratie. Energieproduktion und -verteilung gehören in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der LINKEN)

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. September konnten wir von einem Geheimabkommen von Regierung und Energiekonzernen erfahren. Nur auf Druck der Oppositionsparteien auf Bundesebene ist dieses Abkommen inzwischen publik. Es zeigt: Das Zusammenspiel von Großkonzernen und Politik funktioniert gewissermaßen vulgär-marxistisch im Sinne der alten Stamokap-Theorie – wenn Sie verstehen, was ich meine.

Mit den Empfängerinnen und Empfängern von Hartz-IV-Leistungen, mit den Bedürftigen, mit den Armen wird nicht verhandelt, wenn ihnen von dem Wenigen, was sie noch haben, noch etwas weggenommen wird – wie beim 80-Milliarden-€-Sparpaket Ihrer Bundesregierung. Aber mit den Großkonzernen schließt man Abkommen und lässt „Hintertürchen“ offen, wie es in der „NRZ“ vom 10. September heißt. Gegen diese Zustände lehnen wir uns auf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Worin bestehen die Hintertürchen für die Stromriesen? Angeblich müssen sie nun doch etwas mehr von ihren zu erwartenden Milliardengewinnen abgeben; deshalb sei ihr Aktienkurs gesunken. Aber jede Milliarde, die die Konzerne durch die Laufzeitverlängerung verdienen, ist eine Milliarde zu viel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In Wirklichkeit können die Konzerne es sich laut Abkommen auf den Förderbetrag anrechnen lassen, wenn die Nachrüstung der 17 deutschen AKWs jeweils mehr als 500 Millionen € kosten sollte. Faktisch werden sie frühestens ab 2020 einen Förderbeitrag für die erneuerbaren Energien leisten. Er wird in keinem Verhältnis zu ihren märchenhaften Extraprofiten stehen.

NRW ist ganz direkt betroffen. Es geht nämlich nicht nur um die AKWs, es geht um die gesamte atomare Logistik, den Transport, die Zulieferung und die Forschung. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass NRW wirklich atomfrei wird!

(Beifall von der LINKEN)

Dafür muss man sich natürlich vom Druck der Großkonzerne freimachen. Das mag schwer sein, weil sie das Geld und die Macht haben. Man muss sich grundsätzlich entscheiden, auf wen man sich stützt: auf die da oben oder auf die da unten. Wir Linken haben uns da entschieden, meine Damen und Herren: Wir stützen uns auf die große Mehrheit der Bevölkerung und fordern SPD und Grüne auf, sich darauf zurückzubesinnen, dass jeder Fortschritt in der schon etwas ferner liegenden Vergangenheit, der mit Ihren Parteien in Verbindung gebracht wird, nur durch Bewegung von unten möglich wurde.

(Beifall von der LINKEN)

Der Macht von Konzernen – und übrigens auch Banken –, die millionen- oder milliardenschwer sind, kann man nur die Gegenmacht der Millionen entgegenstellen. Diese Millionen muss man ermutigen, für ihre Rechte aufzustehen. Wenn Sie sich nicht darauf zurückbesinnen, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dann bleiben Sie am Gängelband dieser kapitalistischen Großkonzerne.

Die Macht dieser Konzerne besteht zu Unrecht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es handelt sich um eine verfassungswidrige Macht. Ich zitiere dazu immer – auch hier wieder – mit Erlaubnis des Präsidenten Art. 27 unserer Landesverfassung:

„Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

Weiter heißt es dort:

„Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“

(Beifall von der LINKEN)

Das ist keine Erlaubnis der Verfassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Gebot. Worauf sollten monopolartige Stellung und Missbrauch wirtschaftlicher Macht besser passen als auf die Energieriesen RWE, E.ON und Konsorten?

(Minister Johannes Remmel: Aber französische Verhältnisse wollen Sie auch nicht!)

Sie missachten die Verfassung, wenn Sie diese Energiekonzerne nicht endlich in Gemeineigentum überführen, und zwar verbunden mit Dezentralisierung

(Minister Johannes Remmel: Da sehen wir, wie das in Frankreich funktioniert!)

– hören Sie zu, Herr Minister! – und demokratischer Kontrolle der Bürgerschaft. Das ist der Unterschied. Wir wollen nicht einfach nur eine platte Verstaatlichung,

(Minister Johannes Remmel: Dann bekommen wir 100 % Atomstrom!)

wir wollen nicht einfach nur ein anderes Firmenschild an der Eingangstür eines solchen Unternehmens, sondern wir wollen die demokratische Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der LINKEN)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen, wem die Solidarität der Linken gilt. Sie gilt den vielen Tausend Menschen, die gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke mit vielfältigen gewaltfreien Aktionen bis hin zum zivilen Ungehorsam protestieren und die Entmachtung der Stromkonzerne fordern. Diese Menschen streiten für eine lebbare und lebenswerte Zukunft. Diesen Menschen sollten Sie alle sich anschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Noch ein letztes Wort an SPD und Grüne: Wenn ihr nicht den Mut habt, an die Großkonzerne heranzugehen, dann lasst uns wenigstens darüber nachdenken, ob wir vielleicht die Hoch- und Höchstspannungsnetze in Gemeineigentum überführen. Das wäre ein erster Schritt in Richtung demokratischer Kontrolle. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die CDU-Fraktion hat das Wort nun Herr Kollege Lienenkämper.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident!! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist bekanntlich das Energieland Nummer eins. Wenn wir das Energieland Nummer eins bleiben wollen, dann müssen wir in Nordrhein-Westfalen für die Unternehmen, die hier ihren Sitz haben, und für die Bürgerinnen und Bürger Energie haben, die sicher ist, die sauber ist und die bezahlbar ist. Deswegen brauchen wir einen Energiemix, der genau diese Ziele sicherstellt und sichere, saubere und bezahlbare Energie zur Verfügung stellt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der vergangenen Wahlperiode als erste Landesregierung in einem deutschen Bundesland eine integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie erarbeitet. Diese integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie ist zielführend, ist langfristig angelegt und setzt genauso auf erneuerbare Energien wie auf einen vernünftigen Energiemix. Wir waren Vorreiter bei der Energiepolitik; Sie ziehen mit untauglichen Mitteln nach.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich begrüße es nachdrücklich, dass die Bundesregierung ein Energiekonzept vorgelegt hat, das langfristig ist, das realistisch ist, das konkret ist und das vor allen Dingen seriös durchfinanziert ist. Die

Wahrheit ist: Wir haben jetzt endlich ein vernünftiges Energiekonzept. Das ist das anspruchsvollste, konsequenteste, umfassendste Konzept, das es in Deutschland je gegeben hat. Ich füge hinzu: Es ist weltweit einmalig.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es ist langfristig und glaubwürdig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es beschreibt einen Zeithorizont bis 2050, und es beschreibt konkrete Zeitetappen, in denen konkrete Ziele erreicht werden sollen und erreicht werden.

Es ist handfest mit vielen konkreten Maßnahmen hinterlegt. Bei der Stromproduktion soll der Anteil erneuerbarer Energien 2030 bei 50 % und bis 2050 bei 80 % liegen.

Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht die vernünftige und marktfähige Förderung für erneuerbare Energien vor. Wir sind immer der Auffassung gewesen, keine Dauersubventionstatbestände zu schaffen, wie im Erneuerbare-Energien-Gesetz angelegt, sondern eine Hilfe für die Markteinführung. Diese Hilfe wird weiter gegeben. Diese Hilfe ist glaubwürdig, diese Hilfe ist ganz praktisch. Es wird Photovoltaik weiter gefördert, es wird Windenergie weiter gefördert, es wird Offshore-Windenergie zusätzlich ermöglicht.

Aber lange ist nicht daran gedacht worden, meine Damen und Herren, dass auch der Netzausbau mithalten muss. Es hilft nichts, neue Windenergie offshore zu produzieren, den Strom dann aber nicht in Netze einspeisen zu können, weil solche nicht zur Verfügung stehen. Deswegen wird es eine neue Nord-Süd-Fernnetztrasse geben. Wir werden diese brauchen. Die Bundesregierung wird in Smart Grids investieren und intelligente Verteilnetze fördern. Es werden flächendeckend intelligente Stromzähler eingerichtet.

Das alles sind Versäumnisse, die noch aus der Zeit herrühren, als Herr Trittin Umweltminister war. Das wird jetzt abgearbeitet.

(Minister Johannes Remmel: Ach! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das wird verlängert und nicht abgearbeitet!)

Das ist richtig so. Deswegen stehen wir voll hinter dem Energiekonzept der Bundesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Zu diesem Energiekonzept der Bundesregierung gehört ein wesentliches und zentrales Thema, und das ist die Energieeffizienz. Die Wahrheit ist: Energieeffizienz ist die beste Energiequelle, die wir haben. Von allen Varianten moderner Energiepolitik ist Energieeffizienz die wirksamste und die wirtschaftlichste. Dadurch entstehen Beschäftigung und Wachstum im Inland, weniger Importabhängigkeit, eine bessere Energieversorgung sowie Sicherheit

und Impulse für technische Fortentwicklung. Deshalb wird Energieeffizienz zukünftig stärker gefördert werden.

Da pushen wir von Nordrhein-Westfalen aus die Bundesregierung, weil wir der Auffassung sind, dass bei der Energieeffizienz eigentlich noch mehr getan werden müsste, als schon in dem anspruchsvollen Konzept steht. Wir werden Vorschläge unterbreiten, wie man Energieeffizienz noch besser fördern kann, als die Bundesregierung das tut. Allerdings ist dieses Konzept so umfassend, so langfristig, dass es gemeinsam gelingen wird.

Das Konzept sieht als einen Bestandteil die Verlängerung der Atomlaufzeiten vor. Sie tun hier gerade so, als würde dieses Konzept nur aus der Verlängerung der Atomlaufzeiten bestehen. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist eines der größten Konzepte zur Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland für die Zukunft.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Förderung der Atomkraft!)

Kernenergie ist Brückentechnologie und trägt zur Finanzierung der erneuerbaren Energien langfristig bei. Das ist so, und das ist auch vernünftig.

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon die Sicherheit der Atomenergie ansprechen, dann nenne ich Ihnen einen Unterschied zwischen der jetzigen Bundesregierung und der rot-grünen Bundesregierung, die seinerzeit den Atomausstieg verhandelt hat. Die damalige Bundesregierung hat unter Umweltminister Trittin mit den Konzernen über die Sicherheit der Atomanlagen verhandelt. Sie hat Sicherheit zur Disposition gestellt. Sicherheit ist Teil der Verhandlungsmasse gewesen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist der große Unterschied zur aktuellen Energieidebatte: Die jetzige Bundesregierung setzt Sicherheit voraus, erhöht die Sicherheitsstandards und verhandelt mit den Betreibern der Atomanlagen über die Sicherheit nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich bringe Ihnen jetzt mal ein Zitat aus dem Vertrag zum Atomausstieg aus dem Jahre 2000, unterschrieben von Herrn Trittin, zum Thema Sicherheit:

„Während der Restlaufzeiten wird der von Recht und Gesetz geforderte hohe Sicherheitsstandard weiter gewährleistet“

– jetzt kommt es –;

„die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha! – Christian Möbius [CDU]: Hört, hört!)

Das heißt auf Deutsch: Weniger lange Laufzeiten, ihr könnt mit der Sicherheit machen, was ihr wollt.

(Minister Johannes Remmel: Das ist doch Quatsch! Sämtliche Standards sind darin beschrieben! Das ist an den Haaren herbeigezogen!)

Das ist Disposition gewesen. Das ist keine vernünftige Sicherheitspolitik gewesen: seinerzeit nicht und heute auch nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das bedeutet im Klartext: Der technische Fortschritt bei der Sicherheit während der Laufzeit wurde unter der alten Regierung nicht dazu genutzt, die Sicherheitsanforderungen zu verbessern. Wir tun das. Wir sagen nämlich: Technische Verbesserungen müssen in bessere Sicherheit bei den Anlagen umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir bekommen sicherere Anlagen, und wir bekommen einen Finanzierungsbeitrag für die erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir mal zu dieser „Geheimvereinbarung“. Glauben Sie eigentlich allen Ernstes, die damalige Regierung habe den Atomausstieg ohne Verträge gemacht? Das ist doch nicht vom Himmel gefallen, wie manche es heute sehen wollen. Es gibt natürlich Vereinbarungen über den Ausstieg und über die Verlängerung. Es gibt vor allen Dingen deswegen Vereinbarungen, weil die Atomkonzerne natürlich zur Finanzierung der Förderung der erneuerbaren Energien maßgeblich beitragen, insgesamt mit einem zweistelligen Milliardenbetrag. Wie es in Deutschland üblich ist, wird das mit Verträgen abgesichert und durch Verträge geregelt und nicht nur durch bloße Erklärungen oder durch bloße Überschriften.

(Minister Johannes Remmel: Das ist Ablasshandel!)

Deswegen gibt es eine Vereinbarung. Die ist übrigens sehr vernünftig, weil sie die Finanzierung der langfristigen Energiestrategie sicherstellt. Diese Vereinbarung hat übrigens auch ermöglicht, dass die Bundesregierung sagen konnte: Die kompletten Zusatzeinnahmen aus dem Zertifikatehandel ab 2013 gehen vollständig in die Förderung von erneuerbaren und von regenerativen Energien.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, handelt es sich um ein vernünftiges Energiekonzept mit einem vernünftigen Energiemix und einer vernünftigen Finanzierung. Es belastet auch die Stadtwerke nicht unbillig.

Wie Sie wissen, verfügt nur ein Drittel aller Stadtwerke überhaupt über eine eigene Stromerzeugung. Die anderen zwei Drittel sind sehr daran interessant, an der Börse günstigen Strom für die Belieferung ihrer Endkunden einzukaufen. Und wie

Sie wissen, trägt alles, was jetzt im Energiekonzept der Bundesregierung steht, zur Preisdämpfung auf dem Strommarkt bei.

Vertrauenschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat in der politischen Debatte von Anfang an nicht wirklich bestanden. CDU und FDP haben 2000 die Laufzeitverkürzung als falsch erachtet, und wir haben immer gesagt, dass wir die Gelegenheit nutzen werden, um eine vernünftige Energiepolitik – und nicht die falsche rot-grüne Energiepolitik – zu machen. Insofern gab es von Anfang an keinen Vertrauenschutz.

Sie halten der Bundesregierung in Berlin vor, dass sie getroffene Vereinbarungen von 2000 jetzt rückgängig machen und ändern will. Dazu sage ich Ihnen nur eines: Was das Rückgängigmachen und Ändern von vernünftigen Reformen angeht, so sind Sie hier in Nordrhein-Westfalen Weltmeister. Denn Sie versetzen das Land in den Zustand, in dem es vor dem Jahre 2005 war. Diesen Zustand hat dieses Land nicht verdient. Wir wollen eine zukunftsorientierte und vernünftige Energiepolitik. Wir machen sie, und auch die Bundesregierung macht sie. Wir stehen jedenfalls dafür.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist erst einmal gut, dass die antragstellenden Fraktionen ihre Reihen allmählich etwas auffüllen. Denn es war aus meiner Sicht sehr bemerkenswert, dass diejenigen, die den Antrag gestellt haben, fast gar nicht präsent waren und an der Debatte bislang kaum teilgenommen haben.

Die Regierung ist mit den Fachministern vertreten. Wenn das aus Sicht der antragstellenden Fraktionen ein so wichtiges Thema ist, dann hätte ich erwartet, dass die Landesregierung an dieser Debatte, die auch für das Energieland Nordrhein-Westfalen von zentraler Bedeutung ist, mit einer anderen Präsenz teilnehmen würde.

(Beifall von der FDP)

Über die Fraktion der Linken wollen wir gar nicht reden. Denn eines ist bemerkenswert: Ein Abgeordneter hat hier leidenschaftlich davon gesprochen, dass ihn erst das Thema Atom in die Politik geführt habe. Er hat seinen Wortbeitrag geleistet, und anschließend hat er den Plenarsaal verlassen. Das zeigt, wie ernsthaft ihn das Thema in Wahrheit offensichtlich berührt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sollten diese Frage, die von so grundlegender Bedeutung für die Menschen in unserem Lande ist, hier mit größerer Ernsthaftigkeit besprechen.

(Norbert Römer [SPD]: Dann fangen Sie mal an!)

Ich wünschte mir vor allen Dingen, lieber Herr Römer, auch mit Blick auf den Redner Ihrer Fraktion, dass Sie in der weiteren Debatte nicht in das Vokabular verfallen, das hier insbesondere von der Linken sehr stark eingeführt worden ist. Denn hier sind die Energiekonzerne ganz massiv angegangen worden.

Ich hatte in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin etwas gehört, was sehr bemerkenswert ist, weil es in Deutschland zu einer Zeit gemeinsamer sozialliberaler Regierungsverantwortung im Bund eingeführt worden ist, nämlich die betriebliche Mitbestimmung. Es ist schon sehr bemerkenswert, wie Sie hier mit Konzernen umgehen, die in Nordrhein-Westfalen ihren Sitz haben, die mitbestimmte Unternehmen sind, in denen auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten für die Unternehmenspolitik Mitverantwortung tragen, über die wir heute im Plenarsaal diskutieren. Ich wünsche mir mindestens von der Sozialdemokratie und von dieser Landesregierung, dass Sie mit den dort Beschäftigten und den in den Unternehmen Verantwortung Tragenden so umgehen, wie sich das unter Demokraten in einer sozialen Marktwirtschaft gehört.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich wünsche mir dies in Sonderheit deshalb, weil in den Unternehmen genauso wie in den Stadtwerken und in anderen Energieversorgungsunternehmen Zigtausende – in Nordrhein-Westfalen dürfen wir sogar von Hunderttausenden sprechen – Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgehalten werden, die im Interesse unserer Bevölkerung jeden Tag ihren Dienst leisten. Sie sorgen dafür, dass wir Licht haben und dass es warm in unseren Räumen ist, dass wir die Umwelt besser entlasten können und dass wir eine Energieversorgungssicherheit haben, und zwar sowohl für die Haushalte als auch für die Betriebe in diesem Land.

Nordrhein-Westfalen – ich bemühe die Worte von Frau Kraft – ist ein Industrieland. Ja, wir sind ein Industrieland, und wir wollen ein modernes Industrieland bleiben, und dafür brauchen wir in Zukunft sichere und bezahlbare Energie.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Es ist die große – auch staatspolitische – Leistung von Helmut Schmidt und Otto Graf Lambsdorff gewesen, Anfang der 80er-Jahre im Kontext der zweiten Ölpreiskrise ein energiepolitisches Gesamtkonzept für Deutschland zu entwickeln. Dieses war

lange Grundlage für die Sozial- und Wirtschaftspolitik in Deutschland. Es ist in den letzten Jahren auch aufgrund der Verwerfungen zwischen den verschiedenen Parteien leider nicht gelungen, ein solches Energiekonzept fortzuschreiben und mit den neuen Notwendigkeiten zu versehen, die sicherlich bestehen, um Umwelt und Menschen in einer globalisierten Welt auch langfristig gerecht zu werden.

Ich finde, mit dem Konzept von Angela Merkel und Rainer Brüderle ist der neuen Bundesregierung ein großer Wurf gelungen. Denn endlich können wir hier in Deutschland wieder ganzheitlich über Energiefragen reden. Wir können die Fragen der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit und des Umweltschutzes in einem Gesamtkonzept absichern.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Und was ist mit der Entsorgung?)

Das kann in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland nur gelingen, wenn wir auf einen breiten Energiemix aus möglichst vielen Quellen setzen, meine Damen und Herren. Das ist die Grundvoraussetzung für Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit auch in Zukunft.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Hans Christian Markert [GRÜNE]: Und die Entsorgung?)

Genau das liegt jetzt vor: ein breiter Mix aus möglichst vielen Quellen, mit dem sehr ehrgeizigen Ziel, die Energieversorgung in Deutschland dauerhaft ganz überwiegend auf erneuerbaren Energien aufzubauen. 2050 – so das Ziel – sollen 50 % der Gesamtenergiemenge aus erneuerbaren Energien gewonnen werden; beim Strom sollen es 80 % sein. Es liegt also eine gewaltige Kraftanstrengung vor uns.

Wir alle wissen: Dafür brauchen wir leistungsfähige Netze, die wir in der Form heute noch nicht haben; das wissen Sie. Und wir brauchen Speichertechnologien, die in der Lage sind, die erneuerbaren Energien – wir wissen, der Wind weht nicht immer dann, wenn wir Strom brauchen, und auch die Sonne scheint nicht immer dann, wenn wir Energie benötigen – in einer wirtschaftlichen Form für breite Anwendungen nutzbar zu machen. In dieses Vorhaben sollen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Milliarden in einer Weise investiert werden, wie es bisher in Deutschland noch nicht möglich war.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig wird über die Verlängerung der Laufzeiten für die friedlich genutzte Kernenergie in Deutschland sichergestellt, dass auch in diesem Übergangsprozess unsere Haushalte weiterhin verlässlich mit Strom versorgt werden können. Dazu müssen wir wissen, dass in diesem Moment – draußen scheint nicht viel Sonne – der Strom für jede vierte Glühbirne hier in diesem Haus aus einem friedlich genutzten Kernkraftwerk in Deutschland kommt, in der Grundlast jede zweite Glühbirne. Wenn es gleich draußen noch dunkler

wird, dann wird bei uns jede zweite Glühbirne aus friedlich genutzter Kernenergie beleuchtet, damit wir diese Debatte führen können

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

und die Wohnungen der Menschen im Land warm sind. Das müssen wir den Bürgern auch sagen, um auch das Vertrauen in vernünftig handelnde Politik zurückzugewinnen.

Und weil der Zusammenhang so ist, haben die beiden Regierungen, die von Schröder und Fischer angeführt worden sind, seinerzeit den Ausstieg aus der Atomenergie eben nicht über Nacht vorgenommen. Denn wenn das alles so schrecklich wäre, wie die drei Wortbeiträge der antragstellenden Fraktionen uns Glauben machen wollen, dann hätten verantwortliche Politiker sagen müssen: Die müssen alle vom Netz. Aber das haben weder die Grünen noch die Sozialdemokraten in ihrer Regierungsverantwortung oder im Deutschen Bundestag beschlossen, sondern sie haben aus guter Einsicht heraus gesagt: Das geht jetzt nicht, das geht auch auf absehbare Zeit nicht, sondern wir müssen unser Land schrittweise auf erneuerbare, auf umweltfreundliche Technologie umstellen. Und für diese Brückenzzeit brauchen wir diese Energiequelle.

Jetzt bringt die neue Bundesregierung kein ganz neues Konzept, sondern knüpft an ihr Regierungs-handeln an. Ich halte es im Übrigen für sehr vernünftig, wenn in einer Demokratie nicht immer alles weggerissen wird, was Vorgänger geleistet haben, sondern wenn es weiterentwickelt wird. Die neue Bundesregierung macht nichts anderes, als Ihren Beschluss an der Stelle – darüber hinaus macht sie vieles besser, was Herr Lienenkämper gesagt hat und ich eingangs gesagt habe –, die von Ihnen definierte Brücke, so weit zu verlängern, dass unsere Energieversorgung das rettende Ufer auch tatsächlich erreichen kann – nicht mehr und nicht weniger.

Sie macht es im Übrigen in gleicher Form, was man bedauern kann. Ich als Staatsbürger dieses Landes – das sage ich in aller Klarheit – bedaure das. Aber es ist offensichtlich leider nicht anders möglich. Wir reden ja immer viel von Einladungen. Wenn sie aber nicht angenommen werden, dann muss Politik alleine handeln. So haben Sie damals alleine gehandelt, denn als Sie die Laufzeiten der Kraftwerke seinerzeit verkürzt haben, hatten Sie dafür im Bundesrat keine Mehrheit.

Was hat die damalige Bundesregierung gemacht? Sie hat gesagt: Lasst uns den Bundesrat beiseite nehmen! Wir können das auch alleine. Dann hat sie alleine verkürzt.

(Beifall von der FDP)

Die jetzige Bundesregierung, die sich in der gesamtstaatlichen Verantwortung sieht und deshalb

auch eine Verlängerung vornimmt, würde das gerne auch mit dem Bundesrat machen.

(Minister Johannes Remmel: Das ist eine völlig andere rechtliche Ausgangslage!)

Ich würde gerne die Grundfragen der Politik mit der Länderkammer bestimmen. Da Sie aber ideologisch blockiert sind,

(Minister Johannes Remmel: Staatsstreich ist das!)

geht das leider nicht. Deswegen macht das die Bundesregierung genauso wie Ihre Regierung: Sie entscheidet das, was sie alleine entscheiden kann, auch alleine, meine sehr verehrten Damen und Herren – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall von der FDP)

Sie macht es nur verantwortungsethisch besser. Das hat Herr Lienenkämper hier schon dargelegt.

Solange Kraftwerke laufen, erst recht für die Zeit danach muss Vorsorge getroffen werden, was Sicherheit und Entsorgung anbetrifft.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Ja, Entsorgung!)

– Ja, ja, Herr Markert, nun sind Sie ja neu im Landtag. Es war Ihre nordrhein-westfälische rot-grüne Landesregierung, die zusammen mit der rot-grünen Bundesregierung in Nordrhein-Westfalen Forschungslehrstühle für Entsorgungsfragen in dem Bereich abgeschafft hat.

(Beifall von der FDP)

Das waren Sie, weil Sie die Frage ideologisch und nicht sachbezogen betrachten. Bleiben Sie doch einmal sachbezogen!

(Karl Schultheis [SPD]: Hochschulen haben Sie abgeschafft!)

Wenn Sie sachbezogen sind, dann müssen Sie doch zweierlei tun:

Sie müssen die Kraftwerke jetzt, wenn Sie sie nutzen – und Sie wollten sie auch weiter nutzen –, so sicher wie irgend möglich machen. Dazu müssen Sie weiter in Forschung investieren. Sie müssen in konkrete Sicherheitsverbesserungen investieren.

Auf der anderen Seite müssen Sie die erneuerbaren Energien besser machen. Dafür müssen Sie in Forschung investieren. Dafür müssen Sie in Anwendung investieren. Dafür brauchen Sie aber auch Geld, und Sie müssen sehen: Energiepreise sind die Brotpreise des 21. Jahrhunderts. Die kleinen Leute in unserem Land müssen sich Energie auch noch leisten können! Deswegen hat das auch etwas mit Wirtschaftlichkeit zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ich komme sehr gerne zum Schluss, Herr Präsident, wenn Sie mir noch eine Anmerkung gestatten.

Ich würde es sehr begrüßen, auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen,

(Karl Schultheis [SPD]: In wessen Interesse sonst?)

damit unsere Interessen auf der Forschungsseite wie auf der Anwendungsseite bei dieser Neuregelung des Energiekonzepts besser eingebracht werden, dass die Landesregierung nicht einfach blind klagt, wo sie nicht gewinnen wird, sondern dass diese Landesregierung den Weg unternimmt, auf die Bundesregierung zuzugehen, und dass sie versucht, für Nordrhein-Westfalen mit diesem neuen Energiekonzept das Beste für unsere Menschen, für unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu machen. Hier wäre ein Gestaltungsfeld für die neue Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Pinkwart. – Ich möchte darauf hinweisen, Kolleginnen und Kollegen, es gibt in der Aktuellen Stunde keine Möglichkeit, Zwischenfragen zu stellen – nur, damit nicht versehentlich auf den Knopf gedrückt wird. – Für die Landesregierung spricht Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Professor Pinkwart, ich möchte jetzt auch ganz sachbezogen an diese Thematik herangehen. Ich möchte Ihnen auch Recht geben: Nordrhein-Westfalen ist ein Industrieland. Nordrhein-Westfalen ist ein Energie-land.

Deswegen haben wir auch seit Monaten auf ein Energiekonzept der Bundesregierung gewartet, das schon Ende letzten Jahres versprochen war und das eben lange auf sich warten ließ. Denn jeder, der von der Notwendigkeit des langfristigen Umbaus unseres Energieversorgungssystems mit den Zielen Klimaschutz und Energieeffizienz überzeugt ist, weiß natürlich, dass ein solches Konzept dringend nötig ist, weil wir verlässliche Perspektiven für die langfristig erforderlichen Investitionen brauchen.

Aber der Verlauf der Ereignisse seit Ende August macht, denke ich, deutlich, dass inzwischen von einem seriösen Erarbeitungsverfahren nicht mehr die Rede sein kann. Es ist immer klarer geworden, dass es der Bundesregierung gar nicht in erster Linie um das notwendige umfassende Energiekon-

zept geht, sondern letztlich um die Laufzeitverlängerung, die im Prinzip schon verabredet war. Gutachten und Konzepte werden hierbei nur noch benötigt, um die politisch längst getroffene Entscheidung noch zu begründen. Dementsprechend ist das von der Bundesregierung gewählte Verfahren in mehrfacher Hinsicht vollkommen inakzeptabel, und das möchte ich Ihnen hier auch darlegen.

Dass es im Vorfeld gesetzgeberischer Entscheidungen von außerordentlicher Tragweite eine Geheimvereinbarung zwischen Bundesregierung und Betreiberseite gibt, wie dann auch nur durch Zufall bekannt geworden und auch nur nach massivem öffentlichem Druck offengelegt worden ist, ist in unserem Lande eigentlich unglaublich und entspricht nicht deutscher und mitteleuropäischer Kultur.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dass die Bundesregierung die Länder an der Erarbeitung des Energiekonzepts – obwohl es versprochen war, Herr Lienenkämper – bis heute nicht beteiligt hat, passt in dieses Bild.

Man will die Länder offenbar vollständig außen vor halten, und deswegen will man es im Endeffekt auch ohne die Zustimmung des Bundesrates durchsetzen. An diesem Vorgehen haben bereits namhafte Juristen Zweifel geäußert. Zum Beispiel der frühere Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier, das Bundesjustizministerium oder auch Bundestagspräsident Lammert, selbst Bundesumweltminister Röttgen bezweifeln inzwischen, dass das Ganze ohne Bundesrat umsetzbar ist.

Meine Damen und Herren, wir als Landesregierung werden auf jeden Fall eine Umgehung des Bundesrates nicht akzeptieren, Herr Prof. Pinkwart. Das hat auch nichts mit Ideologie oder sonst etwas zu tun. Bei solchen weitreichenden Entscheidungen müssen die Länder beteiligt werden,

(Ralf Witzel [FDP]: Waren sie doch beim Ausstieg auch nicht!)

und wir werden das im Zweifelsfall letztendlich vom Bundesverfassungsgericht entscheiden lassen.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen sehen, Herr Witzel, beim Ausstieg ging es um etwas ganz anderes. Dort wurden die Kommunen und das Land ja eher entlastet, was die Sicherheit betrifft. Jetzt, bei der Verlängerung von Laufzeiten, ist die Sicherheitsfrage wieder ganz, ganz entscheidend. Das heißt, wir können erheblich belastet werden, also sind wir zu beteiligen. Das ist doch ganz einfach.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Minister Johannes Remmel: Genau so ist es!)

Wirklich bedrückend ist für mich aber eigentlich etwas völlig anderes: Weil die Entscheidung für eine

Verlängerung der Restlaufzeiten unausgesprochen der Ausgangspunkt des ganzen Energiekonzepts ist, nimmt die Bundesregierung es letztendlich in Kauf, dass die klimapolitischen Ziele durch den Verlängerungsbeschluss konterkariert werden.

Meine Damen und Herren, die Kernenergie ist als Brückentechnologie für einen langfristigen Umbau des Energieversorgungssystems eben deswegen ungeeignet, weil die Wirtschaftlichkeit von Investitionen für eine umweltfreundliche Energieerzeugung genau dadurch gefährdet wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dies gilt vor allem für Investitionen von Stadtwerken und Versorgungsunternehmen in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Intensität des Wettbewerbs auf der Erzeugerstufe erhöhen. Die kommunale KWK-Erzeugung aus modernen Anlagen wird sich gegen die Erzeugungskosten abgeschriebener Großkraftwerke nicht durchsetzen können. Ebenso werden die Wettbewerbsbedingungen für neue, hocheffiziente kommunale Gemeinschaftskraftwerke verzerrt und in dem Moment die Umsetzung fast unmöglich.

Auch das Investitionsklima für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird sich verschlechtern, weil eben befürchtet werden muss, dass der Druck auf das bewährte Einspeisungs- und Vergütungssystem des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zunehmen wird.

Ein zweiter grundsätzlicher Einwand ist mir dabei auch besonders wichtig. Das Gutachten für die Bundesregierung zu den Energieszenarien bis 2050 wird in der Öffentlichkeit oft so verstanden, als gehe es um eine wissenschaftliche Arbeit, die Analysen und Prognosen heranzieht und mehr oder weniger daraus abgeleitete Konsequenzen zieht. Das ist völlig falsch.

Alle wesentlichen Eckdaten – die Entwicklung des Energieverbrauchs, der Anteil der erneuerbaren Energie oder die Annahmen, deren Grundlagen die Bundesregierung sonst noch vorgegeben hat – sind eben nicht wissenschaftlich begründet, sondern ganz einfach politisch vorgegeben, und die Gutachter hatten sie als Rahmendaten zu beachten. Da war also nichts mit Analyse, nichts mit Prognose, nichts mit Synthese, wie man normalerweise an so ein Gutachten herangeht.

Letztendlich – und das haben mir auch Gutachter bestätigt, Herr Lienenkämper; wir haben ja ein sogenanntes Interpretationsgespräch mit einem Gutachterinstitut geführt, um uns das Ganze erklären zu lassen – haben sie deutlich gesagt: Es ging im Endeffekt um vier Szenarien, in denen Laufzeitverlängerung und Erneuerungsbedarf verglichen wird. Das war ihr wesentlicher Auftrag. Es ging eben nicht darum, ob Laufzeitverlängerung überhaupt sinnvoll ist und wie sie sich auf den Energiemix und wie sich

dies wiederum insgesamt auswirkt. Genau das sollte nicht untersucht werden. Vielmehr ging es um Szenarien „Laufzeitverlängerung/Erneuerungsbedarf“. Das haben die Gutachter gemacht. Insoweit ist das nicht einmal im Ansatz ein Energiekonzept, sondern es ist eine Begründung für einen politischen Beschluss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Medienberichte, die Sie in Konsequenz der Entscheidung der Bundesregierung sicherlich auch verfolgt haben, legen nahe, dass verschiedene geplante Investitionsvorhaben – nun kommen wir auch wieder auf den Standort Nordrhein-Westfalen zurück, ob es in Duisburg, in Düsseldorf, in Hagen oder in Köln ist – jetzt infrage gestellt werden. Investitionsvorhaben in Milliardenhöhe!

Ich war gestern, als Herr Dr. Papke kritisiert hatte, dass ich nicht im Plenum war, beim Verband kommunaler Unternehmen in Dortmund. 150 Vertreter kommunaler Unternehmen, vor allem Stadtwerke, die sich dort getroffen haben, haben mir bestätigt, dass jedes zweite kommunale Unternehmen die Investitionen auf den Prüfstand stellt und erheblich gefährdet sieht. Das heißt, es ist nicht nur eine vage Vermutung, sondern es ist von ihnen ganz deutlich so formuliert worden. Insoweit merken wir, welche Gefahr auch für den Standort Nordrhein-Westfalen besteht.

Ich will noch erwähnen – und ich denke, das ist gerade für das Land wie auch die kommunale Familie ganz wichtig –, dass durch die mindestens teilweise steuerliche Absetzbarkeit der geplanten Abgaben für erneuerbare Energien wie die Brennelementesteuer allein dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Kommunen Mindereinnahmen, die geschätzt in dreistelliger Millionenhöhe liegen, entstehen werden.

Meine Damen und Herren, letztendlich ist klar, dass eine solche Basis insgesamt für ein nationales Energiekonzept, das Sie zu Recht einfordern, Herr Lienenkämper, weil wir es brauchen, keine Basis ist. Es muss eigentlich erst noch entwickelt werden. Das hatte die Bundesregierung in dem Sinne gar nicht vor.

Deswegen, meine Damen und Herren, wird die Landesregierung im weiteren Verfahren alle ihre Möglichkeiten nutzen, um zu verhindern, dass die umweltfreundliche kommunale Stromerzeugung vom Markt gedrängt wird. Dazu habe ich gestern – wie gesagt – auf der Jahrestagung mit etwa 150 Vertretern gesprochen. Wir haben bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme, also mehr oder weniger einstimmig, eine gemeinsame Resolution verabschiedet, die diese Sorgen der Stadtwerke sehr deutlich macht.

Darüber hinaus wird auch die Landesregierung alles tun, um mit den Erzeugern, den Beschäftig-

ten, allen beteiligten Gruppen und Verbänden zu sprechen, die langfristige Rolle erneuerbarer Energien ebenso wie die effiziente Kohleverstromung im Energiemix auf einer seriösen Grundlage in einem fairen öffentlichen Dialog zu diskutieren und dann zu entscheiden. Noch einmal sei an den Anfang erinnert: Nordrhein-Westfalen ist Industrieland und Energieland. Durch die Entscheidung der Bundesregierung steht viel – ich denke: zu viel – auf dem Spiel. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Voigtsberger hat angekündigt, sachlich zu sein. Im Ton hat er das auch durchgehalten. Gleichwohl muss man sich mit dem einen oder anderen auseinandersetzen.

Sie argumentieren mit Verlässlichkeit. Wir kommen gleich noch zu einem Tagesordnungspunkt, unter dem wir diese Verlässlichkeit prüfen werden.

Das Thema „Geheimvereinbarung“ ist mehrfach genannt worden. Es war von „schmutziger Deal“ und „Geheimdeal“ die Rede. Es war seit Wochen klar, dass es einen Fonds geben würde, mit dem man regelt, dass man die Mehreinnahmen abschöpft. Es war immer klar, dass man das über einen Vertrag macht. Der Vertrag ist so geheim, dass ich ihn sogar hier habe und jedem zur Lektüre anempfehle. Der Vertrag war wenige Stunden später im Internet verfügbar.

Zum Thema „Zustimmung des Bundesrates“: Dies ist bei den Juristen umstritten; das ist wahr. Ich habe in meiner juristischen Ausbildung gelernt: Zur Sicherheit guckt man am besten einmal auf das höchste Gericht, das Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht hat zum Thema „Luftsicherheitsgesetz“ in dieser Frage entschieden: Solange die Aufgaben der Länder lediglich quantitativ verlängert werden, besteht keine Zustimmungspflicht der Länder, jedenfalls dann nicht, wenn es sich nicht um eine ganz außergewöhnlich, überdurchschnittlich lange Verlängerung handelt.

Genau über diese Rechtsbegriffe muss man jetzt reden. Ist das ein solcher Fall oder nicht? Die überwiegende Mehrzahl der befragten Gutachter hat sich entschieden, dass das nicht so sei.

Herr Markert und Herr Aggelidis – der jetzt nicht da ist –, ich wollte Ihnen meinen Respekt ganz ernsthaft für Ihr politisches Erweckungserlebnis bezeugen. Es unterscheidet die verschiedenen Generationen, wie man in die Politik einsteigt. Meistens gibt es im Heranwachsendenalter ein solches Er-

lebnis. In Ihrer Generation war das für viele – im Übrigen auch in meiner Familie – die Atompolitik. Für mich wie für viele in meiner Generation war es die deutsche Einheit. Wir alle müssen aufpassen, dass wir uns einerseits den Zauber dieser Faszination in allen alltäglichen Debatten bewahren. Dass andererseits daraus keine Lebenslügen werden, gilt für alle mit ihren politischen Erweckungserlebnissen.

Gleich reden wir über Kohle, jetzt über Atom. Bei beidem sind die Grünen äußerst skeptisch. Sie wissen ganz genau, dass wir so schnell, wie Sie das wollen, aus beiden Technologien nicht aussteigen können, ohne in Zukunft wahrscheinlich noch Atomstrom aus Frankreich oder dem ehemaligen Ostblock importieren zu müssen. Das ist ein Stück weit genau der Grenzgang zwischen dem politischen Erweckungserlebnis, das man im Herzen trägt, und der Lebenslüge.

Zu den Themen „schmutziger Deal“ und „Sicherheit“ ist etwas gesagt worden. Häufig – das ist hier nicht gemacht worden, will ich redlich dazusagen – wird argumentiert, die zusätzlichen Investitionen seien auf 500 Millionen € gedeckelt. Das ist nicht der Fall. Durch die Struktur von Gesetz und Vereinbarung ist sichergestellt, dass bis hin zum größtmöglichen Sicherheitsstandard investiert wird, dass am Ende alles über 500 Millionen € aus dem Fonds genommen bzw. weniger eingezahlt werden. Sicherheit geht vor Gewinn und Sicherheit geht auch vor Staatseinnahmen. So ist die Struktur dieses Kompromisses angelegt. Lesen Sie es nach! So ist die Geschichte.

Nächster Punkt: Milliardengewinne.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Die Struktur des Gesetzes sichert: 58 % der zusätzlichen Gewinne werden durch die Körperschaftsteuer und den Fonds abgeschöpft. Frau Kanzlerin Merkel hat in meinem Beisein am vergangenen Montag zugesichert, dass sie bereit ist, mit den Ländern darüber zu reden, sie daran zu beteiligen.

Es täte der Landesregierung gut, dagegen nicht mit großem Tohuwabohu anzurennen, sondern vielleicht ein bisschen clever zu agieren und – obwohl wir kein Atomkraftwerk haben – zu versuchen, von den zusätzlichen Einnahmen etwas für unsere Projekte abzubekommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Minister Johannes Remmel: Judaslohn!)

Zum Thema „Milliardengeschenke“ kann man auf die Aktienkurse gucken. E.ON und RWE sind eingebrochen. EnBW ist eingebrochen. Als ehemaliger Haushalter weiß ich, dass wir die Analysten von Fitch nicht mehr so gerne zitieren, wage es aber noch einmal. Der bei Fitch für die Versorger zuständige Analyst sagt: E.ON, RWE und EnBW dürften zusätzliche Sparprogramme auflegen, Dividenden kürzen und

Investitionen zurückfahren. Da diese Möglichkeiten aber begrenzt seien, könnten extremere Maßnahmen wie etwa Teilverkäufe oder Kapitalspritzen in Erwägung gezogen werden. – Das hört sich für mich nicht wie die ganz große Sause und ganz große Party an, meine Damen, meine Herren.

Zum Thema „Geld“ noch ein kleiner Zusatz. Bei der Diskussion über die Preise kam die Linkspartei eben mit den kleinen Leuten, mit denen sich keiner auseinandersetzt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die zahlen die Zeche!)

– Es ist heute schon so, dass die Zeche für das Energieeinspeisegesetz in Höhe von 100 € pro Jahr bezahlt wird. Es geht um 100 € pro Jahr bei einem Einpersonenhaushalt, einem alleinstehenden Rentner. Insofern sollten auch Sie einmal darüber nachdenken, wie das mit den Preisen ist und ob es nicht gut tut, an der Stelle ein bisschen auf die Bremse zu treten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die zocken weiter!)

Zur Endlagerfrage. Zweifelsfrei ist das ein Riesenproblem. Dieses Problem entsteht aber nicht durch diesen Energiekompromiss und dieses Konzept. Wenn Sie an dem Tag ausgestiegen wären, an dem Sie Ihren Deal mit den Atomkraftwerken gemacht haben, hätten Sie auch keine Lösung für das Endlager gehabt. Aber anstatt weiterzudenken hat Herr Trittin dafür gesorgt, dass das Denken verboten war.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Jetzt ist Denken wieder erlaubt. Norbert Röttgen hat eine vorbehaltlose Überprüfung aller Möglichkeiten zugesagt.

Stadtwerke – letzter Punkt.

Erstens. Die Stadtwerke sind verschieden. Herr Kollege Lienenkämper hat es gesagt.

Zweitens. Es gibt übrigens auch Stadtwerke, die Atomenergie betreiben. Die Stadtwerke München werden immer als Beispiel herangezogen. Sie sind an Atomkraftanlagen beteiligt.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke**)

Union und FDP haben sich immer zur Kernenergie bekannt. Wer also argumentiert, der Vertrauenschutz sei verletzt worden, der begeht eine Fehleinschätzung.

Die abgeschöpften Mittel fließen nach derzeitiger Beschlusslage in den allgemeinen Bundeshaushalt. Davon haben die Stadtwerke nicht profitiert. Durch das Gesetz und den Vertrag profitieren jetzt die Stadtwerke und die erneuerbaren Energien.

Drittens. Viele von uns sind auch Kommunalpolitiker. Es kann doch nicht sein, dass wir alle für mehr Wettbewerb sind und dann eine Gruppe – im Zweifel die,

die bei uns über die stärkste Lobby verfügt – in dem Moment, in dem es ihnen nicht mehr passt, sagt: Diese Art von Wettbewerb haben wir nicht gewollt. Wir haben lieber etwas höhere Preise und leben dann ein bisschen besser. – Das muss man einmal in aller Klarheit sagen. Die Stadtwerke möchten höhere Preise für die Wirtschaft und die Verbraucher. Das ist mit uns nicht zu machen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Als Nächstes hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit dem Märchen des klimafreundlichen Atomstroms aufräume und einen Blick auf den Emissionshandel richte, möchte ich ein paar Anmerkungen zu den gerade gemachten Ausführungen machen.

Ja, der Umbau des Energieversorgungssystems ist eine Kraftanstrengung. Herr Pinkwart, Sie sprechen davon, das rettende Ufer erreichen zu wollen. Ich möchte das rettende Ufer nicht auf einem Castor-Transporter erreichen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte es auf Technologien erreichen, die für unsere Kinder und Enkel sinnvoll sind. Sie behaupten, die Landesregierung werde blind klagen. – Ich traue meiner Ministerpräsidentin zu, dass sie die Augen offen hat. Sie war im Land und weiß, dass die Neuausrichtung im Bereich der Klima- und Umwelttechnik mit dem Fortschrittsmotor Klimaschutz einhergeht. Das ist eine Politik für den Mittelstand und die Menschen mit den niedrigen Strompreisen, von denen Sie gerade gesprochen haben.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Herr Pinkwart, hören Sie einmal zu.

Sie brauchen bei all dem Vertrauen und Akzeptanz. Das müssen Sie in der gesamten Bevölkerung erreichen. Die Landesregierung traut den Beteiligten – den Mittelständlern, dem virtuellen Kraftwerk in Unna, der Firma Eickhoff in Bochum – diese Innovation zu. Sie nicht. Sie setzen auf früher und auf ein „von gestern“.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Rahmen der gestrigen Debatte um die Umweltzone haben wir ganz deutlich gemacht, dass Planungssicherheit auch für Mittelständler das A und O in diesem Politikbereich ist.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Pinkwart, Sie waren bei der Klimadebatte damals nicht dabei. Um die Menschen mitzunehmen,

haben SPD und Grüne eine Klimaschutzstrategie mit realistischen Zielen entwickelt. Ihre 33 % sind durch Ihre Torpedierung der Windkraft, der Biomasse und der Photovoltaik nie erreicht worden. Sie sind im Jahr 2005 mit dem Ziel gestartet, 33 % CO₂ einzusparen. Sie sind aus Ihrer Wahlperiode aber mit 8 Millionen t mehr herausgegangen. Das sind die Fakten. Wir sind bei den erneuerbaren Energien im Bundesvergleich auf Platz 12 gelandet,

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

weil Sie die Technologien vernachlässigt und Investoren aus dem Land vertrieben haben. Vor dem Hintergrund warne ich davor, sich auf ein epochales und weltweit einzigartiges Energiekonzept zurückzuziehen, Herr Lienenkämper. Das gab es in unserem Land definitiv nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben deutlich gemacht, dass wir Vertrauen brauchen, und davon gesprochen, Vertrauen würde aufgebaut. Vertrauen wird nicht im Hinterzimmer des Kanzleramtes aufgebaut, sondern in transparenten Prozessen. Das Kanzleramt wird ohne Atomstrom beliefert. Wenn Sie hier auf die vier Glühbirnen hinweisen, frage ich mich wirklich, wo Sie denn sind, Herr Pinkwart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es wurde gesagt: Wir geben ja Geld für die Sicherheit aus; das kriegen wir alles hin. – Sie müssen ehrlicherweise aber hinzufügen: Wenn die Ausgaben für die Sicherheit ein bestimmtes Maß überschreiten, wird ein Nachlass bei der Forderung nach dem Einsatz erneuerbarer Energien gegeben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist genau das Gleiche, als würden Sie einem Kfz-Inhaber sagen, rüste deine Bremsen nach Recht und Gesetz nach, dann bekommst du 10 l Benzin gratis. – Das ist nicht dazu angetan, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu schaffen, das wir brauchen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Endlagerfrage ist die Frage, die die Menschen überall im Land umtreibt. Wir müssen diese Frage lösen. Der zuständige Bundestagsausschuss war gestern in Gelsenkirchen. Wenn ich der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern folgen darf, wurde der Leiter des Bundesamtes für Strahlenschutz auf Wunsch von CDU und FDP ausgeladen. Ich frage mich wirklich, wie weit Sie Ihr Verständnis mit staatlichem Handeln in Einklang bringen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben auf den Industriestandort Nordrhein-Westfalen und auf den Emissionshandel hingewiesen. Ihr Entschließungsantrag von heute Morgen

bezieht sich auf den Emissionshandel. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass Herr Römer und ich hier vermöbelt wurden, weil wir für den Emissionshandel waren. Sie wollen ihn heute Morgen durch den Entschließungsantrag einführen und die Mittel daraus für regenerative Energien nutzen. Das ist schon eine interessante Wendung.

Wenn man sich das Szenario genau ansieht, dann sind die Laufzeitverlängerung von Kraftwerken und der Emissionshandel wichtige Grundlagen. Sie machen deutlich, dass die Emissionen gleich bleiben, wenn wir die Kraftwerke länger laufen lassen. Sie sind gedeckelt. Das haben Sie damals schon nicht verstanden. Das ist auch heute so. Die Strommenge bleibt gleich.

Die Erneuerung von Kraftwerken, die wir in Nordrhein-Westfalen dringend brauchen, um ein effizientes Klimaschutzziel zu vereinbaren, wird so unterbleiben, weil die alten Hündchen am Netz bleiben. Dabei bleiben wir weiterhin. Vor diesem Hintergrund ist die Verlängerung der Restlaufzeiten gerade mit Blick auf die Erneuerung des Kraftwerksparks in Nordrhein-Westfalen kontraproduktiv.

Schauen wir uns noch einmal die Energieeffizienz an, die Sie hier erwähnen. Zum Anfang Ihrer Legislaturperiode musste die Effizienzagentur personell bluten. Da findet aber die Beratung der Menschen vor Ort statt, damit diese sich effizient verhalten können.

Unsere Antwort ist klar. Die Kanzlerin hat von einer Energierevolution gesprochen. Ich würde sagen, es war ihr persönliches Waterloo, was sie da erreicht hat.

Das kann für Nordrhein-Westfalen nicht unser Ziel sein. Wir wollen den Umbau hin zum Klimaschutz mit den Menschen und mit der Industrie gestalten, damit wir vernünftig und nicht auf einem Castor-Transport in die Zukunft gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Brems.

Wibke Brems¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Lienenkämper, Herr Wüst – sie sind auch schon wieder aus dem Saal gegangen.

(Ralf Witzel [FDP]: Hier sitzt er doch in der ersten Reihe! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Den übersieht man schon einmal!)

– Ach, Herr Lienenkämper, da sitzen Sie! – Herr Pinkwart, bei Ihrem Entschließungsantrag musste ich an Neuseeland denken. Dort gibt es nämlich im Urwald eine Brücke. Und diese Brücke heißt „Bridge to Nowhere“, also Brücke ins Nirgendwo. Sie heißt so, weil vor ihr und hinter ihr keine Straße ist, son-

dern nur Urwald. Und diese massive Betonbrücke ist eine Touristenattraktion, weil sie mitten in der Natur unnütz, überflüssig und vollkommen deplatziert erscheint und ohne Erklärung nicht klar ist, wofür sie überhaupt gebraucht wird.

An diese „Bridge to Nowhere“ musste ich denken, weil auch die schwarz-gelbe Brücke in der Kernenergie unnütz, überflüssig und deplatziert und auch nicht erkennbar ist, wofür sie überhaupt gebraucht wird. Die Stromlücke, die Sie immer wieder gern heranziehen, ist nämlich ein ganz schlechtes Märchen.

(Beifall von den GRÜNEN sowie vereinzelt von der SPD)

„Die Menschen und die Unternehmen haben einen Anspruch auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit.“ Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, mit dieser Aussage aus Ihrem Entschließungsantrag haben Sie absolut recht. Die Menschen in Deutschland haben sich auf den Atomkonsens ebenso verlassen wie die Unternehmen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein! – Zuruf von der CDU: Nein!)

Die Bundesregierung schafft vielleicht eine Verlässlichkeit für vier große Energiekonzerne. Gleichzeitig hat sie aber die Stadtwerke – das sind allein in Nordrhein-Westfalen 230 – vollkommen außer Acht gelassen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Von dort bekommen Sie nun massiven Gegenwind. Die Planungssicherheit für deren Investitionen ist dahin. Liebe CDU und liebe FDP, Sie können nicht behaupten, dass in den Chefetagen der Stadtwerke nur grüne Ideologen sitzen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Doch, das tun sie!)

Ihr Antrag strotzt mal wieder nur so von Widersprüchen. Sie fordern Verlässlichkeit für Investitionsentscheidungen und verursachen Unsicherheit und nicht zuletzt Massenproteste.

Zu guter Letzt kreiden Sie an, dass die CO₂-Einsparziele der rot-grünen Regierung hinter den Zielen Ihrer abgewählten Regierung zurückbleiben.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Ich erkläre Ihnen das gerne, Herr Lienenkämper. Das ist so, weil nun Ehrlichkeit regiert und keine Augenwischerei mehr.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von der CDU: Ho!)

Die Ziele der abgewählten Landesregierung klangen gut, waren aber mit keinerlei Maßnahmen hinterlegt, die diese Ziele erreichbar machen.

(Zustimmung von Arndt Klocke [GRÜNE] – Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Die neue Landesregierung dagegen hat konkrete Maßnahmen vor und weiß, welche Anstrengungen vom Industrieland Nordrhein-Westfalen aufgebracht werden können und welche Ziele realistisch und ehrlich sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dann beteiligen Sie sich doch an Konzepten!)

Die Zeit für Märchen, Glaubensbekenntnisse und Ideologien ist vorbei.

(Zurufe von der FDP)

Es ist Zeit für harte Fakten. Es ist Zeit, dass Sie erkennen, dass Geschenke an die Atomkonzerne nur denen etwas bringen und den Ausbau der erneuerbaren Energien verhindern. Es ist Zeit zu erkennen, dass die Entwicklung der erneuerbaren Energien eine absolute Erfolgsgeschichte und keine grüne Spinnerei ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist richtig!)

Lieber Herr Wüst, es ist Zeit zu erkennen, dass das Festhalten an Kohle und Atom die Lebenslüge ist und nicht die Erkenntnis, dass 100 % erneuerbare Energien möglich sind. Wenn wir ehrlich sind, bringt Ihre Laufzeitverlängerung weder mehr Sicherheit noch mehr Klimaschutz oder mehr Wettbewerbsfähigkeit. Sie dient einzig und allein den Interessen von vier Energieversorgern. Und darum verurteile ich diesen Schritt aufs Schärfste.

Und nicht nur morgen in Berlin wird sich zeigen, dass ich mit dieser Meinung nicht alleine bin.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD sowie vereinzelt von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Da die Redezeit der FDP bereits mit dem ersten Redebeitrag vollständig ausgeschöpft wurde, hat jetzt Herr Sagel für die Fraktion Die Linke das Wort.

Rüdiger Sagel* (LINKE): Es ist ja schön, dass die FDP hier nichts mehr zu sagen hat. Das finde ich schon einmal ganz gut. Da sind wir schon einmal auf einem guten Weg.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 30 Jahre ist die Ausrufung der Republik „Freies Wendland“ nun her. Ein Atommüllendlager haben wir in der Bundesrepublik Deutschland immer noch nicht. Immerhin war der Widerstand an der Stelle erfolgreich.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Wir haben es auch geschafft – 1978 war ich das erste Mal auf einer Demonstration in Kalkar –, den

Schnellen Brüter, den wir damals „Schneller Töter“ genannt haben, abzuschaffen bzw. gar nicht erst richtig in Betrieb gehen zu lassen. Auch das hat die Antiatombewegung geschafft. Die Grünen gab es damals übrigens noch nicht.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Was haben Sie immer dazwischenzureden, Herr Pinkwart? Wollen Sie mir eine Frage stellen, oder wollen Sie Redezeit, die Sie nicht mehr haben, auf diese Weise bekommen?

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen: Sie sollten ganz ruhig sein; denn das, was Sie gerade hier wieder machen, ist ein typisches Beispiel für gekaufte Politik. Und damit haben Sie als FDP wirklich große Erfahrungen. Dieser durchgezockte Geheimdeal, der hier gelaufen ist, ist dafür ein typisches Beispiel; denn man weiß ja auch, wer Sponsorengelder immer wieder in Ihre Parteikassen spült. Es sind neben den Hotelketten in erster Linie die großen Energiekonzerne,

(Beifall von der LINKEN)

die mit Ihrer Partei in Verbindung gebracht werden. Das ist die Realität.

Bei der CDU ist es nicht viel anders. Wenn man sich die Sponsoren bei CDU-Parteitagen anschaut – insofern ist es wunderbar, dass ausgerechnet Herr Wüst zu diesem Punkt hier redet –, wird erkennbar, wie nahe da die Verbindungen zur gekauften Politik sind.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Es ist aber auch – das muss man so deutlich sagen – leider ein Versäumnis der damaligen rot-grünen Bundesregierung gewesen, diesen Atomkonsens – wir haben immer gesagt: Konsens ist Nonsense – so wasserdicht zu machen und festzuzurren, dass er nicht wieder aufgeschnürt werden kann. Genau das war damals nämlich die Befürchtung, dass, sobald ein Regierungswechsel kommt, diese Endlosdebatte über die Nutzung der Atomenergie weitergeht. Genau das ist jetzt passiert. Wir werden vermutlich in Deutschland auf lange Sicht Atomkraftwerke in Betrieb haben.

Es ist dringend notwendig, zumindest in Nordrhein-Westfalen Konsequenzen zu ziehen. Ich habe mit Interesse gehört, dass von Rot-Grün gerade erklärt worden ist, Ahaus und Gronau ein Ende bereiten zu wollen. Das wäre immerhin ein Fortschritt, wenn zumindest in Nordrhein-Westfalen die Atomenergienutzung ein Ende findet.

Ansonsten ist nur festzustellen: Wir erleben erneut, dass die großen Stromkonzerne mit Milliardensummen – mindestens 57,7 Milliarden € Zusatzeinnahmen – profitieren. Bei steigenden Strompreisen könnte dieser Wert sogar auf 95 Milliar-

den € steigen. Mit diesen Realitäten haben wir es zu tun.

Außerdem erleben wir, dass die Laufzeit der Atomkraftwerke unbegrenzt verlängert wird. Wir wissen nicht, wann der Ausstieg stattfinden wird.

Diesen Punkten müssen Sie sich stellen. Wenn ich von Ihnen höre, dass Sie ein zukunftsweisendes Energiekonzept haben, kann ich nur lachen. Wenn ich mir anschau, was Sie in den letzten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen gemacht haben: neue Kohlekraftwerke, Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Das ist Ihre Politik gewesen. Ich setze gewisse Hoffnungen auf Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen und bin sehr gespannt, ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden. Von Berlin ist mit Sicherheit nichts zu erwarten.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als Nächster spricht für die Landesregierung Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte um das Energiekonzept der Bundesregierung ist aus den Angeln geraten. Sie ist gar keine Debatte über das Energiekonzept, sondern letztlich eine Debatte über die Laufzeitverlängerung.

Es ist klar, dass die Position der Landesregierung gegenüber der Atomwirtschaft ausgesprochen kritisch ist, insbesondere auch, was die atomaren Elemente, Teile der Brennstoffkette, in Nordrhein-Westfalen betrifft.

Es ist auch klar, dass wir alles tun wollen, um weitere Atomtransporte zu vermeiden.

Es ist auch klar, dass im Kern unseres Interesses der Strahlen- und Gesundheitsschutz der Bevölkerung; er steht an erster Stelle.

Aber warum ist die Debatte aus den Angeln geraten? Zu der zentralen Frage der Sicherheit vor allem des Endlagers macht die Bundesregierung überhaupt keine Aussage.

(Beifall von den GRÜNEN – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Man steht doch staunend davor, und zu dieser zentralen Frage ...

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Zu Endlager habe ich nichts gehört, keine einzige Aussage der Bundesregierung, wie es mit der Endlagerfrage weitergeht,

(Beifall von den GRÜNEN)

keine Zielführung, sondern stattdessen Laufzeitverlängerung auf Kosten der Sicherheit und der Bevölkerung!

Herr Prof. Pinkwart, es war schon imposant, wie Sie und Herr Lienenkämper eben quasi sirenengleich das Hohelied auf die Zukunft der erneuerbaren Energien gesungen haben. Sirenengleich aufzutreten passt nur in keiner Weise mit der Politik zusammen, die Sie hier fünf Jahre vertreten haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das macht mich schon misstrauisch, was das der Bevölkerung sagen soll: erst fünf Jahre eine Politik in eine andere Richtung betreiben und dann verkaufen, da liege die Zukunft. Das geht nicht zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber lassen Sie uns einen Moment annehmen, wir wären uns einig in der Meinung: Umwelttechnologien, erneuerbare Energien, Effizienztechnologien, Energieeinsparungen, das sind die Leitmärkte der Zukunft. Im Übrigen ist im Erneuerbaren-Energien-Gesetz auch ein Vorrang für erneuerbare Energien festgelegt. Lassen Sie uns das mal einen Moment annehmen.

Dann können wir uns vielleicht auch auf eine Zahl der Bundesregierung verständigen. Das ist nicht unsere Zahl, das ist nicht unsere Prognose, auch keine rot-grüne Prognose, sondern die Bundesregierung selbst geht im Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien, der nach Brüssel gemeldet worden ist, davon aus, dass 2020 38,6 % des Stroms aus erneuerbaren Energien stammt. Lassen Sie uns von dieser Zahl ausgehen: 2020 gut 40 % Strom aus erneuerbaren Energien.

Was heißt denn das für die Netzstruktur? Was heißt denn das für Speicher? Sie haben es selbst angeprochen.

Wir werden im Jahre 2020 – ich glaube, wir können das noch steigern – Tage, Stunden am Tag, vielleicht ganze Tage, Wochen, vielleicht sogar Monate haben, wo nur erneuerbare Energien im Netz sind. Wir hatten diese Situation übrigens im letzten Jahr schon.

Was heißt das denn für eine entsprechende Struktur, die darauf aufgesetzt werden muss? Wir brauchen dann andere Netze, neue Netze. Wir brauchen Smart Grids. Wir brauchen neue Netztechnologien. Wir brauchen aber auch andere Kraftwerke, eine andere Kraftwerksstruktur – klein, dezentral –, die genau daran angepasst ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Zukunfts- und Gestaltungsaufgabe, der wir uns stellen müssen. Das ist die zentrale Frage – auch für Nordrhein-Westfalen. Darauf geben Sie keine Antwort. Die großen Kraftwerke, die großen Kohlekraftwerke und die großen Atomkraftwerke, passen nicht in diese Struktur.

(Beifall von den GRÜNEN und von Michael Aggelidis [LINKE])

Deshalb ist das nicht nur eine Frage zwischen Ökologie und Ökonomie. Für mich ist das eine Frage der industriepolitischen Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Und es ist eine Frage des Standorts und der Standortinteressen. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, vernachlässigen Sie völlig, welche Entwicklung Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren genommen hat – trotz Ihrer Politik, die sich eigentlich gegen eine solche Entwicklung gerichtet hat.

Was ist denn mit den kleinen und mittleren Unternehmen? Was ist denn mit den Stadtwerken? Was ist denn mit kleiner, dezentraler, in Nordrhein-Westfalen entwickelter Kraftwerkstechnik? Was ist mit unserer Bauwirtschaft? Was ist mit den Wohnungsunternehmen? Was ist mit dem Anlagen- und Maschinenbau? Was ist mit der nordrhein-westfälischen Zuliefererindustrie für erneuerbare Energien? Es sind originäre Standortinteressen, die mit der Frage nach der Zukunft der Energieversorgung verbunden sind,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

und da sind Sie nicht auf der Seite der Zukunft in Nordrhein-Westfalen, sondern auf der Seite der Vergangenheit.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Warum spielen Sie die Sachen gegeneinander aus?)

– Es geht nicht ums Ausspielen; es geht um eine Richtungsentscheidung, Herr Pinkwart. Es geht um eine klare Richtungsentscheidung,

(Beifall von den GRÜNEN)

wohin die Entwicklung weisen wird: in die Zukunft oder in die Vergangenheit. Diese Frage beantworten Sie in Richtung Vergangenheit. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der für die demokratische Verfasstheit unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist. Wir leben in einem föderalen Land. Was passiert zurzeit? Zurzeit passiert ein kalter Staatsstreich. Es wird versucht, die Bundesländer aus diesem Verfahren herauszuhalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ist dasselbe Verfahren wie bei Ihrem Atomausstieg! – Weitere Zurufe von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP] und Dietmar Brockes [FDP])

Da erwarte ich von Ihnen, dass sie an dieser Stelle die Interessen der Bundesländer vertreten. Herr Kubicki in Schleswig-Holstein ist da etwas anders

sortiert als Sie. Ich würde mir an dieser Stelle mehr Kubicki und weniger Pinkwart wünschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn es geht jenseits der Rechtsfrage auch um die Interessen der Bundesländer.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Ja. Herr Pinkwart, ich will das bitte ausführen. Es geht an dieser Stelle um die Interessen der Bundesländer.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dann bringen Sie sich doch mehr ein!)

Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam die Frage beantworten: Where is the beef? Wo liegt der Mehrwert? Die norddeutschen Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben – deshalb sind die, was diese Frage angeht, auch ganz schön still – ein Interesse am weiteren Ausbau der Windenergie. Da haben wir die ostdeutschen Länder; die haben ein weiteres Interesse am Ausbau der Photovoltaik. Da haben wir Bayern und Baden-Württemberg, die weiterhin kräftig in Richtung Atomkraft marschieren. Und wir in Nordrhein-Westfalen müssen doch unsere Interessen formulieren:

(Beifall von den GRÜNEN)

aus dem Maschinenbau, aus dem Anlagenbau, aus der Sicht der Kommunen, aus der Sicht der Gebäudewirtschaft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da erwarte ich, dass Sie unsere Interessen entsprechend vertreten.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Aber bringen sie die doch mal ein!)

Also, es geht am Ende des Tages auch um die Frage der rechtlichen Absicherung des Föderalismus. Es kann nicht angehen, dass die Bundesregierung die Bundesländer außen vor hält.

Wir haben deshalb mit anderen Landesregierungen gemeinsam – das ist die Mehrheit im Bundesrat – die Initiative ergriffen, und wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, zu verhindern,

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben zusammen weniger als wir!)

dass die Rechte der Bundesländer – ich erwarte Sie zu der Frage an unserer Seite – eingeschränkt werden. Um diesen Weg der Bundesregierung zu verhindern, werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten bis hin zum Verfassungsgericht ausschöpfen. Ich glaube, am Ende des Tages können wir festhalten, dass man sieht, von was so was kommt.

Die Landtagswahl in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen war der Anfang vom Ende von Schwarz-Gelb in Berlin. Aber das kann man auch mit der Debatte um die Atomzukunft zusammenbringen.

(Zurufe von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP] und Dietmar Brockes [FDP])

Seitdem ist klar, dass die Bundesregierung im Bundesrat in dieser zentralen Frage für die Entwicklung unserer industrie politischen Zukunft keine Mehrheit hat. An dieser Frage werden sich auch in Zukunft Mehrheit und Minderheit in diesem Land zu messen haben. Darum werden wir streiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Ich möchte die Fraktionen darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:42 Minuten überschritten hat. Werden die Fraktionen noch das Wort wünschen? – Das ist nicht der Fall. Dann **schließen** ich hiermit die Debatte um die Beratung der beiden vorliegenden Anträge und gleichzeitig die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/129**. Die antragstellende Fraktion hat um direkte Abstimmung gebeten, die wir jetzt durchführen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei Zustimmung durch die Fraktion Die Linke, Ablehnung durch die Fraktionen von CDU und FDP und Stimmenthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/142**. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, hier empfiehlt Ihnen der Ältestenrat die **Überweisung** des entsprechenden Antrags **einschließlich** des vorliegenden **Entschließungsantrags** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 15/193** federführend an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** und mitberatend an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann haben wir in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen und verlassen den Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

3 Modernisierung des Kraftwerksparks fortsetzen, Bau des Kraftwerks Datteln IV vollenden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/69

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/173

In Verbindung mit:

Datteln 4 muss weitergebaut werden – Das modernste Kohlekraftwerk der Welt darf nicht grüner Industriefeindlichkeit zum Opfer fallen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/101

Ich eröffne die Beratung zu den beiden Anträgen. Als Erstem erteile ich für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Tun, was man sagt, und sagen, was man tut: So hat Frau Kraft vorgestern Johannes Rau zitiert. Das klingt einfach. Wenn man aber herausfinden will, was die Minderheitsregierung in Sachen Datteln 4 tun will, wird es schwierig.

Also schauen wir erst einmal, was gesagt wird. Der Koalitionsvertrag stellt die großartig überflüssige Binsenweisheit in den Raum: Die Landesregierung selbst baut keine Kraftwerke und reißt auch keine begonnenen Projekte ab. Es muss spät und die Verhandler müssen ziemlich – sagen wir – müde gewesen sein, als dieser Satz entstanden ist.

Diese Kompromissformel scheint „weiße Salbe“ für traditionelle SPD-Anhänger zu sein, die noch an die Industriefreundlichkeit ihrer eigenen Partei geglaubt haben. Der Satz legt den Schluss nahe, dass die Politik mit dem Wohl und Wehe des 800-Millionen-€-Projekts in Datteln nichts mehr zu tun hat. Das ist evident falsch.

Gerade aufgrund der schwierigen planungsrechtlichen Situation ist dieser Satz nicht die Wahrheit. Gerade weil das Verfassungsgericht Mängel gerügt hat, liegt für die Heilung dieser Mängel der Ball wieder bei der Politik. So zu tun, als hätte die Politik mit dem Kraftwerk nichts mehr zu tun, ist also falsch.

Der Satz ist aus einem zweiten Grund unwahr, nämlich weil er suggeriert, dass die Politik in dieser Sache nichts tut. Auch das ist falsch. Wenn sie nichts tun würde, hätten Sie den von der Vorgängerregierung auf den Weg gebrachten Entwurf des Landesentwicklungsplans ja laufen lassen. Aber Herr Minister Remmel hat für die für Planungssachen ja neuerdings eigentlich zuständige Ministerpräsidentin angekündigt, ihn zurückzunehmen. Der Formelkompromiss des Koalitionsvertrages hat also nicht einmal die ersten hundert Tage überdauert und ist als doppelte Unwahrheit entlarvt.

Anders ist auch Herr Priggen am gestrigen Tag nicht zu verstehen gewesen. Herr Priggen hat in aller Seelenruhe die Abrissbirne geschwenkt und wortreich begründet, warum Datteln 4 nicht sein darf. Jetzt scheint man – so ist zu hören – E.ON darauf zu verweisen, das LANUV, die nachgelagerte Behörde von Herrn Remmel, werde jetzt die Abstände begutachten. Da allein ist schon Skepsis geboten. Wenn man dann noch weiß, dass Herr Priggen gestern ausführlich begründet hat, warum aus Sicht der Grünen der Abstand nie und nimmer reicht, dann kann man die sprichwörtliche Nachtigall schon trapsen hören. Damit folgt Herr Priggen dem grünen Landesvorsitzenden Lehmann, der schon Anfang August das Aus von Datteln 4 in der Presse gefeiert hat. In den „Westfälischen Nachrichten“ vom 6. August lautet die Überschrift: „Koalitionskrach um Datteln“. Wir erinnern uns: Am 6. August war die Tinte unter dem Koalitionsvertrag gerade einmal 25 Tage trocken.

Aber offensichtlich hat die SPD die falschen Lehren aus den Streitereien um Garzweiler gezogen, oder vielleicht gibt es auch keine Industriepolitiker vom Schlag Wolfgang Clement mehr. Jedenfalls lässt sich die SPD offensichtlich kampflos von den Grünen deren Willen aufzwingen.

Heute scheint klar zu sein: Diese Regierung will Datteln 4 nicht, aber keiner will es gewesen sein. Tun, was man sagt, und sagen, was man tut – das ist in dieser Sache Fehlanzeige.

Kalkar war das Symbol der AKW-Bewegung in Nordrhein-Westfalen. Datteln soll offensichtlich das Monument der Antikohlepolitik der aktuellen Landesregierung werden.

Nach mir kommen ja noch viele Redner, die mir vielleicht ein paar Fragen beantworten können. Ich stelle mir die Frage: Was haben die Grünen eigentlich gegen dieses Kraftwerk? Eine trickreiche Begründung, es abzulehnen – das haben wir ausführlich gehört. Aber was haben Sie eigentlich in der Sache dagegen? Ein Viertel der Züge der Deutschen Bahn wird mit dem Strom aus Datteln betrieben. Das muss den Grünen doch eigentlich gefallen. Nun gut, zwar sind sie mittlerweile auch gegen Bahnhöfe, aber eigentlich halte ich die Grünen immer noch für eine bahnfreundliche Partei. 100.000 Haushalte und Unternehmen bekommen Wärme aus der Kraft-Wärme-Kopplung. Auch das ist eigentlich im Sinne grüner Energiepolitik. Das entscheidende Argument lautet: Jeder Monat Zeitverzögerung bringt 100.000 t CO₂ zusätzlich. Das kann ernsthaft nicht in Ihrem Sinne sein.

Es liegt also der Verdacht nahe: Es geht den Grünen um Symbolpolitik, um Lebenslügen grüner Energiepolitik. Dabei weiß doch jeder: In Wahrheit brauchen wir noch einige Jahre Energiemix, in dem eben neben Atom – wir haben eben darüber gesprochen – auch Kohle ihren Platz hat, bis die Voraussetzungen – Herr Remmel hat diese eben

definiert – für eine weitestgehende Versorgung mit regenerativen Energien geschaffen sind.

Auf das Verhalten der Grünen vor Ort, wenn es um Leitungsbau geht, will ich jetzt gar nicht näher eingehen.

Es ist Ihre Aufgabe, Herr Remmel. Sie sollten anfangen, Ihrer Klientel das zu erzählen und sich auch ein Stück ehrlich zu machen. Sonst passiert Ihnen mit dieser Lebenslüge das Gleiche, was der SPD gerade mit Herrn Sarrazin passiert.

Wenn Datteln 4 nicht kommt, nehmen die Umwelt, die Industrie und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nachhaltig Schaden: weil es eben nicht, wie Sie, Herr Priggen, es gestern gesagt haben, eines neben vielen ansonsten problemlos laufenden Projekten ist, sondern weil Datteln 4 mittlerweile ein Symbol ist. Und dafür haben Sie selber gesorgt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb sollte gerade die SPD in der Regierung endlich anfangen, für Datteln 4 zu kämpfen. Wir lassen uns dazu gerne von Ihnen einladen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Als nächster Redner hat für die ebenfalls antragstellende FDP Herr Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man in den Koalitionsvertrag schaut oder auch der Ministerpräsidentin am Mittwoch zugehört hat – es fiel nicht leicht –, so wird deutlich, dass man beim Thema „Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen“ Angst haben muss, Angst um den Standort.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das geht nicht nur uns als Liberalen so, nein, Herr Kollege von der SPD, das geht auch der IG BCE so. Deshalb möchte ich zu Beginn eine Pressemeldung des Vorsitzenden Michael Vassiliadis zitieren. Dort steht:

„Nach Einschätzung des IG-BCE-Vorsitzenden betont der Koalitionsvertrag an vielen Stellen einseitig ökologische Aspekte und vernachlässigt ökonomische und soziale Fragen.“

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

„So bleibe offen, wie die sichere und bezahlbare Versorgung insbesondere der energieintensiven Industrie mit Energie gewährleistet werden soll.“

Das passt im Übrigen sehr gut zu dem Tagesordnungspunkt zuvor.

Er wird zitiert:

„NRW ist Standort von zwei großen Aluminiumhütten und energieintensiver Chemie-, Glas- und Papierproduktion.“

Weiter steht dort:

„Vassiliadis fordert die Koalitionsparteien auf, sich für die Akzeptanz industrieller Produktion in Nordrhein-Westfalen einzusetzen.“

Zitat:

„Noch offene oder laufende Großprojekte wie zum Beispiel das Kraftwerk Datteln und die Bayer-CO-Pipeline müssen zügig positiv entschieden werden.“

Das schreibt die IG BCE Ihnen, Herr Römer, ins Stammbuch.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Und das ist Ihre Gewerkschaft, Herr Römer. Denen wird angst und bange, weil die Grünen dem Industrieland den Kampf angesagt haben und die SPD, die unter Steinbrück und Clement noch dagegenhalten hat, dem nun unter Ministerpräsidentin Kraft nichts mehr entgegensezten. Die CO-Pipeline versucht Minister Remmel nun mit seiner grünen Regierungspräsidentin auf dem Verfahrensweg platt zu machen. Und Datteln? Datteln hat der Minister schon für tot erklärt.

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentin spricht in blumigen Worten von der ökologisch-industriellen Revolution und verliert in fast zwei zähen Stunden Regierungserklärung kein einziges Wort mehr über das modernste, umweltfreundlichste Kohlekraftwerk der Welt: das in Datteln.

(Beifall von der FDP)

Das tut Frau Kraft im Übrigen nicht erst seit Mittwoch, sondern bereits seit dem Wahltag nicht mehr. Seit dem 9. Mai 2010 hat sie das Wort „Datteln“ öffentlich nicht mehr geäußert. Anscheinend hat sie es aus ihrem Wortschatz gestrichen.

Meine Damen und Herren, umso mehr reden die Grünen ganz offen über ihre Ziele. Sie haben dieses Kraftwerk längst zum Abschuss freigegeben. Durch Minister Remmel und ihren Parteivorsitzenden Lehmann haben sie mehrfach verkünden lassen, dass das Kraftwerk Datteln ihrer Ansicht nach keine Zukunft hat.

Diese Aussage ist im Übrigen vonseiten der SPD unwidersprochen. Stattdessen versucht man – wie auch hier mit dem vorgelegten Entschließungsantrag der Minderheitskoalition –, die Verantwortung auf die Vorgängerregierung abzuschieben, obwohl Sie genau wissen, dass dieser Gerichtsentscheid unerwartet kam und völlig neu war.

Herr Kollege Römer, es wird Ihnen nichts nützen, die Verantwortung wegzudrücken; denn Sie sind

es, die die gesetzliche Grundlage jetzt so verändern, dass dieses Kraftwerk am Ende scheitern wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Sie stehen jetzt in der Verantwortung. Sie sind verantwortlich, falls Datteln scheitert und das Image des Investitionsstandortes Nordrhein-Westfalen deutlich beschädigt wird.

Natürlich ist es richtig, dass ein politisches Bekenntnis keine Rechtsgrundlagen ersetzt. Aber die Investoren und vor allen Dingen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land müssen doch wissen, was diese Landesregierung will. Sie lehnen sich zurück und sagen, die Landesregierung bauke keine Kraftwerke. Das stimmt zwar. Aber wenn eine Landesregierung aufhört, politische Unterstützung für Arbeitsplätze zu geben, dann suchen sich Investoren andere Orte, an denen die Unterstützung noch gegeben ist. Aufgrund der Rücknahme des LEP und der Wiedereinführung des § 26 LEPro wird es die Verantwortung dieser Landesregierung sein, wenn am Ende in Datteln eine Investitionsruine im Wert von 800 Millionen € stehen bleiben sollte.

Was die Landesregierung hier verhindert hat, ist 1:1 aus dem Grünen-Wahlprogramm entnommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Leider! Das ist schlimm!)

Dazu darf man den Grünen wirklich gratulieren, Herr Kollege Priggen. Sie setzen Ihre Ziele durch. Die SPD macht dieses Spiel auch noch mit und merkt gar nicht, wie überflüssig sie damit wird.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Sie hat ihren Industrieflügel und ihren Arbeitnehmerflügel völlig vernachlässigt und aufgegeben.

(Beifall von der FDP und von Bernhard Schemmer [CDU])

Meine Damen und Herren, deshalb appelliere ich an dieser Stelle an die Kollegen der SPD: Kommen Sie zum industriepolitischen Konsens in Nordrhein-Westfalen zurück! Nehmen Sie unseren Antrag als Einladung an, damit wir heute ein klares Signal für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen setzen können! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Herter.

Marc Herter* (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wüst und Herr Brockes, es ist zwar interessant, Ihre wortreichen Ablenkungsmanöver anzuhören. Gestern und vorgestern ist hier aber schon öfter etwas über Eigen-

tore gesagt worden. Sie setzen sich kritisch mit dem auseinander, was die neue Landesregierung vorhat

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, ich habe Ihnen doch auch zugehört –, vergessen dabei aber, dass es im Wesentlichen Verfälschungen der alten Landesregierung sind,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein!)

die zu den Situationen geführt haben, in denen wir uns befinden. Grund ist damit auch nicht die Äußerung von Herrn Minister Remmel, wie in Ihrem Antrag behauptet, sondern Ihr katastrophales Versagen im Genehmigungsverfahren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir müssen uns heute nur aus einem einzigen Grund wieder damit beschäftigen. Dieser Grund ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 3. September 2009.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– September 2009, Herr Palmen! Es geht also um den Regierungsmurks der alten Landesregierung von CDU und FDP. Nur deshalb droht in Datteln eine Investitionsruine.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vielelleicht sollten Sie zur Kenntnis nehmen, was das Gericht Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat:

Erstens. Der B-Plan der Stadt Datteln mit der Nr. 105 ist deshalb nichtig, weil es nicht stimmt, was Sie als Landesregierung festgestellt haben: dass die entsprechende Planung mit der Landesplanung übereinstimmt. Das haben Sie aber der Stadt Datteln so mitgeteilt.

Zweitens hat das Gericht das Abstandsgebot von 1,5 km zwischen Kraftwerk und Wohnbebauung thematisiert. Auch hier gilt: Im Juni 2006 hat Ihre alte Landesregierung die immissionsschutzrechtliche Unbedenklichkeit bestätigt.

Damit hat das Gericht die beiden wesentlichen Punkte – meines Erachtens richtig und nachvollziehbar – benannt. In Ihrem Regierungsversagen liegt also der Grund dafür, dass das Kraftwerk Datteln jetzt als halbe Investitionsruine in der Landschaft steht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Herter, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wüst zulassen?

Marc Herter* (SPD): Ehrlich gesagt, möchte ich das nicht tun, weil ich hier im Zusammenhang erörtern will

(Zurufe von der CDU: Oh! – Manfred Palmen [CDU]: Was für ein Zufall!)

– ja, es ist so –,

(Manfred Palmen [CDU]: Sie wissen gar nicht, worum es geht! – Weitere Zurufe von der CDU)

wie wir Ihren Fehler heilen wollen, Herr Wüst. Das tun wir jedenfalls nicht dadurch, dass wir eine Lex E.ON erlassen und damit die Akzeptanz von entsprechenden Planungsverfahren in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich infrage stellen. So werden wir Ihre Fehler nicht heilen; denn so sind Ihre Fehler nicht zu heilen, Herr Wüst.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann hat gestern in Erwiderung auf Frau Kraft sinngemäß gesagt – das ist durchaus interessant –: Es geht um das politische Durchsetzen des E.ON-Kraftwerks Datteln; schieben Sie die Verantwortung nicht auf die Gerichte. – Genau diese Haltung hat das E.ON-Kraftwerk Datteln vor die Gerichte geführt. Genau diese Haltung hat die Nichtigkeitserklärung durch das Oberverwaltungsgericht ausgelöst, weil Sie nach dem Motto vorgegangen sind: Was nicht passt, wird passend gemacht – und das auch noch so dilettantisch, dass es kaum auszuhalten war.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Investitionssicherheit fußt, meine sehr verehrten Damen und Herren – Herr Palmen, Sie als Jurist wissen das ganz sicher –, auf rechtssicheren Genehmigungen und nicht auf politischen Lippenbekennissen, wie Sie sie heute hier im Landtag verlangen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP – ich befasse mich ja mit Ihnen, Sie müssen nicht dazwischenbrüllen –, hält das OVG-Urteil noch eine andere Botschaft bereit: Politischer Durchsetzungswille steht eben nicht über Recht und Gesetz. Politischer Durchsetzungswille äußert sich darin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Projekte mit gerichtsfesten Genehmigungsverfahren zu begleiten. Genau das ist der Stadt Datteln zugesagt und auch im Koalitionsvertrag sowie im Entschließungsantrag der beiden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen festgehalten worden.

Aber darum geht es Ihnen in Wahrheit gar nicht. Nachdem Sie E.ON selbst in die Lage gebracht haben, in der E.ON jetzt ist, wollen Sie nicht nur diese Situation der neuen Landesregierung in die Schuhe schieben, nein, Sie besitzen auch noch die Frechheit, den Popanz einer angeblichen Industriefeindlichkeit aufzubauen. Sie haben das industriepolitische Klima in diesem Land versaut: indem

das Genehmigungsverfahren nicht ordentlich durchgeführt worden ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt, Herr Palmen, ist das Ganze ein Spiel mit dem Feuer,

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

mit den Zukunftschancen des Industriestandorts NRW, bei dem es nur Verlierer geben kann, vor allem unter denjenigen, die Arbeitsplätze in NRW schaffen sollen.

Merken Sie eigentlich nicht, dass gerade die Monstranz, die Sie mit der Durchsetzungsfähigkeit vor sich hertragen, die Akzeptanz in diesem Land für große industriepolitische Vorhaben kaputt macht, dass man sich fragt, ob es sich um Deals mit der Industrie handelt und ob Gesetze nach Unternehmensinteressen gemacht werden? Das alles zerstört die Glaubwürdigkeit und auch das Vertrauen in solche Verfahren. Dies gilt für den Atomdeal, das gilt für Stuttgart 21, das gilt eben auch für Datteln.

Ja, Politik hat Interessen zu berücksichtigen: die von E.ON und deren Beschäftigten – aber auch die von Erwin Meier aus Datteln. Das Gemeinwohl ist abzuwägen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für den formalen Planungsprozess heißt das: Die behördliche Abwägung muss gerichtsfest sein. Zumindest da könnten Sie mit einem kurzen Blick ins Urteil feststellen, dass Ihnen nicht vorgeworfen wurde, die Abwägung könnte ein bisschen schiefgegangen sein, sondern dass festgestellt wurde, dass Sie an dieser Stelle überhaupt keine Abwägung vorgenommen haben. Laut Oberverwaltungsgericht sind Sie einfach nur den Argumenten von E.ON gefolgt, alles andere hat keine Rolle gespielt. Deshalb ist E.ON jetzt in einer derartigen Situation.

Investitionssicherheit ist dadurch gegeben, dass wir gerichtsfeste Verfahren finden und diese dann auch durchhalten. Projekte – auch das E.ON-Projekt – werden im laufenden Verfahren nicht schlechter gestellt, aber der Vertrauensschutz für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wenig. Wir verschaffen uns weder wie Sie hinter Lippenbekennissen noch hinter einer Lex E.ON. Wir verstehen Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen so: Wir bringen verlässliche Rahmenbedingungen auf den Weg und geben sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Investoren Gewissheit, dass die Verfahren rechtssicher abgeschlossen werden können. Das ist der Unterschied zwischen der neuen und der alten Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Als Nächster erteile ich Frau Kollegin Brems für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wüst und Herr Brockes, mein Eindruck von Ihnen verfestigt sich leider.

(Ralf Witzel [FDP] und Dietmar Brockes [FDP]: Oh!)

Sie leiden unter Wahrnehmungsverzerrungen. Sie wollen, dass der Landtag Fehler Ihrer alten, abgewählten Landesregierung ausbügelt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein!)

Sie wollen, dass der Landtag das Rechtsverdrehen Ihrer alten Landesregierung fortführt. Nicht Rot-Grün, sondern Schwarz-Gelb hat Datteln vermurkst.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Diese Tatsache können Sie nicht uns Grünen oder unserer angeblichen Industriefeindlichkeit in die Schuhe schieben. Bei Rot-Grün gelten gleiche Regeln für alle.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Seit wann das denn?)

Für uns gilt als Handlungsmaxime nicht das Profitinteresse der Energiekonzerne,

(Manfred Palmen [CDU]: Alles kaputt machen!)

für uns stehen die Interessen von Konzernen nicht vor geltendem Recht, vor Umweltauswirkungen und auch nicht vor den Interessen von Anwohnern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Rot-Grün misst nicht mit zweierlei Maß. Bei uns gelten nicht strengere Regeln für Windräder als für Kraftwerke, was beispielsweise die Abstandsvorschriften betrifft. Wir werden nicht Recht und Gesetz verdrehen, um Einzelinteressen von Personen, Branchen oder Unternehmen gerecht zu werden.

Wir stehen vor einem Trümmerhaufen, den Sie uns hinterlassen haben. Als gute Regierungsführung kann man diesen Politikstil wahrlich nicht mehr bezeichnen.

Es ist in höchstem Grade investitionsfeindlich, wenn Sie Gesetze und Ziele der Landespolitik entgegen den Interessen vieler für die Interessen weniger biegen und zusammenschustern, und das auch noch im Nachhinein. Ein verlässlicher Rahmen für wirtschaftliche Unternehmungen sieht anders aus.

CDU und FDP saßen und sitzen energiepolitisch immer noch einem Irrglauben nach dem anderen auf: Es ist ein Irrglaube, zu denken, dass Rot-Grün Gerichtsentscheidungen vorschiebt, um sich vor Entscheidungen im Fall Datteln zu drücken. Dies liegt bei den Gerichten, weil Sie es so weit haben kommen lassen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Brems, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche: Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Papke zulassen?

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Nein.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Es ist ein Irrglaube von Schwarz-Gelb, dass Ihr sogenanntes Kraftwerkserneuerungsprogramm automatisch zur Verminderung von CO₂-Emissionen führt. Allein durch die Inbetriebnahme von Datteln wird nicht weniger CO₂ emittiert. Die Reduzierung der Emissionen gibt es nur dann, wenn endlich alte Dreckschleudern abgeschaltet werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist ja das Ziel dabei! Darum geht es doch gerade!)

Es ist ein Irrglaube, dass Arbeitsplätze nur durch rechtswidrige Großbaustellen gesichert werden.

(Manfred Palmen [CDU]: Das ist doch alles Unsinn!)

Arbeitsplätze werden in großem Stil auf Dauer gesichert, wenn nachhaltig in energetische Gebäudesanierung, Kraft-Wärme-Kopplung und saubere Energieerzeugung auf regionaler Ebene investiert wird.

(Beifall von den GRÜNEN sowie vereinzelt von der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Sie haben in Datteln den Karren in den Dreck gefahren. Und wir ziehen ihn nicht für Sie heraus.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Manfred Palmen [CDU]: Dazu haben Sie sowieso nicht die Kraft!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Als Nächster für die Fraktion Die Linke Herr Zimmermann.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das ist ein Irrtum!)

– Haben Sie noch mal getauscht? Entschuldigen Sie bitte. – Dann Herr Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge von CDU und FDP gleichen sich wie ein Kohlendioxidmolekül dem anderen.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Beide wollen den Bau des Kohlekraftwerks Datteln fortgesetzt und vollendet wissen. Beide nennen dieselben Argumente. Es hätte die Umwelt ein wenig entlastet, meine Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wenn Sie sich wenigstens die Mühe

gemacht hätten, aus diesen an sich schon wenig umweltfreundlichen Papieren wenigstens ein einziges zu machen.

Worum geht es? Hatte das OVG Münster nicht etwa gute Gründe, die Baugenehmigung im September 2009 aufzuheben? Es hatte gute Gründe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Betreiber hatten gegen eine Reihe von Gesetzen und Regelungen verstoßen. Im Mittelpunkt stand für das Oberverwaltungsgericht Münster dabei der Klimaschutz.

Immerhin war es damals Landesrecht, dass beim Neubau von Kraftwerken eine positive CO₂-Bilanz herauskommen musste: dass also danach weniger CO₂ in die Atmosphäre gelangte als vorher. Doch in Datteln sollte nur ein viel kleineres Kraftwerk abgeschaltet werden. Der CO₂-Ausstoß hätte sich daher mit Inbetriebnahme des neuen Kraftwerks erhöht.

Der Betreiber, der Stromriesen E.ON, hatte bereits fast 1 Milliarde € für das neue Steinkohlekraftwerk ausgegeben und tat alles, um das Urteil zu kippen und sich dabei – entschuldigen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP – auf die politischen Erfüllungsgehilfen der Großkonzerne zu stützen.

(Ralf Witzel [FDP]: Bitte?)

Nach dem Motto „Wenn das Kraftwerk gegen das Gesetz verstößt, dann ändern wir eben die Gesetze“ strich die schwarz-gelbe Mehrheit des Landtages in der vergangenen Legislaturperiode kurzerhand den Klimaschutzparagrafen aus dem Gesetz zur Landesentwicklung – im Interesse der Profite der Energieriesen. In wessen Interesse denn sonst, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall von der LINKEN)

Was die Fraktionen von CDU und FDP hier vortragen, läuft auf drei Argumente hinaus. Gehen wir sie durch.

Erstens sprechen Sie von Arbeitsplätzen, meine Damen und Herren. Damit kann man jede Produktion rechtfertigen – egal wie unwichtig, schädlich oder gar zerstörerisch sie ist.

Zweitens beklagen Sie die Gelder, die bei Aufrechterhaltung des Baustopps buchstäblich in den Sand gesetzt wurden. Das kommt davon, wenn man auf Technologien von vorgestern setzt. Das fällt auf die Betreiber und auf diejenigen zurück, die deren Interesse verfechten. Sie müssen einsehen, dass eine gewisse krasse Unvernunft und Unverantwortlichkeit heute nicht mehr so leicht politisch durchsetzbar ist.

Beim nächsten Argument haben Sie vermutlich selber gelächelt oder wenigstens innerlich geschmunzelt, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Sie befürworten allen Ernstes die Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Steinkohle-

kraftwerks in Datteln im Namen des Klimaschutzes. Dabei müssten Sie doch wissen, dass die Verbrennung von Kohle die Art der Energieproduktion ist, bei der am meisten CO₂ in die Atmosphäre gelangt. Sie argumentieren mit den modernsten Verfahren, die jedoch nur eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um etwa 20 % bringen. Damit ist auch bei den neuesten Kohlekraftwerken der Ausstoß deutlich höher als etwa bei Erdgaskraftwerken. Und da sprechen Sie von einem Beitrag zum Klimaschutz? Für Sie ist wohl gar die Braunkohleförderung ein Beitrag zum Klimaschutz.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Anträge von CDU und FDP müssen aus ökologischer Verantwortung abgelehnt werden, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben aber einen Entschließungsantrag eingebracht. Ich möchte Ihnen erklären, warum.

SPD und Grüne begnügen sich damit, sich auf die Gerichtsurteile zu berufen, und sagen voraus, dass das Steinkohlekraftwerk Datteln 4 nicht zu Ende gebaut wird. Das genügt aber nicht, werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien. Wir brauchen einen klaren Beschluss dieses Parlaments, dass die Nichtfertigstellung dieses Kraftwerks unserem politischen Willen als Abgeordnete der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen entspricht. Wir wollen, dass die Landesregierung entsprechend handelt und sich vor der Öffentlichkeit entsprechend äußert.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Aggelidis, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche: Möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schneckenburger zulassen?

Michael Aggelidis (LINKE): Aber sicher.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Aggelidis, ich nehme Ihren bewundernswerten klimapolitischen Einsatz zur Kenntnis. Mir ist allerdings unklar, wie Sie als Fraktion Die Linke Ihre klimapolitischen Positionen mit dem Eintreten für einen Steinkohlesockel und eine weitere Verstromung von Steinkohle verbinden.

Michael Aggelidis (LINKE): Aber Frau Kollegin, der springende Punkt ist doch der Ausstieg aus der Kohleverstromung und nicht der Steinkohlebergbau. Es gibt ja noch viele andere Möglichkeiten, zum Beispiel die Petrochemie. Das ist jetzt wirklich ein völlig falscher Pfad, den Sie da einschlagen.

Die durch den unrechtmäßigen Bau des nicht zukunftsgerechten Kohlekraftwerks entstandenen Schäden und Kosten müssen von den Betreibern getragen werden – nicht von der öffentlichen Hand.

Wir wollen darüber hinaus die politische Festlegung darauf, dass in NRW keine weiteren Kohlekraftwerke mehr gebaut werden, denn ein solcher Bau würde dem Klimaziel einer massiven Reduktion der Kohlendioxidemissionen widersprechen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch daran erinnern, meine Damen und Herren, dass E.ON in Datteln trotz des Verbots durch das OVG Münster monatelang munter weitergebaut hat. Angeblich handelte es sich um Wintersicherungsarbeiten – mit denen 1.500 Arbeiterinnen und Arbeitern beschäftigt waren.

Auch heute gibt sich E.ON nicht geschlagen und will Weiterbau und Fertigstellung mittels eines neuen Bebauungsplans doch noch erzwingen. Ich glaube nicht, dass das durchkommt.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, in dieser Sache spucken Sie gegen den Wind. Unterlassen Sie dies doch bitte – wenn nicht aus ökologischer Verantwortung, dann wenigstens aus Selbstachtung. Darum appelliere ich an Ihre politische Urteilskraft: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück! Meinen guten Rat zu befolgen bedeutet für Sie eine politische Blamage weniger. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einige Worte zum Energiestandort Nordrhein-Westfalen sagen, bevor ich dann auf Datteln 4 zu sprechen komme. Ich denke, es sind so viele Vorwürfe im Raum, dass das noch einmal grundsätzlich deutlich gemacht werden sollte.

Fakt ist: In Nordrhein-Westfalen wird heute etwa ein Drittel des in Deutschland verbrauchten Stroms erzeugt. Steinkohle und heimische Braunkohle machen derzeit insgesamt 70 % der Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen aus. Wir werden diese fossilen Energieträger sicherlich noch einige Zeit brauchen.

Aber ich sage auch ganz deutlich: Stromerzeugung aus Kohle ist nur in hocheffizienten, modernsten Kraftwerken sinnvoll.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Gerade der Neubau von konventionellen Kohlekraftwerken mit hohen Wirkungsgraden ergänzt die

ebenso notwendige deutliche Steigerung der Energieeffizienz auf der Verbrauchsseite und den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Gänzlich kohlendioxidfreie Kohlekraftwerke wird es auf mittlere Sicht sicher nicht geben. Aber die Steigerung des Wirkungsgrades neuer Kraftwerke reduziert die klimaschädlichen Emissionen fossiler Stromerzeugung ganz deutlich.

(Dietmar Brockes [FDP]: Hört, hört!)

Dies gilt insbesondere dann, wenn mehr als betagte Altanlagen zügig vom Netz gehen.

Natürlich muss die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erheblich forciert werden. Ich denke, diesem Klimaschutzziel sind wir alle verpflichtet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Auch einverstanden!)

Darauf setzen wir letztlich alle. Regenerative Stromerzeugung und Strom aus Kohle sind aber in der jetzigen Situation kein Widerspruch, sondern ergänzen sich vielmehr, vor allem wenn man die Kernenergie auslaufen lassen möchte. – Das ist nur eine grundsätzliche Position, damit keine Legenden entstehen, ich oder die Landesregierung hätten grundsätzlich etwas gegen Kohlekraftwerke.

Nun konkret zum Kraftwerk Datteln 4. Ich möchte es noch einmal chronologisch darstellen, damit man es nachvollziehen kann. Im Januar 2007 hat die Stadt Datteln einen Bebauungsplan beschlossen, der den Bau eines Steinkohlekraftwerkes mit 1.065 Megawatt neben dem bestehenden Kraftwerk der Firma E.ON mit rund 300 Megawatt ermöglichen sollte. Für das bestehende Kraftwerk hat die Firma E.ON eine Verzichtserklärung zum Jahr 2013 abgegeben. Dann sollte das alte Kraftwerk vom Netz gehen.

Auf Basis des Bebauungsplans der Stadt Datteln hat die Bezirksregierung Münster von Januar 2007 bis Oktober 2008 einen immissionsschutzrechtlichen Vorbescheid und insgesamt fünf immissionschutzrechtliche Teilgenehmigungen erteilt. Auf die Klage eines benachbarten Landwirts hin hat das OVG Münster mit Urteil vom 3. September 2009 den Bebauungsplan aufgehoben. Die Beschwerde der Stadt Datteln und der beigeladenen Firma E.ON gegen die Nichtzulassung der Revision hat das Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen. Damit ist das Urteil des OVG rechtskräftig.

Nach dem Urteil des OVG hat die Bezirksregierung Münster keine neuen Teilgenehmigungen mehr erteilt. Ein Teil der erteilten Genehmigungen befindet sich zurzeit im Klageverfahren vor dem noch erstinstanzlich zuständigen OVG. Kläger sind, wie Sie wissen, der benachbarte Landwirt sowie der BUND.

Der in Ausführung der erteilten Genehmigung durchgeführte Kraftwerksneubau befindet sich – das

möchte ich beschreiben – in einem sehr fortgeschrittenen Stadium. Nach unterschiedlichen Angaben sind bereits ca. 600 Millionen bis 1 Milliarde € verbaut worden. In einem Verfahren vor dem OVG Münster hat sich die Firma E.ON aber im Februar 2007 zur Abwendung eines gerichtlichen Baustopps zu einem vollständigen Rückbau des Kraftwerks und Kompensationsmaßnahmen verpflichtet, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen wegfallen sollten.

Das Urteil des OVG Münster stellt fest, dass der Bebauungsplan aus zahlreichen Gründen rechtswidrig ist. Nach dem Urteil entspricht der Bebauungsplan unter anderem nicht den Vorgaben des Landesplanungsrechts in Bezug auf die dort ausgewiesenen Standorte für Kraftwerke, die anzustrebende CO₂-Minderung und den Vorrang einheimischer Energieträger. Weiterhin wurden bei der Standortfestlegung für das Kraftwerk die bundes- und europarechtlichen Anforderungen an eine räumliche Trennung der industriellen Nutzung von einer benachbarten Wohnnutzung und anderen schützenswerten Nutzungen vernachlässigt und offensichtlich verkannt.

Meine Damen und Herren, was macht man nun in einer solchen Situation? Ich denke, angesichts der komplexen Problematik und der vorliegenden Gerichtsentscheidungen ist es mehr als sachgerecht, den Ausgang der anhängigen Gerichtsverfahren sowie des RVR-Planungsverfahrens und der Bau- und Leitplanung der Stadt Datteln auf der Basis gelten den Rechts abzuwarten. Einseitige Rechtsänderungen zugunsten des Vorhabens sind nicht geboten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann machen Sie es kaputt!)

– Warten Sie doch einmal ab! – Ich würde es begrüßen, wenn es uns gelingen würde, planungsrechtliche Defizite, die übrigens nicht von dieser Landesregierung verschuldet sind, rechtssicher zu beheben.

(Beifall von der SPD)

Ich kann Ihnen zusichern, dass ich das sorgfältig und ergebnisoffen prüfen werde. Aber das Recht einem Projekt folgend zu verbiegen, kann nicht in unserem Sinne sein. Das gehört nicht zu unserer Rechtskultur, und das sollten wir auch sein lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Es spricht für die CDU-Fraktion Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Voigtsberger, Sie haben einen wichtigen Tatbestand aufgeführt, der zur Urteilssituation in Münster geführt hat: dass man

dem Vorrang heimischer Energieträger nicht ausreichend Gewicht eingeräumt hat.

Allerdings müssen wir gemeinsam feststellen, dass wir seit 2001 mehr Steinkohle importieren, als wir selbst fördern.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Also halten wir und hält auch Ihre Landesregierung dieser Prüfung nicht stand. Das hat übrigens mit dazu geführt, dass wir § 26 LEPro geändert haben.

(Thomas Eiskirch [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Eiskirch, Sie sind nach mir dran und dürfen sich dann austoben.

Ein weiterer Hinweis sei auch gestattet: Wenn Sie § 26 LEPro, wie Sie sagen, in bewährter Fassung wieder einführen wollen, gebe ich zu bedenken: Es geht um den Vorrang heimischer Energieträger bzw. darum, letztlich regenerative Energien einzusetzen. – Von den regenerativen Energien wissen wir, dass wir sie in Grundlaststärke nicht vorrätig haben, sodass dieser Faktor erst einmal in der Begründung ausfällt.

Es bleiben also heimische Energieträger. Das sind Stein- und Braunkohle. Im Koalitionsvertrag wiederum erklären Sie, die Braunkohleförderung reduzieren und neue Tagebaue überflüssig machen zu wollen. Sie wollen also mittelfristig auch aus der Braunkohle heraus. Warum führen Sie dann einen Paragrafen wieder ein, der den Vorrang genau dieses Energieträgers darstellt?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das muss man erklären: dass man einen Paragrafen einführt, der in der Realität einer ernsten Prüfung nicht standhalten kann. Diejenigen, die jetzt hier politische Verantwortung tragen, haben sich den Ausstieg aus beiden heimischen Energieträgern, Stein- und Braunkohle, zum Ziel gesetzt. Gleichzeitig wollen sie aber den Passus wieder einführen, überwiegend diese Energieträger als Bestandteil der Energieerzeugung einzusetzen. Diese geistige Kapriole kann niemand nachvollziehen.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Des Weiteren ist der Kraftwerkstandort natürlich genehmigt und auf den Weg gebracht worden. Deswegen ist es eine gemeinsame Geschichte, Herr Römer, zwischen der rot-grünen Vorgängerregierung, der damaligen schwarz-gelben Regierung und der heutigen Regierung, bei der Sie in der Verantwortung stehen. Denn die Entwicklung dieses Standortes ist älter als fünf Jahre.

Der Gebietsentwicklungsplan, der den Standort ermöglichte, trägt die Unterschriften von Herrn Horstmann, Frau Höhn und Herrn Vesper. Insofern tragen wir eine gemeinsame Verantwortung – auch

einem Unternehmen gegenüber. In diesem Punkt sehe ich mit der Linken überhaupt keine Übereinstimmung. Fakt bleibt: Die Bürger haben ebenso wie ein Unternehmen einen Anspruch auf Rechtsicherheit und Investitionssicherheit.

Wenn Dinge geschehen, die der Rechtsgeber vorher nicht einschätzen konnte oder falsch eingeschätzt hat, und wenn ein Investor nun darunter leidet, dann muss man unter Wahrung der Interessenlagen, die beispielsweise im Urteil aufgeführt werden, einen Weg suchen, um eine Lösung zu finden. Nichts anderes hat die alte Landesregierung getan,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Doch! Der Weg wäre ein ganz anderer gewesen!)

und es wäre gut, wenn die neue Landesregierung diesen Weg beschreiten würde.

Meine Damen und Herren, wenn man dann sagt: „Dieser Kühlurm befindet sich zu nah an der Wohnbebauung“, dann muss man ehrlicherweise auch sagen, dass diejenigen, die die Genehmigungsvoraussetzungen auf den Weg gebracht haben, davon ausgegangen sind, dass die Begründung eines Ersatzbaus trägt. Und dann liegt eine andere Abstandssituation vor als bei einem Neubau; das hat allerdings das Gericht festgestellt. Insofern haben wir die Festlegung auf 1.500 m jetzt über das Urteil rechtskräftig erhalten.

Gleichzeitig bleibt es trotzdem möglich, bei Anwendung des Abstandserlasses Nordrhein-Westfalen unter Würdigung von zum Beispiel emissionstechnischen Fragestellungen Mindestabstände zu unterschreiten. Insofern gibt es Wege, das Kraftwerk zu ermöglichen. Ich fordere Sie eindringlich auf, diesen Weg gemeinsam mit uns zu beschreiten. Wir sind dazu bereit.

Wer allerdings sagt, das eine sei der böse Abstand der Großindustrie, der unterschritten werde, und gleichzeitig in seinen Koalitionsvertrag hineinschreibt, dass zukünftig die Abstandssicherheit für Menschen, die in der Nähe von Windkraftanlagen wohnen, deutlich reduziert wird – damit wird auch ihr Schutzbedürfnis reduziert –, ist in seiner Argumentation unehrlich. Das gilt es an dieser Stelle noch einmal deutlich festzuhalten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, insofern gibt es weder eine gute noch eine schlechte Beurteilung ein und desselben Sachverhalts. Es kann nur die gleiche Beurteilung eines Sachverhalts geben. Dazu fordere ich Sie als neue Koalition, die hier Verantwortung trägt, eindringlich auf. Was für Windräder in diesem Land zukünftig gelten soll, muss auch denjenigen als Zugeständnis gemacht werden, die in diesem Land Kraftwerke bauen wollen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen sage ich: Lesen Sie Ihr eigenes Koalitionsprogramm. Nehmen Sie zur Kenntnis, was Sie selbst auf den Weg bringen wollen: die Reduzierung des Anteils der Steinkohle, die Reduzierung des Anteils der Braunkohle im Bereich der Stromerzeugung. Nehmen Sie bitte gleichzeitig zur Kenntnis, dass wir seit 2001 mehr Steinkohle importieren als selbst fördern.

Wie also soll der „bewährte § 26“ das sicherstellen? – Sie sind gar nicht mehr in der Lage, überwiegend heimische Steinkohle zur Energieerzeugung einzusetzen. Wieso schreiben Sie das wieder in ein Gesetz hinein? – Ich finde es absurd, wenn sich der Gesetzgeber einen Hinweis gibt, den er gar nicht einhalten kann. Dann führt man sich selbst ad absurdum, und, meine Damen und Herren, damit fördert man auch nicht die Rechtssicherheit.

Also, die Möglichkeit besteht, Datteln unter Würdigung der Hinweise des Urteils zu bauen. Ebenso besteht die Möglichkeit, Datteln unter Würdigung der Hinweise des Urteils platzzumachen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir den Industriestandort Nordrhein-Westfalen ernst nehmen wollen, dann müssen Großinvestitionen, die im guten Glauben an die Abläufe, wie sie bisher rechtskonform waren, auf den Weg gebracht worden sind, möglich sein. Dann hat derjenige, der diese Großinvestitionen auf den Weg gebracht hat, auch den Anspruch an den Gesetzgeber, dass ein Weg gefunden wird, um ihm unter Wahrung der Hinweise eines Urteils die Möglichkeit zu geben, sein Projekt zu vollenden.

Wir waren auf dem Weg. Wir sind bereit, die neue Landesregierung auf diesem Weg zu unterstützen. Wir fordern Sie aus industrie-politischem Interesse für unser Land dringend auf, diesen Weg zu gehen. Wir werden Sie dabei unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Herr Hovenjürgen. – Für die SPD spricht jetzt Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Kollege Hovenjürgen, ich möchte noch einmal ganz simpel auf zwei Punkte eingehen.

Erstens. Sie haben gerade über das Thema Abstandsflächen gesprochen. Wenn mich nicht alles täuscht, hat die alte Landesregierung mit ihren Behörden die Planung eines Neubaus auf einer Fläche begleitet, die ausgewiesenermaßen eine Erweiterungsfläche darstellte. Das Gericht hat festgestellt, dass Sie einen Neubau begleitet haben, und es legt deshalb auch die Abstände an, die für einen Neu-

bau gelten. Insofern können Sie sich doch nicht darüber beschweren, dass im Plan unmissverständlich steht, dass es eine Erweiterungsfläche ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt kommen Sie doch nicht mit der Nummer „Haltet den Dieb!“, obwohl Sie es als alte Landesregierung letztendlich selber waren. So geht es nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Zweiter Punkt. Zur Wiedereinführung von § 26 – Kollege Hovenjürgen und ich haben darüber gestern privat diskutiert – sage ich noch einmal: Wir wissen, dass das Gericht viele verschiedene Punkte festgestellt hat, weswegen das Kraftwerk in Datteln so nicht zu realisieren wäre, sodass man schauen müsste, welche Dinge man verändert. Davon betraf lediglich ein einziger Punkt den § 26: Mit was wird es denn befeuert?

Insofern kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, dass dieses Urteil für Sie der Deckmantel und nicht der Grund war, um den § 26 mit dem Vorrang der heimischen Energieträger zu streichen. Es ist wirklich pharisäerhaft, mit diesem Thema so umzugehen, Kolleginnen und Kollegen. Das muss ich so feststellen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ha, ha, ha!
Manchmal sind Sie gut, heute aber nicht!)

Ich komme zu einem ganz anderen Punkt. Ich kann Sie nur auffordern: Übernehmen Sie Verantwortung für Ihr eigenes Handeln. Sie haben diesen Prozess seit dem Urteil so gesteuert, dass sich dieses Projekt nun in einer Sackgasse befindet, aus der wir es mühsam herausführen müssen. Also, übernehmen Sie die Verantwortung für Ihr eigenes Tun! Das ist das, was man erwarten kann. Drückebergerei ist schlicht und ergreifend nicht angesagt, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will es noch einmal sagen: Sie haben ein Verfahren in einer Art und Weise begleitet, die zu diesem Gerichtsurteil führte. Nach Recht und Gesetz ist doch wohl die Mindestanforderung, dass sich sowohl der Investor als auch diejenigen, die sich von einem Investment persönlich betroffen fühlen, auf eine Rechtslage verlassen können. Dann muss gegeneinander abgewogen werden. Das Gericht hat festgestellt, dass die Art und Weise, wie dieser Prozess von öffentlichen Stellen begleitet wurde, zu einem Abwägungsausfall – ich betone: Abwägungsausfall – geführt hat.

Ihre Reaktion darauf ist aber nicht, zum Beispiel den Weg eines Zielabweichungsverfahrens zu gehen. Das haben wir mehrfach angeboten; wir haben doch Wege angeboten, die man beschreiten kann. Sie haben sich darauf zurückbesonnen, das, was wir gerade festgestellt haben, dass sich auch Betroffene verlassen können müssen, nicht einzuhal-

ten, sondern zu sagen: Dann wird die Rechtsgrundlage geändert.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Bei dem, was Kollege Laumann gestern gesagt hat, kam für mich als Credo rüber: Politischer Wille muss zur Not auch Recht und Gesetz brechen und Recht und Gesetz ersetzen. – Das kann nicht Wille und Ausdruck eines Landesparlamentes sein, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das geht schlicht und ergreifend nicht.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch einmal appellieren. Ich glaube, das, was im Moment passiert, ist ein Stück Versündigung am Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie es ernst meinen und immer wieder sagen, Datteln sei das Synonym dafür, ob dieses Land industrieindlich oder industriefreundlich ist, und wir gemeinsam wissen, dass in der Wirtschaft – das ist ein altbekannter Satz – 50 % Psychologie sind, und Kollege Brockes gerade deutlich gemacht hat, er habe in dieser Debatte Angst um den Standort, dann kann ich nur sagen: Lassen Sie uns gemeinsam nach Wegen suchen und die Geschütze runterfahren!

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ganz ehrlich: Was passiert denn, wenn ein Gericht feststellt, dass, auch wenn wir uns noch so abgestampft haben, um einen Weg zu finden, über welches Verfahren auch immer, Datteln zu realisieren, es diesen Weg nicht gibt? Dann soll das das Synonym dafür sein, dass alle anderen Unternehmen das Gefühl bekommen, dieser Standort ist industrieindlich? Das wäre verheerend. Lassen Sie das sein! Nach Recht und Gesetz wird entschieden.

Aber dieses Land ist industriefreundlich – egal, ob Datteln vor Recht und Gesetz realisierbar ist oder ob wir vielleicht zur Kenntnis nehmen müssen, dass es nach diesem verkorksten Verfahren der alten Landesregierung nicht mehr zu retten ist. Auch wenn das so sein sollte, bleibt es ein industriefreundliches Land. Das ist wichtig für den Mittelstand in diesem Land, es ist wichtig für die Industrie in diesem Land. Es ist wichtig auch für die Energiewirtschaft in diesem Land.

Hören Sie damit auf, nach außen so zu tun, als wäre dies die Marke, an der sich diese Frage entscheidet – nicht, weil ich das nicht ab könnte, sondern weil es für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ein Bärendienst wäre, wenn Sie weiter so damit umgehen. Dann sind Sie Brandstifter und nicht Feuerwehr an der Stelle. Besinnen Sie sich eines Besseren, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Eiskirch. – Für die FDP spricht jetzt Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich in dieser Debatte noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich gerade nach dem Vorlauf des gestrigen Tages sehr gespannt war, vom zuständigen Wirtschaftsminister erstmals hier im Landtag Nordrhein-Westfalen die Haltung der Landesregierung zu diesem wichtigen industriepolitischen Thema zu vernehmen.

Herr Minister, nachdem Sie hier vorgetragen haben, bin ich mehr denn je in größter Sorge um das Kraftwerk Datteln.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das, was Sie hier vorgetragen haben, Herr Wirtschaftsminister, war nichts anderes als der Abgesang Ihrer rot-grünen Landesregierung auf das modernste, effizienteste Steinkohlekraftwerk der Welt – nichts anderes.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Das, was Sie hier vorgetragen haben, waren die altbekannten historischen Abläufe des alten Planungsverfahrens. Die kennt hier jeder, der sich fachlich damit auseinandergesetzt hat, zur Genüge. Dann stellen Sie sich hierhin und tragen allen Ernstes vor, der Kraftwerksbetreiber sei verpflichtet, im Falle einer endgültigen Ablehnung den Rückbau sicherzustellen.

Wir wollen von Ihnen hören und die Beschäftigten wollen von Ihnen hören, was die Landesregierung tut, um dieses Kraftwerk ans Netz zu bringen, um die Fertigstellung sicherzustellen. Und Sie erklären vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, es gebe hier erfreulicherweise die Verpflichtung des Investors zum Rückbau? Ist das die Perspektive, die Sie hier vortragen?

(Beifall von der CDU)

Mit Ihrer Argumentation, Herr Minister, haben Sie zum Zweiten dargelegt, wir sollten jetzt einmal alle miteinander abwarten, was die Gerichte am Ende zum Planungsverfahren entscheiden würden, nachdem Sie mit Ihrer Koalition in den ersten Wochen Ihrer Amtszeit genau den Rechtszustand wiederherstellen, ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Papke, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Gerhard Papke (FDP): ... von dem Sie offenbar erwarten, dass die Gerichte auf dieser Basis sagen:

Es hat sich nichts verändert. – Dann sind die alten Rechtsfehler nicht geheilt. Das ist eine unaufrechte Haltung in dieser entscheidenden industriepolitischen Frage.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Papke, Ihre Redezeit ist schon seit einer Weile abgelaufen.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Ich bin darüber erschüttert, dass die rot-grüne Landesregierung diesen Kraftwerksneubau erkennbar ganz bewusst vor die Wand fahren lassen will.

(Sören Link [SPD]: Das ist der Schrott, den Sie hinterlassen haben. – Rüdiger Sagel [LINKE]: Abschalten!)

Das ist die klare Botschaft des heutigen Tages. Ich darf darauf hinweisen: Wir haben,

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD und von der LINKE)

Herr Kollege Link, auf die Rechtsfehler des alten Planungsverfahrens reagiert, indem die Landesregierung die gerichtlichen Monita aufgenommen und berücksichtigt hat.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Papke, ich möchte Ihnen jetzt nicht das Mikro abdrehen, aber Sie missbrauchen Ihre Redezeit.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin, ich komme Schluss.

Sie revidieren diese Anpassung und lassen damit das Projekt scheitern. Das werden wir zum Thema machen, meine Damen und Herren. Verlassen Sie sich drauf! – Danke schön, Frau Präsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die anderen beiden, die noch auf der Redeliste standen, haben auf ihren Redebeitrag verzichtet. Insofern können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zuerst ab über den Antrag der Fraktion der CDU. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 15/69** einschließlich des **Entschließungsantrags** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/173** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung

erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Zweitens stimmen wir ab über den Inhalt des **Antrages** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/101**. Die antragstellende Fraktion hat um direkte Abstimmung gebeten. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? – Grüne, SPD und Linke. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

4 Liberale Ladenöffnungszeiten haben sich bewährt – Keine Bevormundung von Einzelhandel und Verbrauchern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/123

Ich eröffne die Beratung. – Es spricht für die antragstellende FDP-Fraktion Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das modernste Ladenöffnungsgesetz, was wir in Nordrhein-Westfalen haben, hat sich ja für Teile der neuen Regierung zu einem interessanten Sommerlochthema entwickelt.

Als Erstes hat sich der fachlich gar nicht zuständige neue Arbeitsminister, noch in seiner alten DGB-Variante, hierzu geäußert und gesagt: Im Einzelhandel kann ich mir eine Beschränkung der Öffnungszeiten bis maximal 22 Uhr durchaus vorstellen. – Dies wurde anschließend noch von der Linkspartei getoppt, die direkt auf 20 Uhr gegangen ist.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Richtig!)

Wobei, liebe Kolleginnen und Kollegen, für so kleine Vergangenheitsromantiker, wie sie es sind, hätte ich doch auch den Vorschlag, direkt bis 18:30 Uhr zu gehen, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Aber auch der neue Fraktionsvorsitzende der Grünen, Herr Kollege Priggen, mochte seine Kompetenz für den Jugendschutz in den Vordergrund stellen und hat sich für 22 Uhr geäußert. Ich zitiere: „Hier würde ein konsequenter Ladenschluss um 22 Uhr verbunden mit einem gleichzeitigen Verbot von Alkohol ab 22 Uhr helfen.“

Auf diese Ausführungen, das Ladenschlussgesetz zu missbrauchen, um den Jugendschutz umzusetzen, haben auch prompt Ihre Parteifreunde geantwortet. Die Jungen Grünen haben Sie deshalb als naiv bezeichnet. Sie haben in einem schönen offenen Brief an den Kollegen Priggen gesagt: „Wir halten für naiv zu glauben, dass früherer Ladenschluss Jugendliche vom Alkoholmissbrauch abhalten würde.“ Ich kann an dieser Stelle ausnahmswei-

se den Jungen Grünen meine Zustimmung geben; denn es gilt das Jugendschutzgesetz. Danach ist zu jeder Zeit, nicht erst ab 22 Uhr, der Verkauf von Alkohol an Kinder und Jugendliche untersagt.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dies gilt es einzuhalten. Wer dagegen verstößt, muss entsprechend zur Verantwortung gebeten werden, egal zu welchen Öffnungszeiten dies geschieht.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Aber auch am grünen Frühstückstisch des Kollegen Klocke herrscht keine Einigkeit: Hier hat der Vorsitzende der Landes-Grünen und Lebensgefährte unseres Landtagskollegen

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– ja, ich habe Sie genannt; es wäre schön, wenn Sie zuhören –, Sven Lehmann, gesagt: Politik muss Grenzen setzen können. Es muss nicht immer alles und zu jeder Zeit verfügbar sein.

(Beifall von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ja, da klatschen auch wieder nur Teile der Grünen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Bei Ihnen klatscht auch nur Herr Witzel!)

denn dieses hat ja der eigene Kollege und Lebensgefährte Herr Klocke dann relativiert bzw. er hat eine andere Position dagegengesetzt. Ich zitiere hier aus der „Rheinischen Post“: Die Arbeitszeiten der Menschen sind flexibler geworden und haben sich in den späten Abend verschoben. – Recht haben Sie, Herr Klocke. – Viele Arbeitnehmer hätten keine Gelegenheit, vor 22 Uhr einzukaufen. Sie schätzten die Möglichkeit, sich auch noch später zu versorgen.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

In den urbanen Zentren in NRW sollte in der Woche der Einkauf auch bis 24 Uhr möglich sein.

So, jetzt haben wir wohl eben von der Kollegin Brems gehört, dass bei den Grünen nicht mit zweierlei Maß gemessen wird. Das hört sich bei Ihren Ausführungen hier aber anders an, Herr Kollege Klocke. Klar, für eine Großstadtpartei, wie es die Grünen nun mal sind, haben Sie natürlich nur die urbanen Zentren und nicht die ländlichen Regionen im Kopf. Deshalb brauchen die „Landeier“ natürlich keine längeren Öffnungszeiten,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

da kann man sich ja auch noch abends spät die Milch direkt beim Bauern holen, dafür braucht man kein Ladenöffnungsgesetz. Das ist natürlich nur die Position einer grünen Großstadtpartei.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich erwarte von den Kolleginnen und Kollegen – ein paar gibt's ja auch - aus dem ländlichen Raum,

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

dass Sie sich hier entsprechend gegen eine solche Ungleichbehandlung einsetzen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt den vielstimmigen Chor der Koalitionsfraktionen vernehmen können. Der Einzige, der sich bisher zu dem Themenfeld – auch zu anderen Themenfeldern – noch nicht geäußert hatte, ist der eigentlich zuständige Wirtschaftsminister. Insofern, Herr Voigtsberger, freue ich mich, Sie eben auf der Rednerliste gesehen zu haben. Ich bin sehr gespannt, welche Position die Landesregierung letzten Endes zu diesem Thema einnimmt; denn es ist für Nordrhein-Westfalen wirklich ein ganz wesentliches.

Wir haben dadurch mehr Flexibilität und mehr Lebensqualität in unserem Land bekommen, die Unternehmen entscheiden selbst nach den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher, wann es richtig ist, ihr Geschäft aufzumachen – das muss und darf kein Staat den Bürgerinnen und Bürgern vorschreiben.

Dann wurde von Minister Schneider behauptet: Es gibt ja gar keine Zahlen, die belegen, dass das zu mehr Arbeitsplätzen geführt hat.

Er bleibt der Debatte fern, vermutlich weil er das nicht hören will. Er kann es aber im Protokoll nachlesen: Alleine bei zwei großen Einkaufsketten – Rewe und Kaufland – wurden allein für den Bereich von 22 bis 24 Uhr, Herr Kollege Schmeltzer, 200 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Danke für die gute Vorlage, Herr Brockes!)

Darunter sind viele, viel Teilzeitarbeitsplätze. Ich weiß: Für die SPD zählen diese Arbeitsplätze nicht. Ich sage Ihnen: Insbesondere viele weibliche Bürgerinnen sind froh, an zwei oder drei Abenden in der Woche noch die Haushaltssachen auffüllen zu können, indem sie an der Kasse arbeiten.

(Beifall von der FDP)

Diese Arbeitskräfte sind Ihnen offensichtlich völlig schnuppe.

Insofern, meine Damen und Herren: Finger weg vom Ladenöffnungsgesetz! Ich möchte mich insbesondere der Meinung der „WAZ“ anschließen. Dort hatte der Journalist Schumacher genau das gesagt – ich zitiere ihn –:

„Die neuen Regeln haben sich längst in der Praxis eingespielt, und den nächtlichen Jeanskäufer gibt es in der Einzelhandels-Realität so wenig wie ungezügelten Rund-um-die-Uhr-Kommerz. Die Geschäfte passen sich dem Bedarf der Kun-

den an, die mit den Füßen abstimmen und mit der Einkaufstasche. Manche Supermärkte in großen Städten öffnen bis 24 Uhr, andere schließen früher. Jeder so, wie es passt.“

Ganz genau, meine Damen und Herren. Stimmen Sie unserem Antrag zu. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Brockes. – Es spricht für die CDU- Fraktion Herr Clauer.

Hans-Dieter Clauer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag betont die FDP-Fraktion die Qualität des im Jahre 2006 verabschiedeten Ladenöffnungsgesetzes, möchte die unternehmerische Freiheit des Einzelhandels erhalten und schätzt den Zugewinn an Lebensqualität für den Verbraucher. Die FDP treibt die Sorge um, die neue rot-grüne Landesregierung könnte mit einer Novellierung die gewonnenen Freiheiten einschränken. Diese Sorge ist durchaus berechtigt.

Werfen wir einen Blick in den Koalitionsvertrag der Minderheitsregierung und schauen wir uns die Debatten der letzten Tage an: Die Minderheitsregierung will auf Teufel komm raus alle Entscheidungen der alten Landesregierung umkehren. Statt der angekündigten Politik der Einladung erleben wir eine Politik mit der Abrissbirne.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das ist ja auch nötig!)

Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag. Sie wollen den Mittelstand stärken und dazu die Aushöhlung des Sonntags- und Feiertagsschutzes korrigieren.

Laut „WAZ“ – Herr Brockes hat es gerade schon angesprochen – drängen die Grünen ebenfalls auf eine Verkürzung der Ladenöffnungszeiten. Als Begründung wird angeführt, dass der Verkauf von Alkohol rund um die Uhr immer problematischer werde und es vor allen Dingen in Wohngebieten in der Nähe von Trinkhallen oder Tankstellen häufig zu Belästigungen der Anwohner komme.

Lieber Kollege Priggen, ich teile diese Einschätzung nicht. Meine Erfahrung als Bewohner eines beschaulichen und ruhigen Stadtteils von Langenfeld kommt zu einer völlig anderen Einschätzung: Auch ohne ansässige Trinkhalle, Tankstelle oder Supermarkt haben wir Anwohner ein Problem mit lärmenden Jugendlichen auf öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen. Die Beschaffung von Alkohol erfolgt offensichtlich zu üblichen Geschäftszeiten am Tage.

Das heißt: Liberale Ladenschlusszeiten spielen hier überhaupt keine Rolle.

Laut „Bild“ vom 10.09.2010 möchte Arbeitsminister Schneider ebenfalls eine Verkürzung der Öff-

nungszeiten auf 22 Uhr und damit die seinerzeit von Wolfgang Clement angeregte Liberalisierung kippen, obwohl das Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten gut ist, sich bewährt hat und gemäß Gesetzestext erst am 31.12.2011 evaluiert werden muss. Ich bin mir sicher, dass die Überprüfung keine nennenswerten Veränderungsansätze liefern wird.

In Vorbereitung des Gesetzes hat sich die damalige Wirtschaftsministerin Christa Thoben intensiv mit Handel, Gewerkschaften und Kirchen ausgetauscht und eine tragfähige Lösung erarbeitet.

Eine erneute Diskussion über die Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen am Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.2009 aufzuhängen, macht schon gar keinen Sinn. Denn dieses Urteil geht auf eine Beschwerde der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und des Erzbistums Berlin gegen das Berliner Ladenöffnungsgesetz zurück. Das nordrhein-westfälische Gesetz war keineswegs Gegenstand der Verhandlungen.

Zur Erinnerung: Der Berliner Senat hatte sich unter rot-grüner Führung im Jahre 2006 auf insgesamt zehn verkaufsoffene Sonn- und Feiertage mit einer Öffnungszeit von sieben Stunden verständigt. Eingeschlossen waren alle vier Adventssonntage. Vier weitere verkaufsoffene Sonntage waren ohne uhrzeitliche Begrenzung möglich. Diese Gesetzeslage hat das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig angesehen.

Das Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen hingegen unterscheidet sich erheblich von der Berlin-Regelung: Die Öffnungszeiten geben dem Einzelhandel die nötige Freiheit und nehmen Rücksicht auf das geänderte Verhalten unserer Bürgerinnen und Bürger. Es schützt die Sonn- und Feiertage, schützt die Adventszeit und ist verfassungskonform. Die Zahl der möglichen verkaufsoffenen Sonntage ist geringer, die Länge der Öffnungszeiten mit fünf Stunden ebenfalls, und von vier Adventssonntagen darf nur einer verkaufsoffen sein.

Unser Ladenöffnungsgesetz hat sich in den vergangenen Jahren mehr als bewährt und wird einem großen Teil der Bevölkerung gerecht.

Ich fasse zusammen: Eine Evaluierung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen muss bis zum 31.12.2011 durchgeführt werden. Ein akuter Handlungsbedarf lässt sich nicht erkennen.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Mittelstand, Wirtschaft und Energie und wird sich weiterhin für den Erhalt der bestehenden Regelung einsetzen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Claußer. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Vom Ladenöffnungsgesetz hat man schon einmal gehört. Das Einzige, was ich mir nie hätte träumen lassen, ist, dass ich einmal aufgrund eines Antrags der FDP zum Ladenöffnungsgesetz spreche. Aber das mache ich gerne, Herr Brockes. Ich glaube, es dürfte mittlerweile das silberne Redejubiläum zu diesem Thema sein.

Es ist schon erstaunlich, dass Sie einen solchen Antrag mit dieser Formulierung und diesem Beschlussvorschlag stellen, obwohl doch das Gesetz – ich behaupte: Ihr eigenes Gesetz – vom 16. November 2006 in § 14 sagt: Die Landesregierung überprüft bis zum 31. Dezember 2011 die Auswirkungen dieses Gesetzes und unterrichtet den Landtag.

Jetzt haben wir eine neue gute Landesregierung. Sie kommen nun schnell mit einem Antrag und fordern sinngemäß: Den Paragraphen vergessen wir und stellen fest, dass das Gesetz gut und damit alles erledigt ist. – Das kann nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Natürlich reden wir über das Ladenöffnungsgesetz. Natürlich reden wir demnächst über all die Punkte in allen Einzelheiten, die wir Ihnen fünf Jahre lang vorgehalten haben. Alle Punkte werden evaluiert und im Parlament zum Thema werden.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich freue mich darauf und komme im Einzelnen dazu, warum ich mich freue. Warum Sie dem Kollegen Priggen, Minister Schneider, den Linken und anderen vorwerfen, dass sie ihre Meinung zum Schutze der Arbeitnehmer in diesem Land äußern, verstehe ich nicht. Wir haben freie Meinungsausübung. Wenn Sie alles nachläsen, was ich zum Ladenöffnungsgesetz schon gesagt habe, kämen Sie mit Ihrer Redezeit vor lauter Zitaten gar nicht mehr aus. Das geht nämlich alles in die gleiche Richtung und vielfach darüber hinaus.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Der Antrag macht ganz deutlich: Sie haben zumindest an diesem Punkt verstanden, dass Sie nicht mehr die Landesregierung stellen. Jetzt wollen Sie ganz schnell durch die Hintertür versuchen, irgendetwas zu retten, was Sie auf den Weg gebracht haben. Herr Brockes, gerade bei dem Thema sind Sie ein bisschen zu kurz gesprungen. Das sollten Sie eigentlich wissen.

Wir hatten über dieses Gesetz unzählige Debatten im Hohen Hause. Wir haben viele Meinungen von Betroffenen gehört, die Sie alle ignoriert haben. Wir

haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehört. Alle von ihnen vorgetragenen kritischen Punkte wurden von Ihnen weg gewischt. Wir haben auch Vertreter des Einzelhandels gehört. Diese standen und stehen dem Gesetz immer noch negativ gegenüber. Diese Aussagen haben Sie ignoriert.

Wir hatten eine Anhörung zu diesem Gesetz, die in die parlamentarische Geschichte eingeht. Herr Kollege Brockes hatte nämlich zwischenzeitlich den Vorsitz bei der Anhörung übernommen. Und siehe da, die Anhörung war noch nicht zu Ende, ja noch nicht einmal zur Hälfte durchgeführt, als wir eine Presseerklärung von Herrn Brockes auf den Tisch bekamen. Aus ihr ging hervor, die Anhörung sei gut gewesen und die Sachverständigen hätten den Gesetzentwurf der schwarz-gelben Koalition unterstützt. Zu dem Zeitpunkt waren die Kirchen noch nicht einmal zu Wort gekommen. Das zeigt, wie Sie mit den Interessen der Menschen in diesem Land umgegangen sind. Es zeigt, wie Sie diese Interessen ignorieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dazu gehörte unter anderem die Meinung der Kirchen zu den Samstagen mit einer Öffnungszeit von 24 Stunden. Ich erinnere mich sehr gut daran. Dazu gehörten die Feiertags- und Sonntagsruhe, die von Ihnen ignoriert wurde. Das wurde von den Kirchen vorgetragen. Dazu gehörte im Übrigen die Allianz für den freien Sonntag. Das wurde schon einmal erwähnt. Es hat eine hervorragende Eröffnungsveranstaltung gegeben. Der damalige Arbeitsminister Laumann hat dort gesprochen. Es war eine Podiumsdiskussion für das Frühjahr dieses Jahres angekündigt. Man teilte mir mit: Herr Schmeltzer, wir müssen diese Podiumsdiskussion leider absagen, weil sich die Koalitionsfraktionen dieser Diskussion verweigern. – Warum eigentlich? Ich hätte diese Diskussion mit Ihnen wie hier im Hause jederzeit auch gerne in der Öffentlichkeit geführt.

Unzählige Diskussionen gab es zum Sonn- und Feiertag. Die Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage seit 2005 hat sich vervielfacht. Teilweise hat sich die Zahl verdoppelt. In Köln sind es mittlerweile über 60 Sonntage.

Bevor gleich damit argumentiert wird: Der runde Tisch mit den Kirchen in Köln ist zwischenzeitlich längst aufgekündigt.

Das Verwaltungsgerichtsurteil von Arnsberg aus dem Jahr 2007 wurde trotz einer intensiven Debatte von Ihnen ignoriert.

Die Belange der über 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – davon in der Tat 70 % Frauen – wurden von Ihnen ignoriert. Die Einwände bezüglich des sozialen Lebens dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften, aber natürlich auch in der eigenen Familie, wurden von Ihnen ignoriert.

Das Ausbluten der klassischen Einzelhandelsfachgeschäfte in der Innenstadt, die nicht mit diesen großen Ketten mithalten können, wurde von Ihnen ignoriert. Sie haben eben die Filialisten angeführt. Diese können sich das leisten. Der klassische kleine Einzelhandel hingegen kann mit deren Ladenöffnungszeiten nicht mithalten, weil er durch längere und ausgedehnte Öffnungszeiten zusätzliche Energiekosten und Personalkosten hat. Die Fachkräfte, die er eigentlich vorhalten will, kann er gar nicht mehr finanzieren.

Deswegen ist es recht zynisch, wenn Sie sich darauf berufen, es seien viele Arbeitsplätze geschaffen worden. Was denn? Ich will Ihnen das an einem Beispiel aufzeigen. Vor wenigen Monaten war ich auf einer Tagung des Einzelhandelverbandes in meiner Region. Die Vertreter des Einzelhandels sagten mir zu meiner Stadt Lünen – einer 90.000-Einwohner-Stadt, also nicht gerade ländlicher Raum, aber auch keine mit Köln vergleichbare Stadt –, dass sich die die Gruppe der Beschäftigten des Einzelhandels zu 75 % aus Minijobbern zusammensetzt. Das sind 400-€-Jobber.

Darauf sind Sie stolz? – Sie sind der Förderer des Lohndumpings. Sie sind der Förderer der prekären Beschäftigung und letztendlich der Förderer der Tatsache, dass die Menschen zu diesen Arbeitszeiten arbeiten müssen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist schäbig.

Ich möchte auf den schlechenden Fachkräfte- mangel hinweisen.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass Sie den von uns thematisierten Gartenbaumarkttourismus an Sonntagen ignoriert haben. Da ist jeden Sonntag ein Kommen und Gehen. Wenn Sie argumentieren, diese Märkte verkauften Blumen, dann stellen Sie sich einmal davor. Ich habe mir einmal den Spaß gemacht. Es kommt nicht ein Mensch mit Blumen heraus. Sie öffnen Tür und Tor dafür, dass die Menschen, die dort an der Kasse sitzen – keine Fachkräfte –, nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Das alles ist Ihre typische Politik. Diese haben wir lange erlebt. Wenn es in den Diskussionen einmal heikel wurde, wurde – wie in vielen Kleinen Anfragen – auf die Zuständigkeit der Kommunen verwiesen. Das haben Sie immer geschickt hinbekommen. Sie haben den Schwarzen Peter ganz schnell in die Kommunen geschoben. Das haben wir an vielen Stellen Ihrer Politik der letzten fünf Jahre erlebt.

Jetzt sagen Sie: Evaluation brauchen wir nicht mehr – das ist gerade aus dem Redebeitrag des Kollegen Clauser hervorgegangen –; das Gesetz hat sich bewährt. Die Menschen haben das akzep-

tiert. – Wir werden das in zukünftigen Diskussionen sehen. Das kann nur ein schlechter Scherz von Ihnen gewesen sein.

Wir werden darüber eine Diskussion im Ausschuss haben. Ich freue mich wie immer auf Diskussionen über Ladenöffnungszeiten. Das Gesetz hat noch Bestand. Der Minister wird sich mit absoluter Sicherheit zu einem angemessenen Zeitpunkt und nicht, wenn Sie es möchten und irgendwelche Leute in der Presse etwas verlautbaren, äußern. Dazu hat er gleich schon Gelegenheit.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wir werden uns an den § 14 halten. Wir werden uns aber auch an das halten, was wir hier fünf Jahre lang vertreten haben. Wir werden uns ebenso an das halten, was uns in den Anhörungen und vielen Zuschriften vorgetragen wurde. Und eines können Sie gewiss sein: Wir halten uns an unseren Koalitionsvertrag. Und darin steht das Passende dazu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Schmeltzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Brockes, ich glaube, wenn Sie nur näherungsweise so viel Zeit aufwenden würden, um Ihre daniederliegende FDP vielleicht wieder über die 5%-Hürde zu bringen, wie Sie Zeit zubringen, um in grünen Archiven nachzuforschen, dann könnten Sie vielleicht auch Erfolg haben.

Eines darf ich Ihnen aber sagen – da hilft Ihnen auch die ganze Anbiederei bei der grünen Jugend nicht, selbst wenn Sie deren Pressemitteilungen auch noch lesen –: Die werden Sie ganz sicherlich nicht aufnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Das war ein offener Brief!)

Lieber Herr Brockes, die FDP – der Kollege hat das eben schon angesprochen – hat offensichtlich vor, das Ladenöffnungsgesetz in Nordrhein-Westfalen in Stein zu meißeln. Anders kann man Ihren Antrag nicht verstehen.

Die Schizophrenie besteht darin, dass Sie einerseits ein Ladenöffnungsgesetz auf den Weg gebracht haben, in dem steht, dass Sie es spätestens nach fünf Jahren evaluieren, auswerten und schauen wollen, was eigentlich in Nordrhein-Westfalen passiert ist. Das hat auch eine gewisse Konsequenz; denn das sind ja auch die ersten Erfahrungen mit solchermaßen deregulierten Ladenöffnungszeiten.

Andererseits stellen Sie sich jetzt hier hin und sagen: An das FDP-Ladenöffnungsgesetz – es trägt ja eine sehr deutliche gelbe Handschrift – darf überhaupt nichts kommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist auch gut so!)

Das macht überhaupt keinen Sinn. Es ist übrigens auch in der Sache verkehrt. Und unlogisch ist es am Ende auch noch.

(Ralf Witzel [FDP]: Nur für diejenigen, die Menschen ihre Freiheit rauben wollen!)

Das Ladenöffnungsgesetz hat eine ganz klare gelbe Handschrift. Sie haben in Nordrhein-Westfalen damit Neuland betreten. Die Formel 6 mal 24 ist eine FDP-Formel, die in dieser Radikalität nirgendwo in der Bundesrepublik umgesetzt worden ist wie in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo hat die FDP sich in diesem Maße durchgesetzt. Und ich muss schon in Richtung der Kolleginnen und Kollegen von der CDU – es sind jetzt überwiegend nur Kollegen da – sagen: Es hat mich schon gewundert, dass Sie da alles haben passieren lassen, Herr Laumann. Ich spreche Sie an dieser Stelle noch einmal ganz direkt an. Wie ist es zum Beispiel mit dem Sonntagschutz?

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Schneckenburger, verzeihen Sie die Unterbrechung. Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Brockes zu?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Ich lasse die Zwischenfrage von Herrn Brockes gerne zu, aber ich möchte erst einmal zu dem Punkt Sonntagschutz zu Ende ausführen.

Herr Laumann, wie hält es die CDU in Nordrhein-Westfalen eigentlich mit dem Sonntagsschutz? Sie haben in der gemeinsamen Regierungszeit mit dieser FDP zugelassen, dass der Sonntagsschutz in Nordrhein-Westfalen im Bereich des Ladenöffnungsgesetzes fast komplett geschleift wurde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben beispielsweise in Köln mehr verkaufsoffene Sonntage, als das Jahr insgesamt Sonntage hat.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Es wundert mich schon, dass es konservativ-christliche Politik der CDU in Nordrhein-Westfalen ist, den Sonntagsschutz in Nordrhein-Westfalen wirklich mit Füßen zu treten. – Herr Brockes, bitte.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger, dass Sie mir die Möglichkeit zur Zwischenfrage geben. Verstehe ich Sie richtig, dass Sie mit Ihrer Position bei den Grünen das, was der Kollege Klocke in einer Pressemeldung geäu-

ßert hat, was durch das neue Ladenöffnungsgesetz an Freiheiten und an Lebensqualität gewonnen wurde, nicht unterstützen, sondern es rigide einschränken wollen?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Lieber Herr Brockes, ich weiß ja nicht, wie Sie es in Ihrer Fraktion handeln. Mir kommt, wenn Sie so fragen, ein Verdacht. Wir führen eine offene Debatte. Wir evaluieren das Ladenöffnungsgesetz, so wie Sie es in Ihrem Gesetz vorgeschrieben haben. Wir prüfen genau, welche Auswirkungen das auf Nordrhein-Westfalen hat. Und da muss man ganz unterschiedliche Aspekte einbeziehen.

Kollege Klocke hat den Verbraucherschutz sehr weit nach vorne gestellt. Andere Aspekte, die man in der Tat sehr genau in den Blick nehmen muss, deuten darauf hin, dass gerade die Arbeitnehmerinnenfrage ausgesprochen problematisch ist. Kollege Schmeltzer hat das ja schon gesagt. Das wird durch Untersuchungen von ver.di bestätigt.

Was Sie mit diesen Ladenöffnungszeiten geschaffen haben, sind Minijobs, prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Diese haben Sie in Nordrhein-Westfalen unterstützt und nicht die Schaffung von regulären Arbeitsplätzen.

Warum ist das so? Sie meinen, Sie seien die Partei des Mittelstandes. Sie meinen, Sie seien die Partei, die insbesondere mittelständische Betriebe fördert. Entschuldigen Sie bitte, aber die derzeitigen Erkenntnisse belegen, dass gerade deregulierte Öffnungszeiten dem Mittelstand eher schaden als nützen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Es sind genau diese mittelständischen Betriebe, die darunter leiden, dass Sie die Tür für die großen Filialisten aufgemacht haben. Gewonnen an Umsätzen haben nämlich – auch dazu gibt es eine bundesweite Untersuchung über die Ladenöffnungszeiten – diejenigen auf der grünen Wiese. Verloren haben die Innenstädte und übrigens auch und gerade die kleinen und mittleren Innenstädte, die Sie vorhin angesprochen haben. Sie haben vorhin darauf abgehoben, dass insbesondere die ländlichen Regionen ein Interesse an längeren Öffnungszeiten haben. Dort ist Kaufkraft abgezogen und auf die grüne Wiese zu den großen Filialisten verlagert worden.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Das ist Politik für Großkonzerne und nicht für den Mittelstand. –

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Schneckenburger, Herr Laumann möchte Ihnen auch eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie die zulassen?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Bitte gerne.

Karl-Josef Laumann (CDU): Frau Kollegin, ich möchte Sie, da Sie das mit den 60 Sonntagen in Köln eben in Ihrer Rede erwähnt haben, fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass jedes Geschäft in Köln wie überall in Nordrhein-Westfalen nur an vier Sonntagen öffnen kann,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, das stimmt nicht!)

und zwar nur an den Sonntagnachmittagen. Morgens darf nicht geöffnet werden. In einer Stadt wie Köln kann der Rat für einzelne Bezirke beschließen. In der Kölner Innenstadt zum Beispiel können die Geschäfte nur an vier Sonntagen im Jahr öffnen. Natürlich können in einem anderen Stadtteil die Geschäfte an einem anderen Sonntag geöffnet haben.

Ich wollte Sie fragen, ob Sie es für richtig hielten, wenn man in einer so großen Stadt wie Köln nicht mehr auf Stadtteile Rücksicht nehmen würde, sondern dann nur noch die Möglichkeit hätte, an einer bestimmten Anzahl von Sonntagen in der gesamten Stadt die Geschäfte zu öffnen.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Lieber Herr Laumann, das ist mir alles bekannt. Das liegt daran, dass Sie sich von der FDP haben auf die falsche Spur führen lassen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie haben nämlich den Stadtteilbezug aus dem Ladenöffnungsgesetz herausgenommen. Das führt zu solchen Entwicklungen, dass zum Beispiel in einer Stadt wie meiner Stadt, in Dortmund, an 48 Sonntagen im Jahr die Läden geöffnet haben. Dann haben Sie in der Tat die Ströme aus den anderen Stadtteilen. Sie schleifen also den Sonntagsschutz an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Und das als Christdemokrat!)

Herr Laumann, christlich-soziales Menschenbild, christlich-soziales Familienbild: Machen Sie doch bitte niemandem weis, dass die Verkäuferin, die sonntagnachmittags in Köln in irgendeinem Stadtteilladen stehen muss, weil geöffnet ist, mit ihrer Familie noch den Sonntag verbringen kann. Erzählen Sie das doch bitte niemandem!

(Dietmar Brockes [FDP]: Viermal im Jahr! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt doch nicht, Herr Brockes! – Dietmar Brockes [FDP]: Doch!)

Also: Es gibt Probleme beim Sonntagsschutz. Man muss genau hinschauen, welche Form von Arbeitsplätzen entstanden ist. Man muss sehr genau überprüfen, wie die Umsatzströme gelaufen sind. Herr Brockes, gerade dann, wenn man für sich in Anspruch nimmt, mittelstandsfreundliche Politik zu machen, sollte man das sehr genau evaluieren. Daher werden wir das auch evaluieren. Wir werden genau das tun, was CDU und FDP in das Gesetz geschrieben haben, und eine Evaluation durchführen. Wir werden nachsehen, wie sich der Sonntagsschutz entwickelt hat. Wir werden auch sehr genau, Herr Laumann, auf die Position der Kirchen hören, insbesondere der Katholischen Kirche, die sich erfolglos an Sie gewandt hat. Wir werden das mit berücksichtigen und diese Stimmen auch mitnehmen.

Wenn wir evaluiert haben, werden wir in einer gemeinsamen Debatte identifizieren können – da können die unterschiedlichen Positionen auch innerhalb der eigenen Fraktion zum Tragen kommen –, worin der Änderungsbedarf am Ladenöffnungsgesetz in Nordrhein-Westfalen besteht, ob er an einzelnen Punkten besteht. Da gibt es überhaupt keine Vorfestlegungen.

Aber, Herr Brockes, ich glaube, es macht schon Sinn, zumindest dem zu folgen, was Sie ursprünglich vorgegeben haben. Sinnvoll ist auch, die Beschäftigungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen im Einzelhandel sehr genau zu betrachten. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Minijobs, eine solche Beschäftigungssituation wollen wir in Nordrhein-Westfalen nicht fördern. Ich weiß, dass Sie als FDP das wollen, dass Sie keinen Wert auf die Qualität der Arbeitsplätze legen, dass gute Arbeit für Sie kein Kriterium ist. Aber wir werden uns das sehr genau ansehen.

Der Überweisung in den Fachausschuss stimmen wir zu, um im Fachausschuss die einzelnen Aspekte noch einmal genauer zu diskutieren, einen Zeitplan zu vereinbaren und sich eine Zeitspanne vorzunehmen, in der das Ladenöffnungsgesetz evaluiert werden kann. Dann, lieber Herr Brockes, gehen wir in eine völlig ideologiefreie Debatte. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Da bin ich aber gespannt!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Schneckenburger. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon viel gesagt. Es hat natürlich präventiven Charakter, wenn die FDP-Fraktion auf ein Interview des Kollegen Priggen reagiert, auf eine genauso richtige Äußerung von Herrn Minister

Schneider. In diesem Bereich muss etwas getan werden, weil das, was dort passiert, erstens völlig sinnlos ist und zweitens nur zulasten der Beschäftigten in diesem Bereich geht.

Sie wollen das alles zementieren. Ich allerdings sage hier deutlich: Es muss etwas an diesem Gesetz getan werden, weil auch die 22-Uhr-Regelung für die Beschäftigten in dieser Branche nicht akzeptabel ist. Das gilt vor allem für die Frauen, die dort arbeiten und die große Mehrheit stellen.

(Beifall von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Was ist denn mit den Arbeitnehmern, die gerade dann arbeiten wollen?)

– Das sind nicht die Frauen, die das wollen. Die Mehrzahl dieser Beschäftigten würde gerne mehr arbeiten und nicht in diesen prekären Jobs für 400 € Herr Witzel. Das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der LINKEN)

Sie loben das Ladenöffnungsgesetz von 2006 als eine der fortschrittlichsten, verbraucherfreundlichsten, freiheitlichsten Regelungen in Deutschland.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es, genau!)

– Genau. – Es ist eines der reaktionärsten in Deutschland. Das ist das Problem.

(Beifall von der LINKEN – Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Man muss das nämlich immer von den Betroffenen aus sehen, Herr Witzel. Das ist die Kunst der Politik, darauf Bezug zu nehmen.

Die Bürger und Einzelhändler in Nordrhein-Westfalen haben in der Tat damit ein großes Stück Freiheit gewonnen,

(Ralf Witzel [FDP]: Aha!)

die Beschäftigten nicht. Wir sollten uns fragen, warum es früher striktere Regelungen gegeben hat. Sie von der FDP wollen uns suggerieren, das hätte mit der Marotte einiger Menschen zu tun, die immer unbedingt alles staatlich regulieren wollen, weil ihnen die Freiheit – Sie meinen natürlich an dieser Stelle die Konsumfreiheit – der Bürgerinnen und Bürger nicht in den Kram passt. Aber wir sollten nicht vergessen, dass es nicht zuletzt um den Schutz der abhängig Beschäftigten in dieser Branche geht.

Im Antrag der FDP wird behauptet, es sei mit den Arbeitnehmerinteressen ein vernünftiger Ausgleich geschaffen worden. Eines können Sie mir glauben, meine liberalen Damen und Herren von der FDP: Als langjähriger Gewerkschafter kann ich die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerade in diesem Bereich etwas besser einschätzen als Sie.

Sie betonen in Ihrem Antrag, die neuen Möglichkeiten, Geschäfte bis 24 Uhr zu öffnen, würden bei Weitem nicht in dem Umfang genutzt wie manche erwartet bzw. befürchtet haben. – Aber das stimmt nur bedingt. Gerade die Supermärkte großer Konzerne wie Edeka, Rewe, Real und Kaufland nutzen die neuen Möglichkeiten und haben teilweise bis 24 Uhr auf. Discounter wie Aldi, Lidl, Penny, Netto machen sich immer mehr breit, und die Leidtragenden sind die Beschäftigten. Diese extrem langen Öffnungszeiten gehen mit der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse einher – es ist eben mehrfach erwähnt worden –, mit 400-€-Jobs. Es gibt – ich kenne das auch aus dem Klinikbereich – abhängig Beschäftigte, die entweder nebenher oder aus persönlichen, familiären Gründen für 400 € arbeiten wollen. Das ist aber nicht das Gros der Beschäftigten.

Die Arbeitszeit für manche Beschäftigten wird auf bis zu 14 Stunden täglich ausgedehnt und wird nicht selten – das sollten Sie sich merken – ohne Zuschläge und oft untertariflich bezahlt.

(Ralf Witzel [FDP]: Rechtswidrig!)

– Aber dass es passiert, Herr Witzel, das wissen Sie.

Sie wissen aber auch – das muss sich auch bei Ihnen herumgesprochen haben –, dass diese prekären Beschäftigungsverhältnisse – und das in Bezug auf die Arbeitszeit – immense Auswirkungen auf die Psyche und die Physische der dort Beschäftigten haben. Es ist nicht umsonst so, dass immer mehr Menschen psychisch erkranken, gerade in den Bereichen, in denen – ich nenne das mal so – rund um die Uhr gearbeitet werden muss, in denen immer alle rund um die Uhr zur Verfügung stehen müssen.

In vielen Bereichen – bei der Polizei, bei der Feuerwehr, im Gesundheitsbereich – ist dies auch vonnöten, aber im Einzelhandel ist das nur zur Befriedigung von einigen vonnöten, die nichts Besseres zu tun haben, als noch nach 20 Uhr in diesem Lande einkaufen zu müssen.

(Beifall von der LINKEN)

Solche Zustände sind Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP, offensichtlich gleichgültig. Uns ist diese Arbeitssituation der Beschäftigten eben nicht gleichgültig.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Was Ihnen aber nicht gleichgültig sein sollte, ist die Situation Ihrer ureigensten Klientel. Lassen Sie doch einmal nachprüfen – Frau Schneckenburger hat es eben angesprochen –, wie viele der wenigen verbliebenen kleinen Läden, wie viele Restaurants und kleine Geschäfte schließen mussten wegen der von Ihnen so sehr gelobten schwarz-gelben Liberalisierung der Öffnungszeiten, von denen nur die großen Geschäfte profitieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Sie loben an der schwarz-gelben Reform von 2006, dass immerhin Sonn- und Feiertage geschützt bleiben. Es gibt allerdings Ausnahmen von der Regel; die sind eben dargestellt worden. Wessen Verdienst es jedoch ist, dass Sonn- und Feiertage zumindest partiell geschützt werden, das lasse ich einmal dahingestellt. Ein Verdienst von Ihnen, meine Damen und Herren, ist das mit Sicherheit nicht. Immerhin gibt es ja das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die generelle Erlaubnis, am Sonntag die Geschäfte zu öffnen. Wenn Sie könnten, meine Damen und Herren Antragstellerinnen und Antragsteller, würden Sie auch Sonn- und Feiertage weitaus mehr öffnen, als es jetzt schon möglich ist.

Unsere Fraktion fordert den Schutz der Beschäftigten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Gar nicht! Das war Die Linke in Berlin!)

– Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen. Ich verweise Sie jetzt auch nicht auf Berlin, Brandenburg oder ein anderes Bundesland.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Nach China!)

Wir sind der Auffassung, dass es deutliche Regelungen geben muss. Wir sind für einen generellen Ladenschluss ab 20 Uhr. Da befinden wir uns in guter Gesellschaft mit der Vertretung der Beschäftigten dort, der Gewerkschaft ver.di.

(Ralf Witzel [FDP]: Sprechen Sie nicht nur mit Funktionären, sondern direkt mit den betroffenen Menschen!)

Vernünftige Ausnahmeregelungen dürfen und sollen aus unserer Sicht sein – als Beispiel nenne ich Läden in Tankstellen und die Kioske –, nicht aber für die großen Ketten und Supermärkte, die Sie im Auge haben, denn dort arbeitet das Gros der abhängig Beschäftigten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wiedon?

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Bitte schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Stefan Wiedon (CDU): Herr Kollege Zimmermann, Berlin ist gerade angesprochen worden. Trotzdem würde ich gerne die Frage stellen, ob es richtig ist, dass dort, wo Sie Verantwortung tragen, wo Sie mitregieren – ich denke, dass dies immer wichtig ist; das gehört zur Glaubwürdigkeit –, in Berlin, die meisten Sonntage verkaufsoffen sind.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Da brauchen Sie gar nicht voreilig zu klatschen. Sie können mir zu klatschen, wenn ich sage, dass es in der Tat unterschiedliche Vorgehensweisen gibt und wir hier in Nordrhein-Westfalen diese Regelung, die es in Berlin gibt, nicht durchgehen lassen würden. Da habe ich keine Scheu.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Überweisung in den Ausschuss sind wir einverstanden. Wir diskutieren in der Tat gerne mit Ihnen darüber. Aber nochmals: Wir diskutieren dort nicht über das Bedürfnis von einigen wenigen, sondern wir diskutieren dort über die Arbeitssituation der abhängig Beschäftigten in diesem Bereich. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Voigtsberger das Wort.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Brockes, Sie haben gesagt, Sie seien gespannt, was der Wirtschaftsminister zu dem Thema sagt. Ich muss sagen: Eigentlich ist es gar nicht so schwer.

Meiner Meinung nach kommen Ihr Antrag und damit auch die Debatte viel zu früh. Sie haben es vielleicht schon gemerkt: Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der sogenannten linearen Logik, die uns seit der Aufklärung in Europa zu eigen ist. Das bedeutet Analyse, bewerten, entscheiden. Das hilft an vielen Stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch an dieser Stelle muss ich sagen: Das Ladenöffnungsgesetz aus dem Jahr 2006 sieht ausdrücklich vor, dass die Landesregierung spätestens bis zum 31. Dezember 2011 eine Überprüfung des Gesetzes vornimmt und dann den Landtag entsprechend unterrichtet. Das ist eine gesetzliche Vorgabe; die möchte und muss ich einhalten. Vorher wird es auch keine Vorfestlegungen geben. Denn das muss erst einmal abgewartet werden. Wenn wir ausgewertet und bewertet haben, können wir endgültige Schlussfolgerungen ziehen und dann entsprechend entscheiden.

Der vorliegende Antrag sieht vor, dass wir bereits jetzt eine endgültige Schlussfolgerung ziehen, dass also der Landtag jetzt schon aufgefordert wird, festzustellen, dass sich das alles bewährt hat. Auf welcher Basis denn? Wir haben doch überhaupt noch keine intensiven Gespräche, Evaluierungsprozesse

eingeleitet. Das heißt, das kann im Prinzip nur eine politische Meinung sein, das kann ein Bauchgefühl sein, aber eine Evaluierung ist das sicherlich nicht, außer der Bauch von verschiedenen einzelnen Personen ist die entsprechende Evaluierung. Aber so stellen wir uns das sicherlich insgesamt nicht vor.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, zu dem Bauch könnte ich etwas sagen. Aber Herr Brockes hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie diese?

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Brockes, bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich begrüße es ausdrücklich, dass es Ihrerseits keine Vorfestlegungen gibt. Das ist auch unsere Position. Wir halten die Evaluierung so, wie wir es im Gesetz geschrieben haben, für richtig. Bedeutet dies, dass die Vorfestlegung, die Ihr Kabinettskollege Herr Schneider getroffen hat, somit nicht für die Landesregierung gilt, sondern dass dies eine persönliche Meinung war?

(Rainer Schmelzner [SPD]: Das steht aber im Antrag anders!)

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Das ist eine Äußerung in der Diskussion. Diese ersetzt genauso wenig die Evaluierung, die in meinem Hause durchzuführen ist. Insoweit ist das klar.

(Beifall von der SPD)

Ich gehe davon aus, dass wir – ich meine, das können wir sehr gut gemeinsam vertreten – in einen Dialog mit dem Handel, mit den Gewerkschaften und mit den Kommunen eintreten und mit ihnen gemeinsam die entsprechenden Bewertungen vornehmen. Wir haben diesen Prozess begonnen. In meinem Haus werden die Gespräche vorbereitet. Diese werden wir in Kürze starten. Mein Ziel ist es, noch vor der Sommerpause nächsten Jahres einen Bericht vorzulegen. Nach einer Auswertung ist dann auch die Zeit für entsprechende Entscheidungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute

schlagen zwei Herzen in meiner Brust: Zum einen halte auch ich als neugewählter Abgeordneter meine erste Rede im Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Darüber freue ich mich. Ich halte sie gerne, habe Ihnen auch etwas zu sagen.

Andererseits drängt die Zeit. Wir haben Freitag nachmittag und wollen nach drei anstrengenden Plenartagen gerne nach Hause oder, so wie ich, zum NRW-Tag in meine Heimatstadt nach Siegen fahren. Hierzu lade ich Sie sehr herzlich ein. Denn nicht nur heute und am Samstag wird sehr viel geboten – das dicke Programmheft haben Sie alle zur Kenntnis nehmen können –, sondern auch am Sonntag wird Siegen pulsieren. Jede Menge Aktivitäten werden Ihnen und Ihren Familien geboten. Unter anderem ist der Sonntag verkaufsoffen, womit ich beim Thema wäre.

Zwar dürfen an diesem Sonntag die Geschäfte in Siegen öffnen. Das ist aber Gott sei Dank nicht die Regel. Eine Ladenöffnung an den Sonntagen ist in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich ausgeschlossen und nur an vier Sonntagen im Jahr möglich, meist zu lokalen Festen. Das ist im Konsens mit den Gewerkschaften und vor allem mit den Kirchen vereinbart und im Gesetz festgelegt worden. Die Läden können nur außerhalb der Gottesdienstzeiten, nicht an hohen Feiertagen und auch nur an einem Adventssonntag öffnen.

Auch sonst berücksichtigt das Gesetz alle möglichen berechtigten Interessen. Einerseits haben wir die Interessen des Handels und der Kunden Rechnung getragen und die Öffnungszeiten flexibilisiert. Jeder Ladenbesitzer kann heute außerhalb der Sonn- und Feiertage selbst entscheiden, wann er seinen Laden öffnet und wann er ihn schließt. Geschäfte können heute von Montag bis Samstag rund um die Uhr öffnen. Niemand ist gezwungen, die Ladentür zu verschließen, wenn ein Kunde vor der Tür steht. Jeder Unternehmer weiß schließlich am besten, was seine Kunden wünschen und wann sie es wünschen. Aus dem Ladenschlussgesetz ist ein Ladenöffnungsgesetz geworden.

Andererseits berücksichtigt es die Interessen der Arbeitnehmer und damit der Familien. Arbeitnehmerschutz ist festgeschrieben worden. Kein Verkäufer muss rund um die Uhr arbeiten. Dieses Szenario hatte die damalige Opposition vor vier Jahren an die Wand gemalt.

Im Antrag wird zu Recht geschrieben, dass die Möglichkeit, die Geschäfte von Montag bis Samstag rund um die Uhr zu öffnen, längst nicht genutzt wird. Die Geschäfte schließen um sechs, um halb sieben oder auch um acht, einige Supermärkte vielleicht um zehn und ganz wenige um Mitternacht. Das alles ist möglich. Die Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen müssen schließlich auch noch durch die Mangel der Kommunen. Ich selbst bin im Rat der

Stadt Siegen, wo man zum Teil sehr anstrengende Diskussionen darüber führt und wo die Sonntagsöffnungszeiten sehr kritisch beäugt werden. Das ist auch gut so. Schließlich ist die Frage der Marktbezirke hier noch gar nicht thematisiert worden. Diese 60 Öffnungen in Köln sind natürlich nur damit zu erklären: Keine Arbeitnehmerin, kein Arbeitnehmer arbeitet tatsächlich an 60 Sonntagen im Jahr. Das geht gar nicht.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat uns Frau Thoben schriftlich gegeben!)

Umso verwunderter bin ich über die Äußerungen von Minister Schneider, der gesagt hat, er könne sich eine Beschränkung der Öffnungszeiten auf 22 Uhr vorstellen. Damit sitzt der Arbeitsminister zwischen allen Stühlen. Die Grünen – das haben wir gerade gehört – wollen ihr Wählerklientel in den Großstädten nicht verärgern und sind gegen eine solche Beschränkung. Die Linken sind natürlich für eine weitergehende Beschränkung. Herr Zimmermann hat das gerade noch einmal deutlich gemacht.

Eigentlich ist ja Ihr Ziel – das ist mein Eindruck als Neuling –, möglichst viele Gesetze der bisherigen Koalition rückgängig zu machen. Das wäre aber im Bereich des Ladenöffnungsgesetzes falsch. Es besteht überhaupt kein Handlungsbedarf. Das von CDU und FDP beschlossene Gesetz hat sich bewährt. Es ist ein gutes Gesetz. Ich bin der FDP daher außerordentlich dankbar, dass sie den vorliegenden Antrag eingebracht hat.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und von Ralf Witzel [FDP])

Er macht noch einmal auf ein Gesetz aufmerksam, das für die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut ist. Von diesem Gesetz profitieren Einzelhändler, Verbraucher, Arbeitnehmer und Familien, ohne andere über Gebühr zu belasten.

Ich bitte Sie, der Überweisung zuzustimmen, freue mich auf die weitere Beratung und kann mir gut vorstellen, dass wir dem Antrag zustimmen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und viel Spaß beim NRW-Tag in Siegen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Auch vom Präsidium aus Glückwunsch zur ersten Rede. Damit wir gleich in dem Wettstreit der Jungfernreden fortfahren können, hält nun auch Herr Bell seine erste Rede. Herzlichen Willkommen, Herr Kollege.

(Allgemeiner Beifall)

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn

man als neuer Abgeordneter in diesem Parlament ist, dann nimmt man natürlich die Anträge, die gestellt werden, besonders ernst, und man schaut auch auf die Motive, warum Anträge aktuell gestellt werden.

Das ist nun der zweite Antrag der FDP-Fraktion, der völlig anlassunbezogen gestellt wird.

(Ralf Witzel [FDP]: Ach!)

Der erste Antrag ist mir wirklich in Erinnerung geblieben, nämlich der legendäre Opel-Antrag. Als ich abends nach Hause gekommen bin, hat meine Frau gefragt: „Was hast du denn heute beraten?“. Darauf habe ich geantwortet: „Es war wirklich ein klasse Antrag dabei, der hieß: „Opel-Bürgschaften sind driete, waren driete und werden immer driete bleiben“. Ich möchte sehr deutlich sagen, dass die Anträge, die Sie hier stellen, aus meiner Sicht deutlich und offenkundig der Selbstvergewisserung der FDP-Fraktion in schwierigen Zeiten gelten denn einer qualifizierten Debatte in diesem Haus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt geht es also um das Ladenöffnungsgesetz. Ich will hier ankündigen: Wir werden nach der Evaluation eine wirklich interessante, spannende und kontroverse Debatte bekommen; auch deshalb – daran will ich überhaupt keinen Zweifel lassen –, weil das Gesetz ein schlechtes Gesetz ist.

(Beifall von der SPD)

Dieses Gesetz, das Sie gemacht haben, ist ein schlechtes Gesetz, weil es die Interessenlagen der Betroffenen nicht fair berücksichtigt hat. Dass es keinen fairen Interessenausgleich der Betroffenen enthält, ist auch bei den vielen Veranstaltungen zu diesem Thema, die ich in der Vergangenheit gehabt habe, sehr deutlich geworden.

(Ralf Witzel [FDP]: Bei ver.di!)

Ich fange einmal mit dem Sonntagsschutz an. Die meisten Veranstaltungen, die ich zu diesem Thema gehabt habe, fanden in katholischen Gemeinden statt – nicht unbedingt ver.di-Hochburgen, Herr Witzel. Es waren gerade die Kirchen, die CDA und die KAB, die in der Vergangenheit ganz massiv gegen die Deregulierung an Sonntagen gekämpft haben. Letztlich ist es die Kernklientel der CDU-Fraktion, die auf die Barrikaden gegangen ist und gesagt hat, sie könne mit dieser deregulierten Sonntagsöffnung nicht leben.

Ich nehme hier sehr neugierig zur Kenntnis, dass es bereits jetzt eine Vorfestlegung gibt, dass Sie als CDU-Fraktion an der Sonntagsöffnung offensichtlich nichts ändern wollen. Das wird ein interessantes Signal an die Kirchen in diesem Land sein. Dieses Signal werden wir ab morgen deutlich verbreiten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das zweite Signal betrifft die Beschäftigten. Übrigens haben Sie hier einen wunderbaren Neologismus gebracht, Herr Brockes, als Sie gerade in der Debatte die „weiblichen Bürgerinnen und Bürger“ genannt haben. Herrlich! Das habe ich so noch nicht gehört. Dieses Gesetz hat dazu geführt, dass es eine deutliche Stärkung der Discounter mit geringer Personaldichte gegeben hat. Es ist nicht der qualifizierte Einzelhandel; es sind die Discounter, die zum Teil deutlich unterhalb der Tarifebene bezahlen.

(Zuruf: KiK!)

Dort haben wir es mit der Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse zu familienunfreundlichen Zeiten vor allem für Frauen zu tun. Sie kümmern sich einen Dreck um die Frage, wie diese Frauen um 24 Uhr nach Hause kommen, wenn der ÖPNV nicht mehr fährt. Es interessiert Sie überhaupt nicht, ob es für diese Frauen Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt. Ihnen ist das doch völlig egal. Ihrem Antrag und Ihrer Weltsicht liegt nämlich ein vulgärer Freiheitsbegriff zugrunde, der völlig unakzeptabel ist.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Andreas Krautscheid [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Einen letzten Punkt will ich auch deutlich ansprechen. Bei den Debatten, die ich mit Vertretern des Mittelstandes geführt habe, haben diese ganz klar gesagt: Schützt uns vor dieser Landesregierung. Schützt uns vor diesen Gesetzen, die den qualifizierten Mittelstand im Einzelhandel ruinieren. Helft uns, das Gesetz wieder zu reformieren.

Genau diesen Weg werden wir gehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Bell. Auch an Sie geht von hier oben ein herzlicher Glückwunsch zu Ihrer Jungfernrede. – Normalerweise stellt man bei der ersten Rede ja keine Zwischenfragen, Herr Kollege Krautscheid. In diesem Fall habe ich allerdings schon bemerkt, dass es Sie gereizt hat. Der Kollege hätte sicher auch eine Antwort gewusst. Wir waren aber schon über die Zeit. Damit ist das auch erledigt.

Wir kommen zum nächsten Redner. Das ist keine Jungfrau mehr – jedenfalls am Rednerpult nicht. Herr Aggelidis, Sie sind hier gemeldet.

(Allgemeine Heiterkeit – Michael Aggelidis [LINKE]: Seien Sie unbesorgt!)

– Ich nehme alles zurück und behaupfe das Gegenteil.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Wir ziehen zurück!)

– Sie wollen nicht mehr sprechen? – Okay.

Da Herr Kollege Aggelidis seine Wortmeldung zurückzieht, sind wir nun am Ende der Debatte.

(Unruhe)

– Dieses Thema scheint Sie zu beschäftigen. Wir werden zu späterer Stunde noch einmal gemeinsam darauf zurückkommen, aber nicht in diesem Hohen Hause.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 15/123 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zu überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung, nämlich:

5 Vierzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 15/17

erste Lesung

Das ist ein Lieblingsthema der Medienpolitikerinnen und Medienpolitiker. Deshalb beginnt für die Landesregierung Frau Ministerin Schwall-Düren, unsere Medienministerin. – Bitte schön, Frau Schwall-Düren.

(Beifall von der SPD)

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Vierzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll nach Zustimmung aller Landesparlamente am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

Worum geht es? – Wesentlicher Inhalt ist die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages. Die Novellierung basiert auf einer umfassenden Evaluierung des Rechtsrahmens für den Jugendmedienschutz durch das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg.

Das renommierte Institut begrüßt den Ihnen vorliegenden Staatsvertragsentwurf. Das HBI betont jedoch zugleich – das will ich direkt sagen –, dass auch der novellierte Staatsvertrag nicht der Weisheit letzter Schluss sein könne, und zeigt künftigen Optimierungsbedarf auf. Dies verdeutlicht, dass es sich

beim Jugendmedienschutz um eine dynamische Regelungsmaterie handelt, die in starkem Bezug zum technologischen Fortschritt steht.

Meine Damen und Herren, die kontrovers geführte Debatte zu diesem Staatsvertrag spiegelt ein breites öffentliches Interesse wider. Einerseits geht es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor entwicklungsbeeinträchtigenden und verstörenden Einflüssen. Andererseits geht es um Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit.

Ich meine, dass Zensurvorfürfe an der Sache vorbeigehen. Anliegen des Jugendmedienschutzes ist klar und eindeutig nicht, eine Infrastruktur für Netzsperren oder Vergleichbares aufzubauen. Der Staatsvertrag setzt vielmehr auf Nutzerautonomie und freiwillige Maßnahmen, die verantwortliche Eltern ergreifen können.

Die im Staatsvertrag aus dem Jahr 2003 umgesetzte Idee, die Regulierung so weit wie möglich Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle zu übertragen, hat sich grundsätzlich in der Praxis bewährt. Der neue Staatsvertrag setzt nun auf einen Ausbau und eine Stärkung dieses Systems.

Ein wesentlicher Fortschritt wird jetzt mit der Einführung einer einheitlichen Alterskennzeichnung erzielt. Die neuen Altersstufen gelten künftig für alle elektronischen Medien, also für den Rundfunk, für Onlineangebote und für Datenträger wie zum Beispiel DVDs.

Dieser medienübergreifende Ansatz gibt Eltern die notwendige Orientierung. Wir gehen davon aus, dass Eltern zeitnah nach Inkrafttreten des Staatsvertrags Jugendschutzprogramme zur Verfügung stehen, die die neuen Alterskennzeichnungen auslesen können. Diese Filtersoftware müssen die Zugangsprovider ihren Kunden künftig leicht auffindbar anbieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals betonen: Die Installation eines solchen Programms ist vollkommen freiwillig. Die Überlegungen, wie der Rechtsrahmen künftig weiter zu optimieren sein könnte, haben allerdings bereits begonnen. Deshalb begrüße ich die verkürzte Evaluierungsfrist im Staatsvertrag. Bereits nach drei Jahren soll dieser evaluiert werden. Damit ist jeder – auch Sie, meine Damen und Herren – schon jetzt dazu aufgerufen, an dem Prozess mitzuwirken.

Wir werden schon vor Ablauf der drei Jahre sehr genau darauf hören, wie die neuen Regelungen in die Praxis umgesetzt und aufgenommen wurden. Es ist uns wichtig, wie Bürgerinnen und Bürger, Nutzerinnen und Nutzer, die Netzgemeinde, die beteiligten Institutionen, Eltern, Kinder und Jugendliche die Anwendbarkeit der neuen Regelungen reflektieren.

Nun kenne ich auch den Einwand derer, die fordern, statt der Fortschreibung der gesetzlichen

Vorgaben solle vielmehr die Medienkompetenz von Kindern und Eltern gestärkt werden. Meine Damen und Herren, es geht nicht um ein Entweder-oder. Ich habe großes Verständnis für diese Forderung. Bei der Vermittlung von Medienkompetenz sind weitaus größere Anstrengungen als bisher zu unternehmen. Es gibt bereits jetzt viel Engagement und hervorragende Projekte. Darauf wollen wir aufbauen und Nordrhein-Westfalen zum Medienkompetenzland fortentwickeln. Wir werden mit der Einführung des Medienführerscheins an Schulen einen Schwerpunkt setzen.

Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, dass wir es bei den besagten Spielregeln mit einer sehr komplexen Regelungsmaterie zu tun haben. Wir haben ein großes Interesse daran, offene Fragen im Haupt- und Medienausschuss zu diskutieren. Ich freue mich auf konstruktive Beratungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schwall-Düren. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Krautscheid.

Andreas Krautscheid (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen: Der jetzt vorliegende Staatsvertrag, den Frau Ministerin vorgestellt hat, ist ein guter Staatsvertrag; denn er ist von einer guten Landesregierung mit einem guten Minister ausgehandelt worden.

(Beifall von der CDU)

Einige kurze Highlights, die uns und mir wichtig sind: Erstens ist die Entwicklung in der Tat, Frau Ministerin, durch die Harmonisierung zwischen dem Länderrecht, dem Staatsvertrag, dem Jugendmedienschutz auf der einen Seite und dem Jugendschutzgesetz des Bundes auf der anderen Seite positiv. Es war dringend nötig, hier eine Harmonisierung herbeizuführen.

Zweitens freue ich mich, dass mit dem Staatsvertrag jetzt dauerhaft die Finanzierung von „jugendschutz.net“, einer wichtigen Institution, die viele gute Projekte im Bereich des Jugendmedienschutzes durchgeführt hat, gesichert worden ist.

Der dritte Punkt ist eine Baustelle für die Zukunft. Wir haben nach wie vor deutliche Jugendschutztunschiede zwischen Offline- und Onlinemedien. Das nähert sich jetzt ein bisschen an, aber wir wissen alle, dass der Jugendschutz gerade im Internet eine riesige Baustelle ist.

Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu: Mit der freiwilligen Alterskennzeichnung, so wie man sie aus dem Offlinebereich etwa bei Spielen kennt, sind wir jetzt zwar einen Schritt weitergekommen – das ist positiv –, aber – ich glaube, da sind wir uns einig – wir können

die schönsten Kennzeichnungen und Schutzaufstellungen machen, der wesentliche Schutz für Kinder und Jugendliche ist Medienkompetenz. Deswegen finde ich den Ansatz, den Sie gerade erwähnt haben, richtig, nämlich zu sagen: Für die Kinder, aber vor allen Dingen auch für die Eltern und Erzieher müssen wir noch viel mehr tun.

Es ist wichtig festzustellen, weil das für viele Irritationen gesorgt hat: Dieser Staatsvertrag sorgt nicht für neue Verpflichtungen bei denjenigen, die im Internet fremde Inhalte anbieten, also zum Beispiel Foren, Blogs etc. Man muss sehr deutlich machen – vielleicht kann das noch mit einer Protokollnotiz geschehen –, dass keine neuen Pflichten auferlegt werden. Dann ist diese Sache rund. In einigen anderen Bereichen bleibt es eine Baustelle.

Ich will den Ball, den Sie am Schluss gespielt haben, ausdrücklich aufgreifen: Auch ich freue mich auf die Diskussionen mit Ihnen im Hauptausschuss und dass Sie sich diesem Thema zukünftig intensiver widmen wollen. Ich wünsche Ihnen in Ihrem wichtigen Amt viel Erfolg und Glück; Sie werden es brauchen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank. – Der Mann weiß, wovon er redet.

(Beifall von der CDU)

Es war übrigens seine erste Rede als Abgeordneter. Also: Willkommen im Klub!

(Heiterkeit und Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Die nächste Rede hält auch als erste Rede – das ist ja eine Premiere nach der anderen – Herr Kollege Vogt von der SPD-Fraktion.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlich willkommen am Pult. Bitte schön.

Alexander Vogt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute über die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags als Teil des Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags, der bereits vom ehemaligen Ministerpräsidenten Herrn Rüttgers unterzeichnet wurde.

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag hat das Ziel, einen einheitlichen Schutz für Kinder und Jugendliche vor Angeboten zu schaffen, die deren Entwicklung beeinträchtigen oder gefährden könnten. Rund 75 % aller Kinder und Jugendlichen im Alter von sechs bis 17 Jahren nutzen in unserem Land das Internet. Das Netz bietet vielfältige positive Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten. Dass den positiven Aspekten jedoch auch

negative Entwicklungen gegenüberstehen, ist unzweifelhaft. In dieser Woche hat UNICEF die Probleme von gewaltverherrlichen und pornografischen Inhalten für Kinder deutlich gemacht. 40 % der Kinder sagen, dass sie im Netz mit Pornografie konfrontiert wurden. Es ist also richtig und notwendig, dass sich die Politik, dass sich der Landtag mit diesem Thema beschäftigt.

Hierbei haben wir die Aufgabe, zwei verfassungsmäßig verbrieftete Rechte, nämlich die Meinungs- und Informationsfreiheit auf der einen Seite und das Recht von Kindern auf Schutz vor entwicklungsbeeinträchtigenden Einflüssen auf der anderen Seite, in Einklang zu bringen. Dass dies nicht leicht ist, zeigt die Novelle, über die wir derzeit diskutieren.

Anbieter von Inhalten sollen im Netz eine Möglichkeit der Altersklassifizierung vornehmen können oder entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte nur zu bestimmten Zeiten im Netz zugänglich machen. Das Herausfiltern der altersmäßig nicht angemessenen Seiten soll durch ein Jugendschutzprogramm geschehen, das die Eltern auf dem Rechner der Kinder installieren können.

Der aktuelle Entwurf zeigt in einigen Punkten schon wesentliche Verbesserungen gegenüber früheren Versionen. Dennoch wirft der Entwurf berechtigte Fragen auf, die geklärt und diskutiert werden müssen. Beispielsweise stellen sich Fragen zur technischen Umsetzbarkeit von Alterskennzeichnungen insbesondere bei vorhandenen umfangreichen Webseiten und Beiträgen, die in Echtzeit eingestellt werden.

Aus diesen Gründen ist es richtig, dass wir heute nicht direkt über die Novellierung abstimmen, sondern eine Überweisung an den Haupt- und Medienausschuss vornehmen. Dort wird die SPD eine Anhörung beantragen, in der Experten – auch Kritiker – zum Entwurf Stellung nehmen können. Ich gehe davon aus, dass wir im Anschluss an die Anhörung einen Entschließungsantrag stellen werden, der die dann noch nicht gelösten Probleme aufgreift.

Meine Damen und Herren, bei allen technischen Möglichkeiten, die sich zum Jugendschutz bieten, ist eines jedoch auch klar: Technische Lösungen können, wenn sie denn funktionieren, nur einen kleinen Teil des Jugendschutzes darstellen. Wichtiger hierbei ist die Frage der Vermittlung von Medienkompetenz. Diese bei Kindern zu fördern ist notwendig.

Bei der Vermittlung von Medienkompetenz ausschließlich Kinder und Jugendliche in den Blick zu nehmen, greift aber zu kurz. Genauso müssen Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzt werden, einen vernünftigen, kritischen und sicheren Umgang mit Medien an Kinder und Jugendliche zu vermitteln.

Was nützt ein technisch funktionierendes Schutzprogramm, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, dieses einzusetzen?

Die Aufgabe neben der weiteren kritischen Diskussion der Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages wird also sein, Konzepte zu entwickeln, die die Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen fördern. SPD und Grüne haben dieses Thema bereits im Koalitionsvertrag aufgenommen.

Eine letzte Anmerkung noch zu Herrn Krautscheid: Herr Krautscheid, ich freue mich, dass Sie die Relevanz der Medienkompetenz hier dargestellt haben. Den Tag der Medienkompetenz haben Sie hier im Landtag abgeschafft.

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

Aber wir sind natürlich auch in der Medienpolitik bereit, gemeinsam mit Ihnen Konzepte zu erarbeiten. Wir können dabei gerne zusammenarbeiten. –

(Andreas Krautscheid [CDU]: Danke schön!)

Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. Glückwunsch zur ersten Rede! – Jetzt kommt jemand, der schon ein paar Mal hier gesprochen hat: der Kollege Matthi Bolte für die Grünen. Bitte schön.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der vierten Rede fühlt man sich angesichts so vieler Jungfernreden schon fast wie ein alter Hase.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wenn wir hier zu vorgerückter Stunde über diesen Staatsvertrag debattieren, dann zeigt sich, dass wir mal wieder an einer Einzelfrage eine zentrale Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft debattieren, nämlich die Kernfrage: Wie bringen wir die Freiheit des Internets mit begründeten öffentlichen Schutzaufrägen zusammen? Wie schaffen wir es, dass Kinder und Jugendliche geschützt sind, dass die Schutzmechanismen zum Medium Internet passen und dass nicht einfach das, was sich in der analogen Welt bewährt hat, auf den digitalen Raum übertragen wird?

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag hat in der Netzgemeinde – das wird Ihnen allen begegnet sein – einen hohen, zum Teil auch symbolischen Stellenwert, gerade weil einige Gedanken des Staatsvertrags aus Perspektive der Netzgemeinde eben doch eher aus der analogen als aus der digitalen Welt kommen.

Wenn man sich den Verlauf der Verhandlungen anschaut, dann muss man schon sagen: Es ist gut, dass insbesondere die Länder Bremen, Hamburg und das Saarland es geschafft haben, die größten Schnitzer aus den ersten Entwurfssassungen herauszubekommen,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass wichtige Punkte hinsichtlich der Freiwilligkeit erreicht wurden. Aber tatsächlich – das wurde eben schon ausgeführt – gibt es keine weiteren Verpflichtungen.

Nichtsdestotrotz, obwohl wir es tatsächlich nicht mehr mit den ganz großen Schnitzern zu tun haben, muss der Landtag den intensiven Dialog mit der Netzgemeinde suchen; denn Nordrhein-Westfalen darf nicht den Anschluss an den gesellschaftlichen Prozess der Digitalisierung verlieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Gerade weil es um einen so wichtigen gesellschaftlichen Prozess geht, ist es auch wichtig, dass wir uns mit den Kritikerinnen und Kritikern auseinandersetzen. Das werden wir im weiteren Beratungsverfahren tun. Der Kollege von der SPD hat eben schon skizziert, wie wir uns das vorstellen.

Auf der Großdemonstration „Freiheit statt Angst“ am letzten Samstag, an der ich teilgenommen habe, sagte einer der Redner, der Dialog zwischen Netzgemeinde und Politik habe sich in den letzten Jahren viel zu oft auf – Zitat – „netzpolitische Kaffekränzchen“ beschränkt. – Diesen Begriff fand ich so wunderschön, dass ich ihn unbedingt nennen wollte. Der Redner hat ein Stück weit recht; denn es hat tatsächlich, wenn es Dialog gab, viel zu oft netzpolitische Kaffekränzchen gegeben. Es brauchte die großen Debatten über die Bewahrung der Netzfreiheit, um das Thema aus der Nische herauszuholen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Witzel?

Matthi Bolte (GRÜNE): Da die Zeit schon so fortgeschritten ist ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Die Zeit würden wir anhalten.

Matthi Bolte (GRÜNE): Die Zeit, die uns vom Wochenende abhält, Herr Präsident!

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Oliver Keymis: Also lassen Sie die Zwischenfrage nicht zu?

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Witzel, ich habe das so schön abzublocken versucht. Aber machen Sie einfach.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Ralf Witzel (FDP): Ihre Gutherzigkeit so kurz vorm Wochenende ist gar nicht zu überbieten.

Es ist ja immer wichtig, dass man sich auch mit den Argumenten des Gegenübers auseinandersetzt. Ich habe deshalb in verschiedene Internetblogs geschaut und will Ihnen dazu eine Frage stellen. Ist es zutreffend, dass Ihnen ein Beitrag zugeordnet wird, in dem Sie jüngst schrieben: Ich weiß, dass das Vorgehen beim Staatsvertrag nicht nachvollziehbar ist, deshalb haben wir auch in den letzten Wochen verschiedene interne Debatten geführt. Die Lage ist aber nun, wie sie ist, und wir kommen nicht umhin, diese Schwarz-Gelbe Altlast zunächst mitzutragen, dann aber sofort in den Evaluationsprozess einzusteigen.

Ist es zutreffend, dass das Ihre Haltung zu diesem Thema ist?

Matthi Bolte (GRÜNE): Sie haben mich am Beginn nach meinem Verständnis gefragt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Antwort!)

Soweit ich richtig zugehört habe, haben Sie mich nicht hundertprozentig korrekt zitiert. Aber es ist natürlich tatsächlich so: Wir haben es mit einer schwarz-gelben Altlast zu tun.

(Beifall von Ministerin Barbara Steffens)

Wir müssen an dieser Stelle in einen Dialog und in einen Beratungsprozess einsteigen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie beschließen doch jetzt!)

Das ist doch völlig klar. Deswegen machen wir ja den Prozess, wie ich ihn eben skizziert habe.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das passt gerade ganz gut – Sie haben sich anscheinend hervorragend in mein Redemanuskript eingearbeitet –: Es ist nämlich wichtig, an dieser Stelle nach vorne zu diskutieren,

(Dietmar Brockes [FDP]: Wir haben noch ein paar Altlasten! Stimmen Sie denen dann auch zu?)

wie sich NRW digital aufstellen will. Diese Diskussion kann aber nur fruchtbar sein, wenn wir konkrete Maßnahmen aus ihr ableiten, wenn wir uns eben nicht auf Kaffekränzchen beschränken, sondern anstehende netzpolitische Fragen zügig angehen,

debattieren, beantworten und auch konkrete Maßnahmen daraus ableiten.

Das gilt zum Beispiel für die Frage: Wie schaffen wir es, alle ins Internet mitzunehmen? Die Ministerpräsidentin hat am Mittwoch die Breitbandoffensive angesprochen. Aber es geht eben nicht nur um die Infrastruktur, sondern diese Frage gilt es auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht zu lösen; denn das Internet darf nicht bestimmten sozialen Schichten oder Altersgruppen vorbehalten sein. In diesen Zusammenhang gehört auch das Stichwort „Netzneutralität“.

Wir kommen auch zu der Frage: Wie gestalten wir Politik mit dem Internet? Wir haben uns als Koalition zum Beispiel an allem interessiert gezeigt, was Richtung „Open Data“ geht. Das ist im Moment eine ganz spannende Diskussion, bietet mehr Transparenz und eine Chance für unsere Demokratie.

Schließlich stellt sich die Frage: Wie können wir Menschen, die im digitalen Bereich Schutz brauchen, diesen Schutz auch tatsächlich geben? Der zentrale Schlüssel für Jugend-, aber durchaus auch für digitalen Verbraucherschutz ist eben die Vermittlung von Medienkompetenz. Das hat die Ministerin in ihrem Beitrag eben angesprochen. Wir wollen das verstärkt, engagiert in allen Bildungsbereichen vorantreiben.

Jetzt kommt das, was bei Koalitionsfraktionen am Ende immer kommt,

(Kai Abruszt [FDP]: Die Einladung!)

nämlich die Einladung. Wir haben uns viel vorgenommen. Es wird kein Kaffeekränzchen, sondern reichlich Arbeit. Ich würde mich aber sehr freuen, wenn wir die heutige konstruktive Debatte aufnehmen würden und wenn Sie alle daran mitwirken würden, NRW digital für die Zukunft aufzustellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich meinem Vorrredner von den Grünen für die Ermöglichung des Dialogs danken. Ich möchte mich revanchieren und Ihnen anbieten, dass Sie mich selbstverständlich jederzeit gerne auch umgekehrt alles fragen können. Wenn man von seiner Politik überzeugt ist, dann hat man auch keine Probleme damit, präzise Auskünfte zu ihr zu geben und Nachfragen zu beantworten. Das ist ein kleiner Hinweis an unsere Landesregierung für die zukünftige Handhabung.

Zum heutigen Thema, dem Staatsvertrag: Uns als FDP-Landtagsfraktion ist es sehr wichtig, festzustellen, dass das, was unsere Ministerpräsidentin an Transparenz und Ehrlichkeit gegenüber Bürgern eingefordert hat, auch so gemeint ist. Das heißt im Klartext: Eine ausführliche Anhörung, bei der Pro und Kontra zur Sprache kommen, muss ergebnisoffen sein. Wir wissen heute noch nicht, wie wir mit den Ergebnissen dieser Anhörung nach der politischen Bewertung verfahren werden.

Ich will das für meine Fraktion ganz ausdrücklich sagen: Es ist richtig, dass der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, von dem bekannt ist, dass er in einzelnen Komponenten durchaus kritisch gesehen wird, dem Parlament nach der Landtagswahl geschäftsführend von der Landesregierung zugeleitet worden ist. Wir nehmen für uns in Anspruch, weil wir als Fraktion noch keine inhaltliche Bewertung dieses Staatsvertrags vorgenommen haben, dass wir für alle Argumente ansprechbar sind. Uns liegt aber sehr wohl an der Offenheit der Anhörung.

Es ist jedoch keine ehrliche Politik, wenn heute schon Redner der Koalitionsfraktionen sagen: Na ja, klar ist, dass wir dem ohnehin zustimmen werden. Aber vielleicht machen wir noch einen Entschließungsantrag, in den wir schreiben, dass wir es eigentlich für falsch halten, dem zuzustimmen. – Das ist keine ehrliche Politik. Ich möchte Sie schon bitten, hier Farbe zu bekennen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie haben im Vorfeld der Landtagswahl Aussagen getätigt, die auch in Ihren Landtagswahlprogrammen nachlesbar sind. Sie haben Anforderungen an die digitale Welt und zu der Frage formuliert, wie man mit Persönlichkeitsrechten umgeht und wie Bürgerrechte in der Internetgesellschaft zu bewerten sind. Ich unterstelle, dass das für Sie in all den Punkten, bei denen zwischen SPD und Grünen ausweislich Ihrer Wahlprogramme keine Divergenz in den Aussagen besteht, Handlungslinie sein wird.

Weil Sie immer so nett und freundlich zur Zusammenarbeit einladen: Wir werden uns gerne über die Fragen unterhalten wollen, wie die Schutzrechte des Einzelnen in der Multimediagesellschaft wahrzunehmen sind, welche Anforderungen es gibt, welche Rechte der Staat hat, welche Rechte er aber auch nicht hat, um persönliche Freiheitsrechte zu wahren. Wir sind selbstverständlich bereit, basierend auf einer Anhörung, die wir als offene Dialogplattform sehr begrüßen, uns mit allen Fraktionen auch über diese Fragen zu unterhalten.

Aber dann seien Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen gegenüber ehrlich und sagen Sie nicht: Beslossen ist der sowieso schon. – Das ist er ausdrücklich noch nicht. Sie haben es zusammen mit uns, dem Parlament, das wir in seiner Arbeit stärken wollen, in der Hand, was wir aus dieser Vorlage machen. Wir wollen keine Alibiveranstal-

tung und keine nebulöse Auflösung, zum Beispiel einen Entschließungsantrag, in den man die eigentliche Meinung schreibt. Leider hat dann die linke Hand anders abgestimmt als die rechte, die den Antrag geschrieben hat. Das ist kein ehrliches, transparentes Verfahren, das auch den Anforderungen genügt, die unsere Ministerpräsidentin für die zukünftige Regierungsarbeit formuliert hat.

Zur Sache selbst! Die FDP hat sich in allen Debatten um Netzsperrern immer sehr klar eingebracht. Unsere klare Priorisierung liegt auf der freien Kommunikation im Internet. Wir sehen Aspekte der Zensur außerordentlich kritisch. Da sind Verhältnismäßigkeiten aus unserer Sicht sehr gründlich gegeneinander abzuwägen.

Infofern muss man sich auch die Geschichte des heutigen Diskussionsthemas anschauen. Wir müssen zu einer vernünftigen, verhältnismäßigen Abwägung kommen. Der Jugendschutz hat eine sehr große Bedeutung. Die Eingriffssnormen, die Eingriffsschwelle und die Eingriffsinstrumente müssen sehr wohl bedacht sein. Selbstverständlich haben Minderjährige es verdient, vor all den Dingen geschützt zu werden, die die neuen Dienste in Bezug auf Gewaltverherrlichung und Pornografie im Internet ermöglichen. Aber es gibt sehr wohl auch kritische Abgrenzungsfragen beim Verhältnis eines freien Bürgers zu seinem Staat, wo man gucken muss, dass es hier nicht zu einem Dammbruch kommt. Daher müssen wir die weitere Entwicklung sehr sorgsam im Blick behalten.

Da gilt für uns das nötige Vorsichtsprinzip. Vorsicht heißt: Man beschließt nicht erst etwas, wogegen man große Bedenken hat, um dann ein paar Jahre danach mal zu evaluieren, ob sich Bedenken bestätigt haben. Vielmehr muss der Weg so aussehen, dass man sich vor der Inkraftsetzung von Normen Gedanken über deren tatsächliche Wirkung macht.

Wir als FDP-Landtagsfraktion haben diese Verhältnismäßigkeitsabwägung, diese Güteabwägung für uns noch nicht entschieden. Deshalb stehen wir den Ergebnissen der Anhörung in beiden Richtungen offen gegenüber. Ich würde mich freuen, wenn alle Fraktionen dieses Hauses mit einer solch mentalen Offenheit in die vor uns stehende Anhörung gehen würden. Ich glaube, das wäre im Interesse der Sache und bei diesem wichtigen Zukunftsthema eine gute Botschaft für heute.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Linke-Fraktion spricht Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit will ich es relativ kurz machen; vieles zum Thema ist von den Kolleginnen und Kollegen bereits richtigerweise gesagt worden.

Unsere Informationsgesellschaft bedarf in der Tat gewisser Regeln. Uns geht es natürlich insbesondere um die informelle Freiheit. Informationsfreiheit und Jugendschutz in Einklang zu bringen, das ist sicherlich einer der wesentlichen Aspekte einer Anhörung, die hier offensichtlich im Konsens beschlossen wird.

Medienkompetenz bedeutet sicherlich nicht Spiele. Interessant ist in dem Zusammenhang die neueste Shell Jugendstudie, die aufzeigt, was Jugendliche und Kinder interessiert. Bekanntermaßen – das geht aus der Shell Jugendstudie hervor – beschäftigen sich gerade Kinder aus ärmeren Schichten mehr mit Spielen, während Kinder aus bürgerlichen Schichten eher surfen und kommunizieren. Schon das macht deutlich, welche Fragen zu stellen sind.

Die Linke begrüßt natürlich, dass auch die Oppositionsparteien von CDU und FDP den großen Dialog offensichtlich ernst meinen und dass hoffentlich nicht nur das, was wir heute Morgen hier gehört haben, die Politik der nächsten Zeit bestimmen soll. Wir begrüßen es, wenn Toleranz durch Dialog entsteht und wir in der Debatte über diese Problematik zu vernünftigen Lösungen auch für Nordrhein-Westfalen kommen. Wie gesagt, an uns wird das sicherlich nicht scheitern. Wir haben bestimmte Aspekte formuliert, die wir auch einbringen, und hoffen, dass wir eine für alle Beteiligten positive Lösung finden. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Landesregierung **Drucksache 15/17** auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag an den **Haupt- und Medienausschuss**. Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Damit sind wir am Ende der Debatte und der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, dem 29. September 2010, 10 Uhr.

Ich wünsche allen einen schönen Nachmittag und hoffe, dass ganz viele Kolleginnen und Kollegen in Siegen beim NRW-Tag dabei sein werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:50 Uhr

¹⁾ Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.